REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 475 · 15.8.2003

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Reif fürs Museum? Zur Kontroverse um die RAF-Ausstellung - Gaston Kirsche
2. "Es werden andere Chilenen kommen..." 11. September 1973: Eine andere Welt war möglich. Ein Rückblick - Michael Ramminger/Wigbert Flock
3. Zerstörte Illusionen. Der 11. September 1973 in Westberlin - Klaus Viehmann
4. "Als wenn ein Renault einen Ferrari verfolgt." Erinnerungen an Klassenkampf und Putsch in Chile - Dirk Hauer
5. "Protest wie in Zeiten der Diktatur." Chile: Soziale Bewegungen mobilisieren gegen Neoliberalismus
6. Nichts Genaues weiß man nicht. BUKO präsentiert Standortbestimmung der internationalistischen Linken - dk
7. Privatissimo. Im Kreißsaal mit Jan Ullrich - dk
8. PDS annulliert 8. Parteitag - Knut Mellenthin
9. Wer macht in Österreich die Revolution? Die KPÖ streitet über konträre Modelle linker Politik - Henning Böke
10. Terror-Kürbis, Goldene Hakenkralle und die Maus. Nach sieben Jahren wurden §129a-Ermittlungen gegen AtomkraftgegnerInnen eingestellt
11. Urbane Räume in der Kontrollgesellschaft. Sicherheit wird zum weichen Standortfaktor der Städte - Joachim Häfele
12. Elektronische Schichten über dem realen Raum. Internet und Mobiltelefone: Vernetzung von Datenraum und "Real Life" - Ulf Treger
13. Die Stadt als Combat Zone. Das Buch Space//Troubles untersucht Überlebensstrategien in den Metropolen des Trikonts - Matthias Reichelt
14. Kollektive Zerstreuung. Ligna experimentiert mit Formen der politischen Intervention (Interview)
15. Der Irak vom Norden aus betrachtet. Eindrücke einer Reise im Juni 2003 - Bernhard Winter / Harauki e.V.
16. Besatzerträume und widersprüchliche Realitäten. Eine Einschätzung zur Nachkriegsunordnung im Irak - Sabah Alnasseri
17. Abgesang oder Neuanfang? Die Schwäche des palästinensischen Widerstandes im dritten Jahr der Intifada - Achim Rohde
18. Meuterei im Einkaufszentrum: Sommerschlussverkauf auf Philippinisch - Rainer Werning
19. Wahlschlappe für Regierungspartei in Mexiko. Ehemalige Staatspartei PRI und Linksopposition legen zu - Dario Azzellini
20. Sommer ohne Theater. Raffarins "Sozialreformen" bleiben umkämpft - Bernhard Schmid
21. Atlantischer als Brüssel. Bulgariens Eliten setzen voll auf USA/NATO - Hannes Hofbauer
22. Der Geschichtsrevisionismus hat sich durchgesetzt. Interview mit dem Belgrader Soziologen Todor Kuljic
23. gender troubles aktuell
24. Wäsche, Boden, Geschirr. Singen gegen die Ignoranz: Lila Downs
25. Streikbrecher. Richtungsstreit in der IG Metall - Georg Wißmeier
26. Ausgeleuchtet. Bush-Administration sabotiert Gewerkschaftsrechte - David Bacon
27. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
28. Kein Grund zur Freude. Die EU gibt sich eine Verfassung - Gerhard Klas
29. Machtdispositive jenseits des Nationalstaats. Transformation von Rechtsformen ... - Sonja Buckel
30. Im nationalen Interesse. Geschichtspolitik für deutsche Zukunftsprojekte - Guido Speckmann
31. Die letzten Tage von Weimar. Dokumentation der "Wochenberichte" zweier sozialistischer Pfarrer - Knut Mellenthin
32. Ohren-Propaganda - DSe
33. Respektiert meine Haare, ihr Weißen. Chico César - Rhythmus, soziales Engagement und Liebe - DSe
34. Anschläge im Stadtraum. Ein Ausstellungsprojekt von Rebecca Forner in Essen - mb.
35. Schöner wohnen - ohne Männer. "Die Ritterinnen": selbstironischer Blick auf autonome Frauenszene der 1980er - Peter Nowak

36. AUFGEBLÄTTERT
37. Roboter im öffentlichen Raum
38. LESERBRIEF
39. KALENDER
40. EDITORIAL
41. Schwerpunkt: Un/Kontrollierte Räume

1. Reif fürs Museum? Zur Kontroverse um die RAF-Ausstellung

Autor: Gaston Kirsche · Rubrik: RAF; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:27

Nachdem die StudentInnen-Revolte von 1967 eine Ecke im Deutschen Museum in Bonn bekommen hat und in Düsseldorf sogar der Punk in einer Ausstellung museumsreif wurde, scheint nun die Rote Armee Fraktion (RAF) an der Reihe zu sein - wenn auch vorerst als Kunst- und nicht als Geschichtsausstellung. Die Aufregung darüber ist groß - aber was für einen Sinn macht so eine Ausstellung überhaupt?

Da planen also die Berliner Kunst-Werke - laut Eigendarstellung: der Kunstverein für die trendbewusste Szene in Mitte - für den Herbst 2004 eine Schau künstlerischer Darstellungen rund um die RAF. Doch als sich die Familien der RAF-Opfer Hanns-Martin Schleyer und Detlev Rohwedder beim Kanzler beschweren, weil sie eine "Glorifizierung" der RAF befürchten, wird das Ausstellungsprojekt zum Sommerloch-Thema in Feuilleton und Politik. Der Streit entzündete sich vor allem an folgendem Satz aus einem Konzeptpapier zur Ausstellung: "Welche Ideen, Ideale haben ihren Wert durch die Zeit behalten und können nicht als naiv abgetan werden, was haben wir aus der Geschichte über das Verhältnis von Individuum und Staat, von Möglichkeiten der Einflussnahme und über Machtstrukturen gelernt?" Viel Aufregung um nichts, denn dieser Satz stammt aus einem veralteten Konzept für eine Ausstellung, bei der es auch um die StudentInnen-Revolte Ende der 1960er-Jahre gehen sollte. Dazu hatte ein solch verquast-besinnlicher Satz wohl auch gut gepasst.

Nun üben sich die AusstellungsplanerInnen von Kunst-Werke in einer fast vergessenen Kunstform der 1970er-Jahre, die seinerzeit unter Kulturschaffenden en vogue war: Der Distanzierung von linker Militanz im Allgemeinen und der RAF im Besonderen. Vom Staat vor die Wahl gestellt, sich entweder zu distanzieren oder als SympathisantIn des Terrorismus stigmatisiert zu werden, entschied sich das damalige linksliberale Milieu dafür, den Arsch an die Heizung zu bekommen. Oliver Tolmein schrieb 1997 in konkret treffend, im Deutschen Herbst 1977 sei die Deutsche Zivilgesellschaft entstanden.

Eine Streit im Sommerloch

Ganz in dieser Tradition distanziert sich jetzt Klaus Biesenbach, der künstlerische Leiter der Kunst-Werke: "Das ist ein Satz, der so nie hätte veröffentlicht werden dürfen. Solche Sätze entstehen in hitzigen Diskussionen und zeigen kontroverse Ansätze, keineswegs aber unser Konzept." Keineswegs sei eine Mystifikation der RAF geplant, erklärte Beate Barner, die Geschäftsführerin der Kunst-Werke. Die Schau solle gerade der Legendenbildung entgegenwirken. Die Idee dazu sei "aus dem Bedürfnis entstanden, den oberflächlichen und ahistorischen popkulturellen Verarbeitungen der letzten Jahre eine ernsthafte Auseinandersetzung entgegenzustellen".

Letztere Behauptung blamiert sich selbst. Die ganze Aufregung entstand, weil die RAF-Ausstellung der Kunst-Werke aus dem Hauptstadtkulturfonds mit 100.000 Euro gefördert werden soll und die Bundeszentrale für Politische Bildung für ein Rahmenprogramm zur Ausstellung angefragt worden war. Doch kann eine Auseinandersetzung mit der RAF ernsthaft betrieben werden, wenn sie sich von staatlichen Stellen bezuschussen lässt und damit auf eine Unabhängigkeit vom Staat verzichtet? Zur Erinnerung: einem Staat, der mit allen drei Gewalten auf die RAF mit einer militanten Verfolgungswut losgegangen ist, die bis hin zu Todesschüssen bei Straßenkontrollen und Razzien ging. Nicht zu vergessen auch die bis heute ungeklärten Todesfälle im Isolationstrakt des Hochsicherheitsknastes Stuttgart-Stammheim, wo Ulrike Meinhof 1976, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe und Andreas Baader 1977 angeblich Selbstmord begingen - was die überlebende damalige Mitgefangene Irmgard Möller, die die Todesnacht vom 17. Oktober 1977 schwer verletzt überlebte, bis heute bestreitet.

Zudem: Solange die deutsche Justiz den letzten fünf Gefangenen aus der RAF die Freilassung verwehrt - der am längsten inhaftierte Rolf-Clemens Wagner ist seit 1979 inhaftiert - gibt es einen ganz offenkundigen Grund, die BRD bei der Auseinandersetzung mit der RAF als Konfliktpartei und nicht als möglichen Finanzier von Ausstellungen zu betrachten. Wer dies anders sieht, ist entweder blauäugig oder ignoriert bewusst die lange Geschichte der als Terrorbekämpfung bezeichneten Bekämpfung und Verfolgung der militanten Linken in der BRD.

Dabei würde eine ernsthafte Debatte zur RAF durchaus Sinn machen, denn sie würde zeigen, wozu dieser Staat bereit ist, wenn's gegen Linke geht - angefangen bei den Notstandsgesetzen bis hin zum Kontaktsperregesetz und den Paragrafen zur Verfolgung von SympathisantInnen linker Militanz wie dem §129a. Lohnend wäre auch eine Kritik der Programmatik der RAF: Angefangen bei ihrer teilweise plump den BRD-Imperialismus als Vasallen der USA verharmlosenden Programmatik, ihrer Israelfeindschaft, die darin gipfelte, 1972 den Terroranschlag der PLO-Gruppe Schwarzer September auf die israelische Olympiamannschaft in München zu begrüßen, ihr militaristisches und undialektisch-moralinsaures Schwein-oder-Genosse-Denken. Für die radikale Linke war die Militarisierung von Militanz, wie sie die RAF betrieb, eine Katastrophe: Die Reaktion des Staates traf die legale Linke mit voller Wucht - linksradikale Organisationen ebenso wie die Neuen Sozialen Bewegungen.

Fast vergessene Kunstform: Distanzierung

Neben dem Umgang des Staates mit der RAF und deren Programmatik, deren analytische Fehler übrigens von Teilen der antiimperialistischen, radikalen Linken bis heute gerne wiederholt werden - ein Blick auf die Israel-Berichterstattung der jungen Welt liefert hier leicht zugängliches Anschauungsmaterial -, wäre auch noch etwas anderes in den Blick zu nehmen: Die bereitwillige Gefolgschaft der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, als es darum ging, die Reihen gegen die vermeintliche Bedrohung RAF zu schließen. Im Deutschen Herbst 1977 ließen deutsche BürgerInnen bei Straßenbefragungen nicht selten offen ihren Vernichtungsfantasien freien Lauf nach dem Motto: "Man sollte die gefangenen Terroristen als Geisel nehmen und erschießen."

Radikale Linke, die sich kritisch über den von der RAF entführten und erschossenen damaligen Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber, Hanns-Martin Schleyer, äußerten, wurden oft von ihren KollegInnen oder aus der Nachbarschaft als vermeintliche SympathisantInnen des Terrors denunziert. Wie etwa Martin S., damals Auszubildender und Jugendvertreter der Hamburger Firma Bau + Montage, dem gekündigt wurde, weil er in einem Gespräch unter Kollegen Schleyer ein Schwein genannt hatte. Der von der IG Metall dominierte Betriebsrat (BR) hatte der Geschäftsleitung das Gespräch gemeldet, anschließend der Kündigung zugestimmt und ihn von Sitzungen ausgeschlossen. "Im Beisein von Kollegen haben Sie zugleich den Betriebsfrieden gestört und durch Ihre Sympathiebezeugung für die Terroristen sich außerhalb der Gemeinschaft gestellt", hieß es in der Kündigung.

Derartiges Vorgehen wurde nur in den Zeitungen der radikalen Linken kritisiert - in diesem Fall im Rebell, der Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes (KB). Mehrere Verantwortliche von Zeitungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW) und der KPD wurden zu kurzen Haftstrafen verurteilt, weil dort geschrieben stand, dass in Stammheim der Staat gemordet hätte.

Zum 25. Jahrestag der Entführung von Hanns-Martin Schleyer erschien am 5. September 2002 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Nachruf auf den damals offiziell höchsten Funktionsträger der Bourgeoisie unter der Überschrift: "Und er war doch ein Held". Im Text wird frank und frei, wenn auch verharmlosend zugegeben: "Schleyer war nationalsozialistischer Studentenführer gewesen und hatte der SS angehört." Eben ein deutscher Held. Schleyer war bereits als Schüler in die Hitlerjugend eingetreten, zu Studienbeginn war er Mitglied Nummer 221.714 der SS. Mit den Worten "Auslese bedeutet immer zugleich Ausmerze" trat er für eine stärkere Verfolgung linker Studierender ein. Er wurde Beauftragter des terroristischen Sicherheitsdienstes (SD) der SS für den Universitätsbereich. Ab 1942 unterstand ihm im NS-Besatzungsregime in der Tschechoslowakei die Kontrolle und Ausbeutung der tschechoslowakischen Industrie. Im Mai 1945 war Schleyer der letzte SS-Kommandant von Prag.

Konfliktpartei

1977 wurde noch massiv dagegen vorgegangen, wenn die Nazivergangenheit von Schleyer zur Sprache kam. So schritt der Hamburger Schulsenator Günter Apel (SPD) ein, als im Oktober 1977 ein Lehrer Auszüge aus Bernt Engelmanns Buch "Großes Bundesverdienstkreuz" über Schleyers NS-Funktionen im Unterricht benutzte. In einem Rundschreiben an alle LehrerInnen erklärte Apel am 27. Oktober 1977: "Das Aufspüren von dunklen Punkten in der politischen Vergangenheit von Opfern des Terrorismus ist menschlich gesehen geschmacklos, politisch aber abwegig. An Hamburgs Schulen darf es deshalb in Sachen Terrorismus keine Kompromisse, keine Halbherzigkeiten und keine Rechtfertigung geben."

Heute wird das Wirken Schleyers als Nazi und SS-Funktionär nicht mehr einfach verschwiegen, sondern gegen den gesellschaftlichen Gegner gewendet, wie etwa im dem FAZ-Nachruf aus dem Jahr 2002. Indem dort behauptet wird, die RAF-MilitantInnen hätten ihren Nazi-Vätern mehr oder weniger nachgeeifert, wird die Nazi-Vergangenheit von Schleyer bagatellisiert und die RAF zugleich entpolitisiert: "Zu lange hat man geglaubt, dass die Abrechnung mit den nationalsozialistischen Vätern das psychologische Motiv der RAF war. In Wirklichkeit dürfte es sich umgekehrt verhalten: Es ging darum, den Vätern ebenbürtig zu werden. Der Vater von Peter-Jürgen Boock war Berufssoldat, der Vater von Grams, dem mutmaßlichen Herrhausen-Attentäter, war Mitglied der Waffen-SS."

Diese demagogische Behauptung lässt sich leicht aufstellen; sie besagt aber wenig und erklärt nichts. Die RAF wurde gegründet, als sich die Kinder der deutschen Nazigeneration politisiert hatten. Da sich die Mehrheit der Deutschen am Nationalsozialismus aktiv beteiligt hat, wird es in keinem deutschen Verein, der um 1970 gegründet wurde - wie z.B. die RAF - viele Mitglieder gegeben haben, die keine Nazi-TäterInnen in der Elterngeneration hatten. Etwas anders sieht es bei vielen der Terrorismusbekämpfer der 1970er-Jahre aus. Sie waren selbst aktiv am NS-Regime beteiligt. So bestand der Krisenstab der Bundesregierung zur Zeit der Schleyer-Entführung im Deutschen Herbst 1977 mehrheitlich aus ehemaligen Soldaten der Wehrmacht.

Kritische Anneigung geht anders

Aber auch die ApologetInnen der Deutschen Zivilgesellschaft, die unentwegt an einer Verschönerung des Staates BRD mitwirken möchten, muss mensch für eine kritische Aufarbeitung und Aneignung linksradikaler Geschichte rechts liegen lassen. Nicht so die AusstellungsmacherInnen der Kunst-Werke. Sie wollen mit Wolfgang Kraushaar zusammenarbeiten, der am Hamburger Institut für Sozialforschung tätig ist. Kraushaar rief im April 1998 in der taz der RAF hinterher, die soeben ihre Auflösung erklärt hatte: "Die RAF ist in ihren Grundzügen autistisch und deshalb weitgehend unpolitisch gewesen ... Wie in einem zwangsneurotischen System blieb die RAF auf ihre Logistik reduziert." Die staatliche Diktion der Stammheimer "Selbstmorde" übernimmt Kraushaar selbstredend unhinterfragt, um sich dann darüber zu echauffieren, dass "es offenbar Elemente einer wechselseitigen Funktionalisierung" gab zwischen "poststalinistischen Regimen" und der RAF. Seinen Antikommunismus hervorkehrend empörte er sich: "Die RAF-Leute waren ‚Leninisten mit Knarre`, grundsätzliche Gegner der Demokratie."

Über LeninistInnen mit Knarre hat Wladimir Majakowski Erhellenderes gesagt - "Sprich du, Genosse Mauser" - und darüber zu urteilen, warum die Rote Armee Fraktion - meines Erachtens eben auch im ideellen Sinne als Fraktion gedacht - der sowjetischen Roten Armee nicht das Wasser reichen kann, spreche ich AntikommunistInnen und ZivilgesellschaftlerInnen jedes Recht ab.

Gaston Kirsche

(gruppe demontage)

2. "Es werden andere Chilenen kommen..." 11. September 1973: Eine andere Welt war möglich. Ein Rückblick

Autor: Michael Ramminger/Wigbert Flock · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:25

Die indische Schriftstellerin Arundhati Roy schrieb 2001: "Die Anschläge vom 11. September waren die monströse Visitenkarte einer aus den Fugen geratenen Welt. Die Botschaft könnte ... durchaus unterzeichnet sein von den Geistern der Opfer von Amerikas alten Kriegen ... die Millionen, die in Jugoslawien, Somalia, Haiti, Chile, Nicaragua, El Salvador, Panama, in der Dominikanischen Republik starben, ermordet von all den Terroristen, Diktatoren und Massenmördern, die amerikanische Regierungen unterstützt, ausgebildet, finanziert und mit Waffen versorgt haben." Für eine ganze Generation von Linken in der Welt und in der BRD drückt sie das spontane Empfinden an diesem 11.9.2001 aus. Denn dieser 11.9. hob bei vielen einen anderen 11.9. ins Gedächtnis, der von der Verdrängungswut kapitalistischer Hegemonie bereits dem Vergessen anheim gegeben war und jetzt - mit dem 11.9. 2001, der die hegemonialen und imperialen Kriege der kapitalistischen Länder heilig sprechen soll - seine zweite Beerdigung erfährt.

Die Rede ist vom 11.9.1973, an dem in Chile die rechtmäßig gewählte sozialistische Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende durch das Militär weggeputscht wurde. Auch dieser 11.9. endete mit von Flugzeugen zerstörten Regierungsgebäuden: der Moneda in Santiago de Chile. Der Putsch beendete das dreijährige Projekt eines chilenischen Sozialismus, und er war gleichzeitig der Beginn einer äußerst systematisch vorgehenden und blutigen Diktatur, der eine ganze Reihe von Militärdiktaturen in Lateinamerika folgen sollten. Der Putsch war aber vor allem die Voraussetzung für das erste neoliberale Laboratorium der von Milton Friedman ausgebildeten "chicago-boys", die mit Hilfe des Diktators General Augusto Pinochet und des sich neu formierenden Kapitals das ganze Programm ihrer Doktrin durchsetzen konnten: Privatisierung der Sozialsysteme und öffentlichen Dienstleistungen, der Bildung, Deregulierung sowie die Zerschlagung von Arbeiter- und Landarbeitergewerkschaften.

Der Wahlsieg der Unidad Popular

In Chile vollzog sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Transformation von einer oligarchisch-spätkolonialen zu einer bürgerlichen Klassengesellschaft. Das neu entstehende Kleinbürgertum war zu großen Teilen im Staatsapparat oder in den Industriebetrieben als kleine und mittlere Angestellte beschäftigt und fand leichten Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem, zu Wohnungsbauprogrammen oder zum Bildungssystem, während die breite Masse der Volkssektoren erst sehr spät und dann auf sehr geringem Niveau partizipierte und von diesem Wandel profitierte.

Vor diesem Panorama polarisierten sich die politischen Kräfteverhältnisse in Chile. Zur Präsidentschaftswahl im September 1970 traten der Kandidat der Unidad Popular, Salvador Allende, der Christdemokrat Radomino Tomic und der ehemalige Präsident und Kandidat der oligarchischen Kräfte, Jorge Alessandri, an. Die Unidad Popular, ein Bündnis linker Parteien (Radikale Partei, Sozialisten, Kommunisten, die Unabhängige Volksaktion API und die MAPU, eine Abspaltung der Christdemokraten), gewinnt diese Wahlen mit 36% der Stimmen. Schon zu dieser Zeit ist die politische Stimmung in Chile hochbrisant. Die Linke hatte sich weit über das für Chile traditionelle Milieu der organisierten Arbeiterschaft und der Parteien ausgedehnt: Nachbarschaftsversammlungen, Frauenvereinigungen, Sportclubs und Künstlerzusammenschlüsse trugen politische Diskussionen in den Alltag, es gab eine Bewegung der revolutionären Linken, den MIR, der sich der UP allerdings nicht anschloss.

"Die Monate vor der Wahl sind von kaum auszuhaltendem Druck gekennzeichnet. Chile, die Insel der Vernunft, zeigt von Tag zu Tag ein gespalteneres Gesicht. Der Kampf hat über die Jahre hinweg an Geschwindigkeit zugenommen. Jeder Demonstrationszug trifft auf einen Gegenzug, häufig endet das Fest in Polizeigewahrsam oder im Krankenhaus. Die Studenten protestieren gegen die polizeilichen Repressionen, der MIR erhöht die Übergriffe auf Ordnungskräfte ..." schreibt Fernando Diego García (1). Und auch die Rechte mobilisierte: Der CIA unterstützte mit Hilfe des Konzerns ITT Allesandri, den Kandidaten der rechten Nationalen Partei, mit

800.000 US-Dollar und initiierte die sogenannte "Schreckenskampagne", die deutlich machen sollte, dass eine "kommunistische" Regierung den Untergang des Landes bedeuten würde.

Aber Chile war schon zu weit in Bewegung geraten. 36% für Allende, 29% für den Christdemokraten Tomic und 34% für Alessandri. Noch aber geben die Rechten nicht auf, denn der Präsident muss mit einfacher Mehrheit vom Kongress bestätigt werden. Unter Führung der CIA wird die Entführung des Oberbefehlshabers René Schneider organisiert, um das Militär zum Putsch zu bewegen. Der Plan scheitert, General Schneider wird dabei erschossen, das Militär bleibt zunächst verfassungstreu und am 4. November wird Salvador Allende vom Kongress mit den Stimmen der Christdemokraten als Präsident der Republik bestätigt.

Der Wahlerfolg der UP gründete im fragilen Bündnis der Linksparteien, das von der ArbeiterInnenbewegung und aus den städtischen Armenvierteln unterstützt wurde. Er ist aber auch darauf zurückzuführen, dass Christdemokratie und Nationale Partei im Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Oligarchie politisch so weit auseinander geraten waren, dass sie keinen gemeinsamen Kandidaten aufstellen konnten.

Drei Jahre chilenischer Sozialismus

Direkt danach begann die UP, ihr Wahlprogramm umzusetzen. Die wichtigsten Pfeiler dieses Programms waren die Nationalisierung des Kupferbergbaus und anderer in- und ausländischer Unternehmen wie die nordamerikanischen Konzerne ITT und Du Pont; die Kohlebergwerke, der Salpeterabbau und Textil- und Zementfabriken wurden verstaatlicht. Die Nationalisierung des Kupferbergbaus war übrigens auch Bestandteil des christdemokratischen Wahlprogramms gewesen, ebenso wie die Fortführung und Beschleunigung der Agrarreform. In den Jahren der UP-Regierung wurden unter Führung des Landwirtschaftsministers Chonchol, einem ehemaligen Christdemokraten, 2.193 Latifundien mit einer Gesamtfläche von 3,5 Mio. Hektar in Kooperativen überführt oder an Bauern und Mapuche, die UreinwohnerInnen Chiles, zurückgegeben. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der sozialistischen Reformen war die Verstaatlichung der Privatbanken durch Aktienkäufe der Regierung. Sozialpolitische Maßnahmen waren die kostenlose tägliche Verteilung von Milch an Kinder bis 15 Jahre; 1,8 Mio. Kinder erhielten zusätzlich ein Frühstück, 680.000 ein Mittagessen. Diese Programme, sowie der Aufbau eines Gesundheitssystems und der Bau von Wohnungen für 100.000 Menschen führten dazu, dass die Kindersterblichkeitsrate 1973 um 20% gesunken war.

Insgesamt war diese Politik im ersten Jahr äußerst erfolgreich: Das Bruttosozialprodukt in Chile wuchs um 7,7%, das Produktionsvolumen um 13,7%, die Arbeitslosigkeit sank von 8,3% auf 3,8% und die Inflationsrate ging von 34,9% auf 22% zurück. Dieser Boom, von dem in erster Linie die Arbeiterklasse und die pobladores (BewohnerInnen der Armenviertel) profitierten, stieß aber schnell an seine Grenzen. Das Ausland, vor allem die USA und die US-Konzerne boykottierten Chile: Kredite wurden gesperrt, Ersatzteillieferungen verweigert und US-Konzerne versuchten sogar, chilenische Kupferlieferungen im Ausland beschlagnahmen zu lassen. Die chilenische Bourgeoisie beteiligte sich an dieser "unsichtbaren Blockade" durch Investitionsverweigerung und Konsumsteigerung. Das Produktionswachstum konnte mit der steigenden Nachfrage nicht mithalten, das Zahlungsbilanzdefizit explodierte und die Devisenreserven schmolzen zusammen. 1972 erhöhte sich die Inflationsrate in Chile auf 163%. Trotz verschiedener Versuche, wie gestaffelter Steuerpolitik, der Einführung von Preiskontrollen oder Maßnahmen gegen den Schwarzmarkt, gelang es der UP bis zu ihrem Ende nicht, diese Entwicklungen aufzuhalten.

Blutiges Ende eines Projektes

Die politische und kulturelle Mobilisierung, die der Wahl Salvador Allendes vorangegangen war, bestimmte noch bis 1973 das Bild der chilenischen Gesellschaft: 1971 gibt es 15.000 Basiskomitees, die die UP unterstützen. Die Preispolitik der UP wird von tausenden "Räten für die Versorgung und Preiskontrolle" mitgetragen. Im September 1972 schließen sich nach einem Aufruf von KP, PS und dem Gewerkschaftsdachverband CUT 1,5 Mio. Menschen zu Selbstschutzkomitees zusammen. Es kommt aber auch zu illegalen Landnahmen durch Mapuche, denen die Landreform nicht schnell und radikal genug vorangeht; auch Betriebe, deren Eigentümer sich offensiv an der Blockade der UP-Politik betreiben, werden besetzt. Aber spätestens 1972 organisieren sich auch die Unternehmer, und die Mittelschichten stehen der UP zunehmend feindlich gegenüber. Vor allem kleine und mittlere Kaufleute und Unternehmer wechseln jetzt aufgrund von Propagandaeffekten und realen Einkommensverlusten ihre Haltung zur UP: Es kommt zu

Aussperrungen, Betriebsschließungen und Sabotageakten, so dass sich die Regierung gezwungen sieht, den Ausnahmezustand auszurufen.

Im Oktober 1972 reagieren die Lastwagenunternehmer darauf mit einem nationalen Streik, dem sich auch andere Mittelschichtsgruppen, wie die EinzelhändlerInnen, anschließen. Der Streik endet einerseits mit dem Zugeständnis der Regierung, im März verfassungsgemäße Wahlen durchzuführen, andererseits aber auch mit der Stärkung der poder popular, der "Volksmacht": Vor allem ArbeiterInnen organisieren sich und nehmen die Produktion, Verteilung und Bewachung von Betrieben in die Hand. In Folge dieses Streiks nimmt Salvador Allende Militärs in die Regierung auf, um der Opposition die Legalität und Verfassungstreue der Regierung zu beweisen. Die Parlamentswahlen im März 1973 enden mit 43,4% für die Regierung. Die Hoffnung der Opposition, Allende legal des Amtes entheben zu können, sind zerstört.

Von diesem Zeitpunkt an zielt die Strategie auf die Beseitigung der Unidad Popular. Am 29. Juni 1973 gibt es einen ersten Putschversuch, der aber an verfassungstreuen Militärs und Polizeikräften scheitert. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich weiter, und im August 1973 erreicht die Delegitimationskampagne der Opposition einen neuen Höhepunkt: Christdemokraten und Nationale Partei erklären die Regierung der UP für nicht mehr verfassungskonform und die Unternehmer organisieren einen neuen Streik.

Kompromiss vs. Autonomie der Bewegungen

Die Strategie der Unidad Popular, den Wandel zum Sozialismus innerhalb der verfassungsgemäßen Ordnung Chiles durchzusetzen, an der Allende bis zum Schluss festhielt, ist nicht mehr zu halten: Unternehmerverbände und private Organisationen waren mit ihrer Destabilisierungs- und Sabotagestrategie im Kampf um die ideologische Hegemonie immer erfolgreicher geworden. Die USA hatten an ihrer Doppelstrategie der ökonomischen Destabilisierung und der CIA-Unterstützung für oppositionelle Gruppen und Parteien festgehalten und damit die wirtschaftliche Lage verschärft. Innenpolitisch ist allerdings der Kurswechsel der Christdemokratie für den folgenden Putsch entscheidend mitverantwortlich: Ihr linker Flügel ist parteiintern unterlegen, und die neue Führung unterstützt im Jahr 1973 die Umsturzlinie. Auch das bisher verfassungstreue Militär schwenkt in Teilen auf diese neue Koalition ein.

Die letzten Monate der Unidad Popular und Salvador Allendes sind von verzweifelten Versuchen geprägt, das labile politische Gleichgewicht zwischen UP, Christdemokratie und Militär zu erhalten. Seit Monaten wird in der UP über ein Referendum diskutiert, das aber von den Koalitionsparteien abgelehnt wird. Im August tritt der verfassungstreue Oberbefehlshaber des Heeres und Verteidigungsminister General Prats zurück und schlägt als Nachfolger General Augusto Pinochet vor. Allende versucht weiter, mit den anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen wie der Christdemokratie und der Kirche zu verhandeln. Am 9. September entscheidet er sich, eine Volksbefragung über die Zukunft der UP durchführen zu lassen. Am 11. September bombardiert die Luftwaffe den Regierungspalast, die Moneda in Santiago de Chile: Der Putsch wird von Pinochet geführt, jenem General, der noch im Juni des vergangenen Jahres den ersten Putschversuch niedergeschlagen hatte, und der von Allende erst im Vormonat zum Verteidigungsminister ernannt worden war.

Salvador Allende bleibt bis zum Ende im Regierungsgebäude. Seine letzte Rede in Radio Magellanes endet mit den in der Solidaritätsbewegung berühmt gewordenen Worten: "Ich glaube an Chile und sein Schicksal. Es werden andere Chilenen kommen. In diesen düsteren und bitteren Augenblicken, in denen der Verrat triumphiert, sollen sie wissen, dass sich früher oder später, vielleicht schon sehr bald, erneut die großen Straßen öffnen werden, auf denen der würdige Mensch dem Aufbau einer besseren Gesellschaft entgegengeht. Es lebe Chile, es lebe das Volk, es lebe die Arbeiterklasse."

Der Putsch als neoliberale "Revolution"

Vielleicht kann man die Strategie der UP - und vor allem die Salvador Allendes - als den Versuch eines historischen Kompromisses bezeichnen, der die Legitimation seiner sozialistischen Transformationsprozesse durch die Organisierung der ArbeiterInnenbewegung und der marginalisierten Volkssektoren zu stärken versuchte und vor allem auf die Verfassungstreue des Militärs setzte. Dieser Versuch scheiterte an der Verweigerung des Kompromisses durch Bourgeoisie und Kapital. Er scheiterte aber wohl auch an der strategischen Überbetonung der ArbeiterInnenklasse. Insgesamt bewirkten die Maßnahmen der Massenbeteiligung am gesellschaftlichen Transformationsprozess zweifelsfrei eine Stärkung der sozialen Rechte weiter Teile der Bevölkerung. Doch muss auch gesehen werden, dass das

Selbstorganisationspotenzial der pobladores oder anderer gesellschaftlicher Gruppen nicht in vollem Maße ausgeschöpft oder oftmals sogar behindert wurde. Paulo Freire z.B. übte zu Recht wiederholt scharfe Kritik an der chilenischen Linken, der er ein ideologisches Verhalten gegenüber den "Volksklassen" vorwarf. Der Unidad Popular bereitete es größte Schwierigkeiten, die strategisch zentrale "Organisierung der marginalisierten Massen" tatsächlich als ein Projekt der organischen Verbindung mit den Basisbewegungen - jenseits der urbanen ArbeiterInnenklasse bzw. deren Funktionärseliten - zu begreifen. Möglicherweise aber hätte eine offensive Entwicklung der Volksorganisationen zu autonomen TrägerInnen eines revolutionären Prozesses einfach nur viel eher zu einem Militärputsch geführt.

Als die Unidad Popular im September 1973 ihr blutiges Ende fand, ging es der Junta nicht allein um die Ablösung einer Regierung und um die Wiederherstellung der alten Ordnung, also nicht um eine Konterrevolution, sondern um die Zerschlagung der gesellschaftlichen Dynamik, die den Sozialismus chilenischer Prägung überhaupt erst hervorgebracht hatte. Die Militärs gaben die Macht nicht wieder an die klassischen Eliten zurück, sondern übertrugen auf Anraten ihrer ideologischen Helfer die wirtschaftspolitischen Kompetenzen an junge chilenische Technokraten, die bei Milton Friedman in Chicago ausgebildet worden waren. Diese fanden in Chile eine optimal hergestellte Laborsituation vor: Demokratische Parteien, gewerkschaftliche Organisationen und Berufsverbände waren eliminiert worden oder standen wie Universitäten, Zeitungen, Radio- und Fernsehsender unter Kontrolle. Unter diesen Bedingungen setzten die "Chicago-Boys" ihre neoliberalen Experimente an: Deregulierung des Kapitalmarktes, Abbau von Schutzzöllen oder Streichung von Subventionen. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft wurde sukzessiv auf ein Minimum beschränkt. Chile nahm wieder seinen Platz in der kapitalistischen Weltökonomie als Exporteur preiswerter Rohstoffe und Anbieter kostengünstiger menschlicher Arbeitskraft ein.

Diese Zäsur initiierte tief greifende gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die das heutige Chile prägen und allein von den politisch "neutralen" Militärs durchgeführt werden konnten, denn auch die alte Rechte hatte keine Antwort auf die beschleunigte Globalisierungsdynamik des Kapitals und die Krise des auf Importsubstitution basierenden nationalen Entwicklungsmodells: Der 11. September 1973 war der Startschuss für das weltweit erste neoliberale Modell - aber trotz aller Widersprüchlichkeiten der UP steht dieser Tag auch für die Erinnerung daran, dass eine andere Welt möglich war.

Michael Ramminger/ Wigbert Flock

Institut für Theologie und Politik, Münster

Anmerkung:

1) Fernando Diego Garcia, Oscar Sola (Hg.): Allende: Das Ende einer Ära. Berlin 1998, Aufbau-Verlag

"11. September - Die Ereignisse werfen ihre Schatten zurück" lautet der Titel der aktuellen Ausgabe der SOLIDARIDAD - Berichte und Analysen aus Chile zum 30. Jahrestag des Putsches, gespiegelt am 11. September 2001. 28 Seiten, 3 EUR zzgl. Versandkosten; Chile-Informationsbüro, Friedrich-Ebert-Str.7, 48153 Münster; soli@muenster.de, Tel. 0251/39995693

"Chile - so fern - so nah - 30 Jahre Chile-Solidaritätsarbeit". Ausstellung mit 34 Tafeln, Verleih über Chile-Informationsbüro, s.o.

3. Zerstörte Illusionen. Der 11. September 1973 in Westberlin

Autor: Klaus Viehmann · Rubrik: Chile; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:16

Wie wohl kein anderes politisches Ereignis hat mich der Putsch in Chile in den folgenden Jahren beeinflusst. Meine Tante war dorthin ausgewandert und hatte unser Kinderzimmer mit chilenischen Fähnchen, kleinen Holz-Kondoren und Matetee-Kalebassen versorgt, eine Landkarte Chiles hing lange über meinem Bett. Alles ziemlich unpolitisch, aber ich horchte auf, wenn es um das Land ging, und begann mich nach dem Wahlsieg Allendes 1970 mit dem Rest der Verwandtschaft, die ab und zu die BRD besuchte, zu streiten, denn ich war natürlich links und die in Chile lebende Verwandtschaft, Gewerbetreibende und Mediziner, nicht.

1973 war ich neunzehn und seit ein paar Monaten dabei, meine nach einem Rausschmiss aus einer bürgerlichen Buchhandlung begonnene Lehre in einem Westberliner Buchladenkollektiv fortzusetzen. In der Linken spielte Chile vor dem 11.9.1973 keine Rolle. Das erste Chile-Solidaritätskomitee war zwar im Juni nach dem ersten Putschversuch gegründet worden und residierte zwei Häuser neben dem Buchladenkollektiv in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), aber die ersten Chile-Nachrichten waren hektographierte Blätter in kleinster Auflage - die erst nach dem Putsch auf ein paar tausend pro Woche steigen sollte.

Viel mehr beschäftigt waren wir "Undogmatischen Linken", die solche Buchläden betrieben und in Wohngemeinschaften lebten, die manchmal kleine Kommunen waren (ausgehängte Türen und Funktionsräume, einschließlich gemeinsamen großen Matratzenlager, auch wenn das nie lange gut lief), seinerzeit mit der Auseinandersetzung mit den K-Gruppen, zum Beispiel der KPD/AO und ihrer Liga gegen den Imperialismus, die zwischen ESG und Buchladen gerade eine Galerie mit (schrecklicher) "revolutionärer Kunst" gründete. Auch waren der im Sommer gelaufene erste Hungerstreik der RAF-Gefangenen oder der Prozess gegen Horst Mahler vor dem Berliner Landgericht wegen seiner Episode in der RAF, erst recht der Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973, viel bedeutendere Themen. Den Frankfurter Häuserkampf - im Frühjahr hatte es schwere Straßenschlachten im dortigen Westend gegeben - verfolgten wir mit viel Interesse und einem gewissen Ärger über die Sticheleien der Frankfurter GenossInnen, wann wir Westberliner denn mal was auf die Beine kriegen würden ...

Ich glaube, dass zum 11.9.1973 irgendeine Veranstaltung zum 70. Geburtstag Theodor W. Adornos geplant war und ein Buchladenkollege den Tod Ingeborg Bachmanns betrauerte, zu beiden Anlässen hätten wir Büchertische machen können. Tatsächlich wimmelte es im Laden tagelang von Leuten, die Informationen haben wollten. Das im Jahr zuvor bei Rotbuch erschienene Buch von Arno Münster über Chile war sofort vergriffen, jedes Flugblatt binnen kurzer Zeit alle. Erst nach ein paar Tagen erschienen Sondernummern linker Zeitungen, die nach meiner Erinnerung eher etwas über die Ideologie der jeweiligen Gruppen aussagten, als über die Lage in Chile.

Generell hatten alle die Hoffnung, dass die chilenischen Arbeiter, das chilenische Volk, die Unidad Popular, oder böse gesagt: irgendwer, die Militärs schlagen würde. Wenn nicht sie, dann der MIR, der bereits vor dem 11.9. illegal in Chile operiert hatte und unseren revolutionären Wünschen und Vorstellungen viel näher kam als der "Reformist" Allende oder die chilenische KP, über die allabendlich im DDR-Fernsehen so legalistisch berichtet wurde.

Wie einfach diese Sichtweise heute auch wirken mag, damals prägte sie unsere Wahrnehmung und Reaktionen. Für mich - und andere - änderte sich in der Zeit zwischen September 1973 und November 1974, dem Tod von Holger Meins im Hungerstreik gegen die Isolationshaft, politisch vieles. Die damals existierenden Stadtguerilla-Gruppen hatten wir vorher aus der Distanz gesehen, "kritisch-solidarisch". Deren Texte und Praxis wirkten auf einmal viel plausibler: Allendes Sturz durch Bourgeoisie und US-Imperialismus zerstörte letzte Illusionen über ein "friedliches Hinüberwachsen in den Sozialismus". War bis dahin unser Wunsch nach revolutionären Veränderungen wenig mit den praktischen Fragen ihrer Durchsetzung gegen einen mächtigen Gegner verbunden gewesen, so wurde am 11.9.1973 bitter vor Augen geführt, wie eine reaktionäre Armee zahlenmäßig viel stärkere - aber unbewaffnete - Kräfte der Linken unterwerfen kann. Die Bedeutung von Selbstverteidigung, der "Bewaffnung der Revolution" von Beginn an, war für uns das hervorstechende Merkmal

des Lehrstücks Chile. Die Reaktionen der BRD-Firmen und staatlicher Kreise, die den Putsch begrüßten, sowie ganz persönliche Erfahrungen mit polizeilicher Repression, trugen ihren Teil zur Desillusionierung bei.

Als im November 1973 ein Genosse in den Buchladen gerannt kam um zu berichten, dass es um die Ecke in der Kantstraße in der Nacht geknallt hätte, und wir dann erfuhren, dass es ein Bombenanschlag gegen die dortige ITT-Niederlassung gewesen war (der US-Konzern ITT war für den Putsch in Chile mitverantwortlich), begrüßten das so einige. Dieser Anschlag war die erste Aktion der Revolutionären Zellen.

Ohne den Putsch in Chile wäre ich kaum drei Jahre später zur Bewegung 2. Juni gegangen und ohne ihn hätte ich den "bewaffneten Kampf" in der Metropole sicher als weniger legitim angesehen.

Vor zehn Jahren, 20 Jahre nach dem 11.9.1973, sollte ich für den Diskussionsband "Odranoel - Die Linke zwischen den Welten" etwas zu Chile und den Folgen schreiben: "Es ist keine geschichtliche Illusion, dass die für diese Verhältnisse Verantwortlichen ihre Entmachtung noch nie friedlich hingenommen haben. Manchmal waren sie zu schwach, sich noch zu wehren, aber sonst waren sie immer zu Faschismus, Krieg und Gewalt bereit, um ihre Privilegien in dieser Welt zu erhalten. Die einzelnen Fakten können sich ändern, aber die Rechnung bleibt die gleiche: Radikale Perspektiven stoßen unvermeidlich mit dem System zusammen und können nur über seine Niederlage hinweg erfolgreich sein. Das hat sich nie geändert, nur rechnen wir heute leiser und etwas genauer als vor 20 Jahren."

"20 Jahre" muss durch "30 Jahre" ersetzt werden, ansonsten stimmt's noch.

Klaus Viehmann

Wir bedanken uns recht herzlich bei HKS 13, die uns die Chile-Plakate auf den Seiten 4 bis 8 zur Verfügung gestellt haben. Von HKS 13 sind bei Assoziation A die beiden Plakatbücher "hoch die kampf dem" und "vorwärts bis zum nieder mit" erschienen.

4. "Als wenn ein Renault einen Ferrari verfolgt." Erinnerungen an Klassenkampf und Putsch in Chile

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:26

Carlos Sanhueza-Bunge ist 1974 aus Chile exiliert und lebt seit Anfang der 1980er Jahre in Hamburg. Zur Zeit der Unidad Popular war er Aktivist des MIR (1) in der südchilenischen Provinz Concepción. Im Gespräch mit Dirk Hauer erinnert er sich an die sozialen Konflikte während der Regierungszeit Allendes, an die Debatten zwischen den Organisationen der Linken und an die Zeit des Putsches.

ak: Carlos, wie alt warst Du am 11. September 1973? Welche Zukunftsperspektiven hattest du damals für Dich?

Carlos Sanhueza-Bunge: Ich war 26 Jahre alt. Wie jedes Mitglied des MIR damals war ich vollkommen erfüllt von den Ideen von Gerechtigkeit, eine gerechtere Heimat zu schaffen mit einem menschenwürdigen Lebensstandard für alle, nicht nur für einige. Ich war damals gerade aus Los Angeles (2) zurück nach Concepción gekommen. Ich hatte studiert und mein Studium aus Geldmangel abgebrochen. In Concepción arbeitete ich in einer Baufirma an der Uni als Vermessungsgehilfe. Ich blieb dort nichtzuletzt auch deswegen, weil ich dort geheiratet hatte.

Hat der Putsch eigentlich "in der Luft gelegen" oder kam er für euch überraschend? Hat sich die Linke in irgendeiner Weise darauf vorbereitet?

Ich würde sagen, es gab überhaupt keine Vorbereitung, auch wenn z.B. der MIR ein Organisationsprinzip hatte, das auf eine drohende Illegalität vorbereiten sollte. Es gab Strukturen, die unabhängig voneinander und teilweise auch abgeschottet gearbeitet haben.

Am 6. August 1973 sind Matrosen und Marineangehörige in Valparaiso, Talcahuano und Punta Arenas verhaftet worden, Soldaten, die sich offen auf die Seite der Unidad Popular gestellt hatten. Allein in Talcahuano sind innerhalb von drei Tagen über 350 Leute festgenommen worden, und wir hatten durchaus Kontakt zu ihnen gehabt. Wir hatten also schon Informationen, die darauf hindeuteten, dass ein Putsch vorbereitet wurde.

Aber das war erst einen Monat vorher. Vorher habt ihr da nicht mit gerechnet?

Die Gerüchteküche brodelte natürlich, und die Zusammenarbeit der Rechten mit dem Militär war selbstverständlich bekannt. Die Frage war eher: Wann würde es knallen? Wir hatten schon damit gerechnet, dass ein Putsch möglich war. Aber wir haben geglaubt, dass eine massive Volksmobilisierung, immer mehr, immer größere Demonstrationen und Besetzungen der UP-Regierung Handlungsspielräume, auch gegen die Rechten und das Militär, eröffnen könnte. Doch statt mit dem Volk ist die Regierung häufig genug gegen das Volk vorgegangen, um die Rechten zu beschwichtigen. Die UP wollte das Militär und die Leute, die das Geld hatten, besänftigen.

Das hört sich ein bisschen an wie die Situation 1936/37 während des Spanischen Bürgerkrieges, wo POUM und AnarchistInnen die Revolution im Bürgerkrieg vorantreiben wollten, während Kommunisten und Sozialisten aus Rücksicht auf Bourgeoisie und Großgrundbesitz eher abgewiegelt haben.

Ja; ich habe vor einiger Zeit Ken Loachs "Land and Freedom" gesehen und habe sofort an Chile denken müssen. Die Unidad Popular war gebunden, sie musste Rücksicht nehmen auf die Christdemokraten und die Ultrarechten. Es hat damals ein Geheimabkommen zwischen der Regierung und den rechten Parteien gegeben, ein "estatuto de garantias", worin Allende zugesichert hatte, Institutionen wie das Schulwesen, die Medien, die Kirche und die Armee zu "respektieren". Dieses Abkommen ist nie veröffentlicht worden, selbst unter den Parteien der UP nicht.

Allende ist im Frühjahr 1970 gewählt worden, und im Oktober 1970 wurde die UP-Regierung vereidigt. Wie würdest Du die Zeit in Chile von 1970-1973 beschreiben? Was für ein gesellschaftliches Klima war das?

Das ganze war ein gewaltiger Aufbruch, gerade unter den Fabrik- und LandarbeiterInnen. Alle Veranstaltungen wurden zu Formen einer gewaltigen Massenmobilisierung. Im Kulturbereich, überall wurde etwas gemacht, wie

ein Vulkan war das. Ich erinnere mich an die Busfahrten zu meiner damaligen Arbeitsstelle, eine Stunde hat das gedauert. Es gab immer politische Diskussionen in den Bussen. Alle Strömungen und Ansichten waren vertreten, selten gab es Keilereien, die Debatten waren in der Regel sachlich, aber leidenschaftlich. Manchmal wolltest du gar nicht aussteigen, weil das so gut war.

Dabei ging die Politisierung von den Städten aus, dem städtischen und dem industriellen Proletariat. Die Provinz Concepción war die "rote Provinz" Chiles, und ich erinnere mich, dass es da vor allem die Arbeiter aus den Kohlebergwerken waren, die seit Jahren die linke Speerspitze waren mit einer kommunistischen Gewerkschaft seit den 1930er Jahren.

Die Agrarfrage war nicht so entscheidend?

Sie war schon wichtig, aber sie war damals nicht der Fokus der sozialen Auseinandersetzungen. Die Landbevölkerung war längst nicht so politisiert wie die Menschen in den Städten. Auf das Land ist das erst nach den Wahlen 1970 übergeschwappt. Da haben auch die enorm politisierten StudentInnen eine wichtige Rolle gespielt, die jeden Sommer aufs Land gefahren sind, Alphabetisierungskampagnen gemacht haben, auf dem Land gearbeitet haben oder im Süden mit den Mapuche-Indianern in Nacht- und Nebelaktionen die Zäune der Ländereien versetzt und so neue "Landbesitzer" geschaffen haben.

Welche Rolle haben in diesem Prozess die Parteien der Linken gespielt?

Innerhalb der Linken wurde sehr intensiv darüber diskutiert, wie man die Massen organisieren und letztlich auch führen sollte. In Concepción z.B. wurde die "asamblea del pueblo", gegründet, 2.000 ArbeiterInnen aus allen möglichen Sektoren. Aber man hat schnell festgestellt, dass die Regierung die Volksbewegung nicht gestärkt, sondern gebremst hat. Die UP hat unglaublich zögerlich agiert, jeder Schritt musste geplant und abgesprochen werden.

Aber in der Zeit war die gesellschaftliche Dynamik so, dass es die Land- und FabrikarbeiterInnen waren, die mit autonomen Aktionen vorgeprescht sind. Die haben gesagt: Wir wollen die Fabrik verstaatlichen. Aber bis wir das beantragt haben, hat der Fabrikbesitzer alles abgebaut, verkauft und mitgenommen, was nicht niet- und nagelfest ist. Also besetzen wir sofort und warten nicht erst den Regierungsplan ab. Und dann haben die das gemacht, egal, was die Parteien oder die Gewerkschaften gesagt haben. Selbst der MIR hinkte der selbstständigen Initiative dieser Avantgarden oft nur hinterher. Das war eine Situation, die wir im MIR nicht immer genau diskutiert hatten. Wir mussten feststellen, dass wir viel zu wenig Kraft, zu wenig Leute hatten, um diese Aktionen zu unterstützen.

Galt das auch für die Situation auf dem Land?

Ja, durchaus. 1972 z.B., ich war noch Student, kam eine Gruppe von LandarbeiterInnen zu uns, die sich zu einer Landbesetzung entschlossen hatten. Die hatten aber keine Ahnung, keine Erfahrung, was sie da wie machen sollten. Die sind in die Provinzhauptstadt zur KP gegangen, aber die hat nur gesagt "Damit wollen wir nichts zu tun haben." Danach sind sie zur PS gegangen, aber die hatten angeblich keine Leute. Und schließlich sind die bei uns gelandet. Für mich persönlich war das eine ganz neue Geschichte. Ich habe damals zum ersten Mal mit LandarbeiterInnen zusammengearbeitet. Ich habe bei dieser Besetzung keine besondere politische Arbeit gemacht, sondern nur genau das, was alle anderen auch gemacht haben: Ich bin um sechs Uhr morgens aufgestanden, habe den ganzen Tag Steine geschleppt, auf dem Feld gearbeitet.

Die Agrarreform der UP war ja im Kern dieselbe wie die der christdemokratischen Vorgängerregierung. Die Großgrundbesitzer wurden entschädigt und durften die besten Böden, Gebäude und Geräte behalten. Als die verteilten Böden bearbeitet werden sollten, mussten die ArbeiterInnen das praktisch mit den bloßen Händen tun. Sie selbst haben dann erkannt, dass das so nicht geht. Und dann ging das los mit den Landbesetzungen.

Im Gegensatz zu der Regierung Frei ist das aber geduldet worden.

Es ist geduldet worden, solange sich diese Aktionen im Rahmen des von der Regierung erarbeiteten Nationalisierungsplans bewegten. Danach war das nicht mehr so geduldet. Die Massen sind einfach nach vorne gegangen, haben Land besetzt, Fabriken besetzt, haben alles mögliche besetzt.

In Chris Marcers großartigem Film "Rot ist die blaue Luft" wird u.a. gezeigt, wie Allende vor FabrikarbeiterInnen spricht und die Notwendigkeit von Produktivität, Arbeitsdisziplin und Mäßigung betont, natürlich vor dem

Hintergrund von Devisenmangel und ökonomischer Probleme. Wie sind denn solche Appelle damals von den ArbeiterInnen aufgenommen worden?

Man muss sehen, dass das erste Jahr der UP ein sehr gutes Jahr für die ArbeiterInnen war. Es gab mehr Geld, man konnte sich mehr kaufen, du konntest leben als Arbeiter. Was danach kam, war problematisch, natürlich auch objektiv. Aber der Regierung ist nichts anderes eingefallen, als die sog. "Ultralinken" in Schach zu halten: "Hört nicht auf sie!" Aber das hat unter den ArbeiterInnen nur bei denen funktioniert, die in den Gewerkschaften organisiert waren. Die standen ja fest an der Seite der UP-Regierung, und die Orientierung der ArbeiterInnen an den Gewerkschaften war die einzige Möglichkeit, sie zu disziplinieren.

Also haben die ArbeiterInnen sich in ihren Aktionen faktisch sowohl gegen die linken Parteien als auch gegen die Gewerkschaften gewandt.

Nicht offen und direkt, aber praktisch ja. Sie haben das einfach anders gesehen als die Parteien und Gewerkschaften. Die Notwendigkeit, etwas zu machen, hat sie nach vorne getrieben. Danach kamen die Parteien, die die Kommunisten immer als "Ultralinke" bezeichnete hatte - der MIR, die MAPU (3), Teile der Sozialisten - und ganz am Schluss erst die Parteien der UP-Regierung, die schon seit 1971 keine Fabrik- und Landbesetzungen mehr wollte. Das war, als wenn man vorne mit einem Ferrari und hinten mit einem Renault gefahren wäre. Aber viele gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen haben natürlich schon auf die Gewerkschaften und die UP gehört. Die haben dann z.B. an den cordones industriales (4) nicht teilgenommen.

Welche Kontroversen gab es zwischen dem MIR und den Parteien der Unidad Popular?

Vor allem haben wir im Gegensatz zu den anderen immer wieder die Frage gestellt, welche Rolle die Armee im gesellschaftlichen Prozess spielt. Die Armee war nie neutral, sie hat nie die Armen verteidigt. Deshalb haben wir gesagt, man muss auch in der Armee agitieren, sie als Instrument der Konterrevolution zersetzen. Die Revolution musste in unseren Augen bewaffnet abgesichert werden. Wir hielten es für einen schweren Fehler, dass das (reaktionäre) Militär die einzige bewaffnete Kraft im revolutionären Prozess war. Die Kommunisten lehnten das ganz klar ab. Die Regierung hat Ende 1972 ein Gesetz erlassen, wonach es erlaubt war, alle Fabriken nach Waffen zu durchsuchen. Sie ging immer massiver gegen die Elendsviertel und gerade die kämpferischsten Teile der ArbeiterInnen vor. Die Parole der UP war immer "El Pueblo unido jamas será vencido!" (5). Dagegen haben wir immer gesagt: "El Pueblo armado jamas será aplastado" (6).

Kommen wir zurück zum Putsch. Wie hat die Linke auf den Putsch reagiert? Welche unmittelbaren strategischen und taktischen Antworten sind ausgerufen worden?

Erstmal würde ich sagen, dass niemand politisch oder gar militärisch auf den Putsch vorbereitet war. Chile ist ein langes, schmales Land. Damals gab es eine zentrale Straße und eine zentrale Eisenbahnlinie, die Militärs konnten jede Provinz sehr gut abriegeln und kontrollieren. Deshalb ist nach dem Putsch für alle linken Gruppierungen erstmal die alte Partei- und Kommunikationsstruktur vollkommen zusammengebrochen. Jede einzelne Zelle und manchmal jede einzelne Person musste komplett für sich selbst klarkommen.

In unserer Stadt z.B. bestand der MIR aus drei Sektoren, und in einem Sektor waren von 180 Leuten 178 festgenommen worden. Weil wir bereits vorher in Gefahr waren, haben wir gesagt: "Erstmal müssen wir uns in Sicherheit bringen", und so haben viele gedacht und gehandelt. Zuerst ging es im Untergrund um eine Möglichkeit, wo du wohnen und möglicherweise länger bleiben kannst. Dann ging's um eine Arbeitsmöglichkeit und um Geld und dann schließlich um eine Tarnung, unter der du weiter politisch arbeiten konntest. Aber am Ende hast du festgestellt, dass politische Arbeit gar nicht mehr möglich war.

Kann man sagen, dass die Repression viel stärker gewesen war, als ihr das jemals gedacht hattet?

Ganz eindeutig. Unsere ganze Stärke vor dem Putsch war mit einem Schlag dahin. Vor dem Putsch war jedeR politisch tätig, nach dem Putsch niemand mehr. Aus der Linken sind die Leute massenhaft festgenommen worden, und viele haben sich auch ergeben. Zwei Tage nach dem Putsch ist die Universität von Concepción vom Militär besetzt worden, und sie haben jeden, wirklich jeden, den sie greifen konnten, mitgeschleppt. Ich war da und habe die Lastwagen gesehen, mit denen die Gefangenen zu Schichten gestapelt abtransportiert wurden.

So nach sechs Monaten ungefähr fing dann eine eher selektive Repression an, gezielte Schläge gegen AktivistInnen, die die Parteien wieder aufbauen wollten. Nach dem Putsch war die gesamte Linke also erstmal völlig gelähmt, dann brauchte sie Zeit, um sich zu reorganisieren, und dann sind die Differenzen keineswegs weniger, sondern eher stärker gewesen.

Unter dem Druck der Repression und des Putsches ist es also nicht zu einer Annäherung unter den Parteien der Linken gekommen?

Die Erfahrung, die ich selbst gemacht habe, sah so aus, dass ich in dieser Zeit am meisten Unterstützung von Christdemokraten bekommen habe, von der MAPU, der christlichen Linken oder der Kirche. Das war für mich und meine damalige Frau wichtig. Die haben uns das Leben gerettet. Das waren Basisleute, und ich denke, unten an der Basis haben sich schon alle über Parteigrenzen hinweg geholfen. Die Probleme lagen eher bei den Parteiführungen, wo die unterschiedlichen politischen Ansichten viel stärker zum Tragen kamen. Die KP Chile z.B. gab die Schuld an dem Debakel dem MIR. Sie haben nie eingesehen, dass sie selbst Verantwortung tragen für das, was passiert ist. Und dieses Problem blieb insofern nach dem Putsch bestehen, weil es darüber nie eine klärende Diskussion gegeben hat. In den Parteien konnte nach 1973 darüber auch kaum diskutiert werden, außer im Ausland.

Im Nachhinein ist man natürlich immer klüger, aber denkst Du, dass der Aufbau einer Guerilla-Front gegen das Militär und die bewaffnete Konfrontation mit den Militärs damals eine wirklich realistische Perspektive in Chile gewesen ist?

Zunächstmal muss man sagen, dass sich in Chile sehr schnell herausgestellt hatte, dass es in nennenswertem Umfang gar keine Waffen gab. Ich habe davon gehört, dass Leute auf Waffen gewartet haben, es kamen aber einfach keine, weil es keine gab. Und zwar unabhängig von den Parteien. Im MIR gab es einige Waffen, aber das war angesichts des Militärs und angesichts dessen, was für einen Guerilla-Krieg notwendig gewesen wäre, absolut lächerlich. Aber selbst mit Waffen wäre ein klassischer Guerilla-Krieg auf Grund der geographischen Situation nahezu unmöglich gewesen. Erst viel später, so Anfang der 1980er Jahre, hat es einen ernsthafteren Versuch gegeben, eine Guerilla in Südchile aufzubauen. Das war aber ein rein militärischer Ansatz, und er endete in einer Katastrophe; alle sind ermordet worden.

Es gab beim MIR eine erhebliche Selbstüberschätzung, was die Untergrundarbeit anging. Das Geld, das wir aus dem Ausland geschickt hatten, ist für die Organisation des alltäglichen Lebens und Überlebens gebraucht worden, für Wohnungen, Identitäten, Sicherheit. Da war dann nicht mehr viel mit Waffen und Guerilla. Trotzdem wurde verkündet: "Die Präsenz des MIR in dem Viertel XYZ ist unglaublich stark." Dabei haben sich nur zwei Klandestine zufällig getroffen und gemerkt, dass sie nicht allein sind. Oder es wurde erzählt, dass die BewohnerInnen eines Elendsviertel Hunde darauf abgerichtet hätten, Soldaten anzufallen. So ein Schwachsinn! Jeder weiß, dass in einem Elendsviertel die Hunde nachts auf jedes beliebige Geräusch sofort reagieren. Wenn Militärpatrouillen verbellt wurden, war das überhaupt nichts Sensationelles. Aber das sind Beispiele dafür, wie der MIR sich damals auch in die eigene Tasche gelogen hat.

Es ist ja ein bekanntes Phänomen, dass es zu Entfremdungen, Misstrauen, Missverständnissen zwischen den Teilen von linken Organisationen kommt, die ins Exil gegangen sind und denjenigen, die in den jeweiligen Ländern im Untergrund geblieben sind. Das war bei euch auch so?

Ich würde sagen, im Allgemeinen nicht. Die Mitglieder des MIR waren eigentlich sehr diszipliniert; ich auch. Nur: Ich wollte die Wahrheit wissen. Ich wollte, dass ehrlich gesagt wird: "Wir haben diese und diese Probleme. Das und das läuft nicht so, wie wir uns das gedacht haben. Das und das kriegen wir nicht hin. Dazu sind wir nicht in der Lage." Deswegen spreche ich von einer Selbstüberschätzung. Wegen meiner Zweifel und meiner Kritik wurde ich natürlich zur Sau gemacht.

Und dann kam die Aufforderung, die Leute des MIR im Ausland sollten zurück nach Chile, zum Kämpfen. Und ich habe gesagt: "Nein, das mache ich nicht. Ich habe Angst". Dafür bin ich dann als das allerletzte Mitglied des MIR im Ausland bezeichnet worden. Ich habe nachher vieles über diese Rückkehrorganisierung erfahren. Der Weg sollte über Kuba laufen, da sollte noch eine militärische Ausbildung gemacht werden. Fast alle GenossInnen, die über diesen Weg nach Chile eingeschleust wurden, sind abgegriffen worden. Wahrscheinlich hatten die Militärs einen Informanten auf Kuba, auf jeden Fall wussten die genau über die Leute Bescheid, die nach Chile kamen.

Carlos, wann bist Du ins Exil gegangen? Ich habe in Erinnerung, dass das relativ früh war, '73, '74 oder so?

Ja; nach dem Putsch sind meine Ex-Frau und ich erst in die Nachbarprovinz gegangen und dann nach Santiago. Santiago war sehr gefährlich, vor allem die Innenstadt. Dort haben sich die meisten Leute bewegt, und du wusstest im Endeffekt nicht, wen du da treffen würdest. Neben GenossInnen aus meiner Provinz hätte ich genauso gut Soldaten begegnen können, die aus Concepción stammten und mich kannten.

Also musste ich die Innenstadt weitestgehend vermeiden. Als ich nicht mehr wusste, was ich machen sollte, habe ich mich entschlossen, ins Ausland zu gehen. Ich hatte auch kein Geld mehr, keine Wohnung, hatte keine politischen Kontakte. Gewisse Kreise der katholischen Kirche haben mich dann in die ungarische Botschaft geschleust. Da waren wir mehr als 80 Leute. Irgendwann kamen dann Leute aus der deutschen Botschaft und haben einige von uns befragt - komischerweise wussten die alles über mich - , und Ende Januar 1974 bin ich dann nach Deutschland gekommen.

Das war ja für Dich eine existenziell absolut bedrohliche und auch neue Situation gewesen. Was waren damals die Dinge, die Dich als politischen Flüchtling unmittelbar beschäftigt haben? War Politik überhaupt noch ein Thema, oder ging es erstmal darum, das Überleben zu sichern, Dich in einem neuen Land zurecht zu finden?

Die erste Erfahrung, die wir in der Botschaft gemacht haben, war die, dass jeder, der ohne Erlaubnis der Partei in eine Botschaft geflohen war, vom MIR als Verräter eingestuft wurde und faktisch als Mitglied suspendiert wurde.

Das galt also auch für Dich?

Ja natürlich; ich hatte ja keine Kontakte mehr, über die ich um Erlaubnis hätte fragen können. Als wir in Deutschland waren, haben wir dann erstmal so reagiert: Okay, wir sind jetzt keine regulären Mitglieder des MIR mehr, aber im Herzen sind wir noch MIRisten. Wir wollten unsere Erfahrungen aus Chile weitergeben und weiter was für den MIR machen, und das habe ich auch jahrelang getan. Bis ich irgendwann darin keinen Sinn mehr gesehen hatte und die konkrete Parteilinie auch nicht mehr mitgetragen habe.

Von wann bis wann dauerte dieser Entfremdungs- oder Distanzierungsprozess bei Dir?

Also ich würde sagen, eine totale Entfremdung gab es nie. Ich glaube immer noch, dass vieles von dem, was der MIR damals gemacht hatte in Chile, richtig war. Allein schon in der Frage des Militärs und der bewaffneten Sicherung der Revolution. Aber das, was danach passiert ist, die ganzen Spaltungen des MIR nach dem Putsch, das hat schon dazu geführt, dass für mich irgendwann mit der konkreten MIR-Politik Schluss war. Aber was ich nie vergessen werde, ist das, was ich im MIR und in Chile gelernt habe: den Kampf um Gerechtigkeit, der Kampf für ein besseres Leben für alle. Das ist geblieben.

Du hast dann irgendwann den Gedanken, nach Chile zurückzugehen, aufgegeben und Dich entschieden, in Deutschland Wurzeln zu schlagen. Ist diese Überlegung mit dem Übergang von der Militärdiktatur zur bürgerlichen Demokratie noch mal ins Wanken geraten?

Nein. Ich glaube, ich bin einer der wenigen, die sehr früh schon, in den 1980er Jahren, beschlossen hatte, hier in Deutschland sich in "deutsche Politik" einzumischen. Dabei unterstütze ich immer noch Projekte und GenossInnen in Chile. Aber ich habe mein Leben hier. Ich bin 23 Jahre nach dem Putsch, 1996, zum ersten Mal nach Chile zurückgekehrt, und für mich war alles fremd, das Land, die Atmosphäre, selbst die Sprache. Einige Leute aus meiner Stadt waren noch da, andere waren weg. Einige GenossInnen waren ermordet worden, andere verschwunden. Viele waren im Gefängnis. Pinochet hat das Land leergeräumt und frei gemacht für den Neoliberalismus. Und wie das dort durchgeführt wurde, das merkt man überdeutlich.

Anmerkungen:

1) Movimiento de Izquierda Revolucionaria - Bewegung der revolutionären Linken, unter dem Einfluss der kubanischen Revolution und Che Guevaras 1965 gegründete Partei der radikalen Linken in Chile; außerparlamentarische Orientierung, stark geprägt durch die revolutionären Ideen der 1968er Bewegung in Chile

2) Hauptstadt der gleichnamigen Provinz im Süden Chiles

3) Movimiento de Acción Unitaria - Bewegung der einheitlichen Volksaktion, linke Abspaltung der Christdemokraten

4) Stadtteilkomitees, meist in den Industriezonen der Städte, die von FabrikarbeiterInnen und Stadtteilbevölkerung gemeinsam gebildet wurden.

5) Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden!

6) Das bewaffnete Volk wird niemals unterworfen werden!

5. "Protest wie in Zeiten der Diktatur." Chile: Soziale Bewegungen mobilisieren gegen Neoliberalismus

Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:17

Im Juli war Iván Saldias aus Chile in Europa zu Besuch, wo er von 1978 - 1994 im Exil lebte. Seit seiner Rückkehr nach dem Ende der Diktatur arbeitet er am Wiederaufbau der sozialen Bewegungen des Landes mit. Heute ist er als Gewerkschaftsaktivist und in der Organisation der ehemaligen politischen Gefangenen tätig. Das Interview mit Iván Saldias führte Knut Rauchfuss.

Knut Rauchfuss: Als 1990 die Zivilregierung die Diktatur ablöste, haben sich viele erhofft, in Chile würde eine neue Zeit anbrechen, eine wirkliche Veränderung hin zu einer sozial gerechten Demokratie. Die Wirklichkeit der 90er-Jahre war dann eine große Enttäuschung. Warum?

Iván Saldias: Die Maßnahmen der Zivilregierung basierten auf Verpflichtungen, die die Regierungskoalition "Concertación" gegenüber dem Militär eingegangen ist. Es ging darum, die Hinterlassenschaften der Diktatur zu bewahren und ihr Gesellschaftsmodell zu übernehmen. Das hatte harte Konsequenzen für die Bevölkerung und die sozialen Organisationen. So verpflichtete sich die Zivilregierung zur Übernahme der Verfassung der Diktatur, zur Fortführung des neoliberalen Wirtschaftsmodells; sie garantierte die Amnestie für Diktaturverbrechen und den Schutz der Familie Pinochet. Das haben sie gemacht, mit all den Konsequenzen, die wir dreizehn Jahre lang erleben mussten.

Wie gehen die sozialen Bewegungen heute mit diesen Konzessionen der Zivilregierung an die Diktatur um?

Die Menschen trauen der Regierung nicht mehr, egal, was in der Verfassung steht. Gut, einige, z.B. die KommunistInnen, versuchen die Verfassung zu reformieren, aber die Regierung ist dazu sowieso nicht bereit. Für uns als soziale Organisationen spielt das Thema Verfassung dadurch eher eine indirekte Rolle. Die Verfassung ist ein Thema der Parteien, an die wir nicht mehr glauben. Wir kämpfen gegen das neoliberale System und seine allumfassenden Auswirkungen. Und gegen die Straflosigkeit, einschließlich der gesellschaftlichen Rehabilitierung unseres Kampfes gegen die Diktatur. Das neoliberale Modell trifft täglich alle. Von neuen Gesetzen zur Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, über eine Wohngesetzgebung, die die sozial Marginalisierten auch geographisch an den Rand der Stadt drängt, bis hin zu einer Gesundheitsreform, mittels derer der Staat sich vollends aus der Verantwortung stehlen will. Sozialversicherung gibt es ohnehin nicht, und der Staat will sich in Zukunft nur noch für die Behandlung von 45 Krankheiten zuständig fühlen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die Niederlage der sozialen Bewegungen am Ende der Diktatur total war. Zwar hatten wir den Übergang zur Demokratie erkämpft, aber viele Vertreter der damaligen Bewegung gingen in die neue Regierung. Die Leute vertrauten ihnen und begannen erst zu begreifen, was passierte, als sie schon gezwungen waren, ihre Rechte zu verteidigen.

Und heute?

Heute hat sich eine neue Qualität der Kämpfe entwickelt. Wir bitten nicht mehr. Wir stellen das System in Frage. In Chile ist der Neoliberalismus komplett. Alles Staatseigentum ist verkauft und privatisiert, Strom, Wasser, Telekommunikation, Wohnungswesen, Straßen, Autobahnen, Renten- und Krankenversicherung, alles. Wir verteidigen daher heute keinen Sozialstaat mehr, denn es gibt ihn nicht mehr. Stattdessen kommt es zu neuen Formen der Selbstorganisation. Wer heute kämpft, glaubt nicht mehr an repräsentative Demokratie und auch nicht an irgendwelche Avantgarden der Linken. Wir brauchen keine Stellvertreter. Wir machen das selbst. Es sind horizontale Organisationsformen, die wir suchen, direkte Demokratie. Die Leute begannen mit der Verteidigung ihrer eigenen Rechte und machten mit der Zeit die Erfahrung, dass die Regierung sie nicht hörte, wenn sie beispielsweise vor dem Parlament demonstrierten. Die neuen Gesetze kamen trotzdem. Also ändern sie heutzutage ihre Methoden, nehmen die Dinge selbst in die Hand und greifen zu Streiks, Haus- oder Landbesetzungen. Es gibt in Chile z.B. eine Gruppe von Leuten, die wir "alegados" nennen. Das sind Menschen, die bei Familienangehörigen ein Zimmer oder auch nur ein Bett bewohnen, weil sie sich keine eigene Wohnung leisten können, weil Wohnraum in den Städten so knapp ist. Diese Leute haben sich mittlerweile zusammengeschlossen und manche von ihnen besetzen ein Haus, andere gleich ein ganzes Gelände irgendwo in der Stadt, um dort ein neues Viertel zu errichten, z.B. in Peñalolen im Südosten von

Santiago. Auch die Mapuche besetzen Land, aber nicht um dort zu bleiben, sondern als symbolische Besetzung gegen ihre systematische Enteignung oder gegen Repression.

Unter den ArbeiterInnen bewegt sich ebenfalls einiges. Seit der Diktatur gibt es ja unzählige kleine Einzelgewerkschaften mit durchschnittlich 49 Mitgliedern oft mehrere in einem Betrieb. Und die alle hatten keine Kampfkraft. Uns ist es jetzt gelungen, einen Teil dieser Gewerkschaften zusammenzuführen. Das ist illegal, es richtet sich gegen die geltende Arbeitsgesetzbewegung. Innerhalb bestimmter Holdings oder Branchen haben Gewerkschaftsaktivisten sogenannte "Coordinadoras" gegründet, z.B. in der Telekommunikation, um bei Tarifverhandlungen zu kooperieren. Oder die "Coordinadora Luksik". Die Familie Luksik kontrolliert 20 bis 25% des Bruttosozialproduktes in Chile. Sie haben Betriebe in allen möglichen Branchen: Kupfer, Aluminium, Telekommunikation, 95% des Brauereimarktes, Transport, Banken etc. Die Coordinadora organisiert heute 80% der Gewerkschaften dieser Holding. Entsprechend heftig sind die Reaktionen von Luksik. Mittlerweile darf kein Gewerkschaftsfunktionär eines Teilzweiges mehr eine andere Fabrik der Holding betreten. Die Verteilung der Zeitschrift der Coordinadora wird ebenfalls unterbunden und vieles mehr.

Am 13. August findet in Chile ein Protesttag der sozialen Organisationen statt. Wie ist es dazu gekommen?

Auf der Demonstration am 1. Mai kam es zu tumultartigen Auseinandersetzungen anlässlich der Rede von Arturo Martinez, dem Präsidenten des Gewerkschaftsdachverbandes CUT. Zahlreiche DemonstrantInnen waren die Kollaboration zwischen Gewerkschaftsdachverband und Regierung leid.

Der CUT wurde 1988 als Bündnis aus ChristdemokratInnen, SozialdemokratInnen und KommunistInnen gegründet, um die Opposition gegen die Diktatur zu einen. Das war gut. Heute ist die Situation jedoch anders. Diese damalige Opposition ist heute Regierung. Und die enge Anbindung des CUT an die Regierung hat einen wirklichen Kampf gegen die herrschende Arbeitsgesetzgebung bislang verhindert.

Die Arbeitsgesetze der Diktatur sind nach wie vor in Kraft und werden auch in Reformen dem Sinn nach weiter fortgeschrieben. Mit Hilfe eines neuen Gesetzespaketes, das derzeit im Parlament verhandelt wird, soll z.B. eine noch stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeiten durchgesetzt werden.

Die Leute hatten davon die Schnauze voll und wandten sich daher am 1. Mai in ihrem Protest gegen den CUT. Die Menge drohte, die Bühne zu stürmen. In dieser Situation hat Martinez spontan und ohne Rücksprache mit dem CUT einen Generalstreik für den 13. August angekündigt. Danach drehte ihm die Menge den Strom ab. Die Polizei verhinderte zwar die Erstürmung der Bühne, aber der Rest der Veranstaltung ging in Straßenschlachten und Tränengas unter.

Der Streikaufruf war nicht innerhalb des CUT abgesprochen?

Nein, daher gab es danach viel Streit innerhalb des CUT. Niemand war informiert. Das führte zu ziemlicher Verwirrung.

Wer also wird sich am Streik beteiligen?

Nachdem Martinez den Streiktag ausgerufen hatte, gab es viele Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften, ob sie den Aufruf unterstützen sollten. Die KommunistInnen innerhalb des CUT wollen streiken, wieder andere Teilgewerkschaften sehen das eher skeptisch, weil sie sich einen erfolgreichen Streik von der Kampfkraft her nicht zutrauen. Einige, z.B. der Dachverband der ÄrztInnen oder die LehrerInnengewerkschaften, unterstützen den Generalstreik und andere Einzelgewerkschaften auch. In Prozent lässt sich das schlecht sagen, da ja nur gerade mal 10% der Arbeitenden gewerkschaftlich organisiert sind. Einige Basisgewerkschaften wollten dem Aufruf auch zunächst gar nicht folgen, weil er vom CUT kam. Es ist daher schwer zu sagen, wer sich am 13. August am Streik beteiligen wird. Wichtiger aber ist, dass auch diejenigen, die nicht streiken werden, im ganzen Land für einen Protesttag mobilisieren

Was für ein Protest wird das sein?

Innerhalb der ArbeiterInnenbewegung gab es die erwähnten Diskussionen. Sie spitzten sich zu auf die Frage: Organisieren wir einen Generalstreik oder einen sozialen Protesttag? Man hat sich nicht geeinigt, also wird es beides geben. Das führt zu dem Bündnis mit außergewerkschaftlichen sozialen Bewegungen gegen alle Gesetze, die die Menschen in Chile treffen. Mittlerweile gibt es auch eine Koordination für den 13. August, aber

nicht auf der Basis eines gemeinsamen Programmes. Menschenrechtsgruppen, Frauenorganisationen, Studierende, Stadtteilkomitees, HausbesetzerInnen, Ökogruppen, die Mapuche und viele mehr orientieren jetzt auf diesen Tag als ihren Protesttag, der in der Summe der Forderungen die Systemfrage stellt. "Protest mit Hoffnung, Protest wie in Zeiten der Diktatur" lautet das qualitativ durchaus neue Motto. So etwas hat es in den 90er-Jahren nicht gegeben. Es ist das erste Mal seit dem Ende der Diktatur. Und unter den Einzelforderungen findet sich so ziemlich alles, was in Chile im Argen liegt. Wir fordern Arbeit in Würde, gerechte Gehälter, Sozialversicherung für alle, das Recht auf Gesundheit, kostenlose Bildung, eine partizipative Demokratie, menschenwürdigen Wohnraum, Respekt vor den Minderheiten, die Einhaltung der Menschenrechte und ein Ende der Straflosigkeit für die Verbrechen der Diktatur. Kurzum, ein solidarisches und gerechtes Chile, das die Würde seiner Bevölkerung achtet. Dies kann durchaus zu Protesten führen, die qualitativ wie quantitativ an die argentinische Situation heranreichen. Die Richterskala der gesellschaftlichen Erschütterung ist nach oben offen. Die Regierung muss begreifen, dass es heute eine organisierte Bevölkerung gibt, die die staatlichen Maßnahmen einfach nicht mehr akzeptiert. Und auch nicht die Gesetze, die in einer großen Koalition von Regierung und rechter Opposition abgekartet werden und die sich gegen die Bedürfnisse, Wünsche und Interessen der Menschen richten. Und darüber hinaus wird sich am 13. August zeigen, welche Mobilisierungskraft wir als soziale Organisationen wirklich heute haben.

Auf welche Weise werdet ihr in Chile den 11. September begehen? Dieses Jahr ist es ja ein besonderes Datum, genau 30 Jahre nach dem Militärputsch.

Der 11. September ist für uns sehr wichtig. Für viele hat sich das Leben damals völlig geändert. Schon das Datum ruft die Leute zum Demonstrieren auf. Das muss man den Leuten gar nicht sagen, es ist einfach klar, dass am 11. September demonstriert wird. Die Leute gehen jedes Jahr an diesem Tag auf die Straße, um zu demonstrieren und zu kämpfen. Das kriegt man in Deutschland nicht so mit, aber es ist immer der Fall. Niemand muss die Leute mobilisieren. Die zivile Regierung hat aus dem Feiertag der Diktatur wieder einen ganz normalen Werktag gemacht. Aber trotzdem gibt es immer zahlreiche Aktionen. Dieses Jahr aber soll die Mobilisierung noch etwas organisierter erfolgen. Und dafür ist erst mal auch der 13. August ganz wesentlich. Ansonsten soll es am 11. September eine Veranstaltung der Regierung geben, die den Schlussstrich unter die Aufarbeitung der Vergangenheit ziehen will. Sie feiern den Übergang zur Demokratie und planen im Nationalstadion ihre Feier - in jenem Nationalstadion, das 1973 Lager und Folterzentrum wurde und bis heute ein Symbol für die Menschenrechtsverletzungen der Diktatur ist. Und zur Versöhnung soll wohl auch das Militär eingeladen werden. Wir aber wollen diese Versöhnung nicht. Auch wenn wir in unseren Kämpfen nach vorne schauen und gegen die derzeitigen Zustände angehen, dürfen wir die Vergangenheit nicht vergessen.

6. Nichts Genaues weiß man nicht. BUKO präsentiert Standortbestimmung der internationalistischen Linken

Autor: dk · Rubrik: Internationale Solidarität; Bücher, Filme, Broschüren; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:12

Globalisierungskritik, Krieg, Antisemitismus - die Internationalismus-Szene von heute diskutiert neu und anders als noch vor zehn Jahren. Ein neues BUKO-Buch präsentiert eine Momentaufnahme nach dem Irak-Krieg. Eine Rezension

Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO, vormals Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) ist in der linken Szene nicht irgendwer. Die hier geführten Debatten repräsentierten über Jahre hinweg nicht nur den Stand internationalistischer Diskussion und Politik, die/der BUKO war darüber hinaus in Deutschland auch immer ein Seismograph für den Stand der unabhängigen linken Bewegungen im allgemeinen. Bücher und Textsammlungen, die im Namen des BUKO herausgegeben werden, sind somit auch immer eine sowohl authentische wie repräsentative Zustandsbeschreibung dieses linken Spektrums. Das neue "BUKO-Buch" "Radikal Global. Bausteine für eine internationalistische Linke" macht da keine Ausnahme, auch wenn das, was einem da (zurück-)gespiegelt wird, einen eher durchwachsenen Eindruck hinterlässt.

"Radikal Global" ist ein Sammelband mit unterschiedlichen Themenblöcken, zur Globalisierungskritik und globalen sozialen Bewegungen, zum Thema Krieg, zu Antirassismus und Migration, zur Debatte um "Imperialismus" vs. "Empire" sowie abschließend zum Thema Israel und Palästina. Die HerausgeberInnen haben sich bemüht, Debatten abzubilden, ohne in Beliebigkeit zu verfallen. Das ist ihnen gelungen. "Radikal Global" bezieht bei aller inneren Ausdifferenziertheit eine entschieden antimilitaristische Position und ist somit ein klarer Kontrapunkt gegen Strömungen eines linken Bellizismus. Das Buch bezieht sich auch grundsätzlich positiv auf die real existierenden globalen sozialen Bewegungen. In dieser kritischen Solidarität hebt es sich deutlich ab von Tendenzen, sich aus sozialen Auseinandersetzungen zu verabschieden und "Bewegungslinke" eher zu denunzieren.

Ausgangspunkt ist eine Email-Diskussion um den Aufstand in Chiapas 1994. Ein programmatischer Einstieg, markiert er doch den Übergang von einer "sandinistischen" zu einer "zapatistischen" Linken. Damit ist eine lange Phase der deutschen Internationalismusbewegung als (Länder-)Soli-Bewegung beendet worden, die Themenvielfalt der BUKOs und nicht zuletzt auch dieses Buches belegen das. Das fällt nicht zufällig zusammen mit der konzeptionellen Neuorientierung an postrukturalistischen Theorien, eine Orientierung, die in "Radikal Global" an verschiedenen Stellen aufscheint. Damit werden allerdings nicht nur neue Zugänge und Sichtweisen eröffnet. Diese Neuorientierung birgt auch die Gefahr, Politik und Intervention auf Diskursanalyse und diskursive Praktiken zu reduzieren. Die entsprechende Auseinandersetzung zwischen Dario Azzellini und Anne Huffschmid innerhalb der Zapatismus-Debatte benennt in polarisierter Form einen allgemeinen Konflikt nicht nur innerhalb internationalistischer Gruppen.

Vom Sandinismus zum Zapatismus

Mit der "zapatistischen Wende" sind viele der alten Utopien, Analysen, Befreiungsvorstellungen, Politikkonzepte, die im Triumph und dem Niedergang der Sandinisten von 1979 bis 1989 ihren letzten Ausdruck gefunden hatten, auf den Müllhaufen der Geschichte gewandert - oft genug zurecht. Problematisch wird es dort, wo die Entwicklung von Diskussionen und politischen Erfahrungen nicht mehr vermittelt wird, wo Geschichtslosigkeit und verkürzte Geschichtsrezeption ein unheiliges Bündnis eingehen, wo in oft schlechter Pauschalisierung "die Linke" auf eine arg verzerrte Art und Weise über einen Kamm geschoren wird. "Radikal Global" ist nicht frei von solchen historischen Ausblendungen und Einseitigkeiten. Bei so manchen Verweisen auf frühere Phasen linker Politik beschleicht einen durchaus das Gefühl, damals auf den falschen Veranstaltungen gewesen zu sein.

Die besten Texte in diesem Buch sind die "Teilbereichstexte", diejenigen, die sich sehr konkret mit spezifischen Problemen internationalistischer Intervention beschäftigten, etwa Christoph Görgs Versuch, die Frage der Naturverhältnisse aus der ökologischen Verengung und ideologischen Überhöhung als "Gattungsfrage" herauszulösen und sie als Teil der weltweiten sozialen Auseinandersetzungen neu zu verorten. Ein Highlight stellt in diesem Zusammenhang der Themenkomplex Antirassismus und Migration dar:

Martin Rapps (selbstkritischer) Beitrag über Geschichte, Entwicklung und Perspektiven von "Kein Mensch ist illegal", das Statement von Manuela Bojadzijev, Serhat Karakayali und Vassilis Tsianos zur geplanten Legalisierungkampagne von Kanak Atak (inklusive des kritischen Blicks auf die "weiße" deutsche Szene der FlüchtlingsunterstützerInnen) sowie die sehr genaue, an Foucaults Begriff der Gouvernementalität orientierte Untersuchung von Regina Brunett und Stefanie Gräfe zu den neuen Anti-Terror-Gesetzen.

Diese und einige andere Beiträge können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Buch das Versprechen seines Untertitels, "Bausteine für eine internationalistische Linke" bereit zu stellen, nur sehr bedingt einlösen kann. Die Textauswahl lässt vor allem dort zu wünschen übrig, wo es um allgemeinere Fragestellungen, um umfassendere Konzepte und grundsätzlichere strategische und theoretische Auseinandersetzungen und Sichtweisen geht. Weniges haut einen da vom Hocker, wirklich spannende neue Gedanken oder auch kluge Verteidigungen alter, aber deswegen nicht veralteter Ansätze werden einem da nicht geboten, manches ist sogar außerordentlich schwach (etwa Bernhardt Schmids verunglückter Rettungsversuch des Imperialismus-Begriffs oder Claudia Bernhards agitatorische Verteidigung eines "wirklichen Feminismus").

Auch "Radikal global" bestätigt, dass es heutzutage offenbar kaum noch jemanden gibt, der oder die in der Lage ist, strategische Einschätzungen und Vorschläge zu formulieren, die nicht platt, unangemessen vereinfacht oder schlicht altbacken und langweilig sind. Wie sehr gegenüber ambitionierten "großen Würfen" Vorsicht und Skepsis angebracht sind, zeigt der Beitrag von Thomas Seibert. Sein Parforce-Ritt durch die Geschichte der globalisierungskritischen Bewegung(en) im allgemeinen und "der" deutschen Linken im besonderen ist nicht "furios" (wie Theo Bruns in seiner Einleitung schreibt), sondern in seinen Verkürzungen und Ausblendungen ärgerlich: Die Geschichte der Nach-68er-Linken bietet mehr als Grüne und Autonome. Und wenn an anderer Stelle (post-)operaistisch soziale Auseinandersetzungen als gesellschaftliche Triebfedern ausgemacht werden, dann ist auch die BRD-Geschichte nicht nur als Abfolge von Kapitalstrategien und Volksgemeinschaftskontinuität zu erzählen. Die politische Essenz des Textes, das Bekenntnis zu einem neuen linken Avantgardismus gegenüber den sozialen Bewegungen, ist mindestens bedenklich, wenn nicht tatsächlich das Liebäugeln mit leninistischen Avantgardekonzepten.

Lieber klein und fein als groß und platt

Die besondere Qualität der BUKO und ihrer Kongresse ist eine Diskussionskultur, in der Auseinandersetzungen, auch scharfe Kontroversen, in einem Klima des gegenseitigen Respekts und einer grundsätzlichen linken Solidarität ausgetragen werden. "Radikal Global" fängt diese Diskussionskultur im wesentlichen ein. Lediglich Jörg Späters Beitrag zur Rezeptionsgeschichte des Nahost-Konfliktes in der deutschen Linken verbindet in Inhalt und Ton die Vereinfachung mit der Denunziation. Für Später gibt es nur zwei Lager: (antisemitische) "AntiimperialistInnen" und "Antinationale/Antideutsche". Das Lager des Antisemitismus umfasst dabei die klassischen "Antiimps" genauso wie die sozialrevolutionären VertreterInnen eines "Neuen Antiimperialismus"/Internationalismus oder TheoretikerInnen aus dem Umfeld des Postkolonialismus, einfach alles, was nicht antinational denkt. Und wo das antinationale Lager "undogmatisch" sei und sich um differenzierte Analyse bemühe, lehne der "postmoderne Antiimperialismus" differenzierte Analysen als "Soziologengequatsche" ab. In dieser Art der Auseinandersetzung ist dieser Text ein Ausreißer. Es bleibt sehr zu hoffen, dass das auch im Rahmen der allgemeinen Diskussionskultur innerhalb der BUKO gilt.

dk

BUKO (Hg.): "Radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke",

Berlin/Hamburg/Göttingen (Assoziation A), 2003, 271 Seiten, 16 EUR

7. Privatissimo. Im Kreißsaal mit Jan Ullrich

Autor: dk · Rubrik: Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:13

Dieses Blitzen in den Augen! Dieser Triumph in der Stimme! "Ich hab' doch schon immer gesagt, Radrennen sind geil". Und ich muss gestehen, sie haben recht, die Freundinnen und Freunde, die schon seit Jahren jeden Sommer bei uns im WG-Fernsehraum hocken und Tour de France gucken. Wie viel Spott und Hohn haben sie über sich ergehen lassen müssen, bis auch die hartgesottensten Wohnzimmer-Kicker und Basketball-Enthusiasten den unendlichen Reiz des Sprintens, Kreiselns und Attackierens zu schätzen gelernt haben. Was ist schließlich ein billiger Elfemeter gegen eine Massenankunft, was ein Korbleger gegen einen Ausreißversuch bei 14% Steigung?

Fahrradgucken ist nicht nur aufregend bis zum Schweißausbruch, sondern es bildet auch. Ich weiß jetzt, dass Gerolsteiner nicht nur ein Mineralwasserkonzern ist und Telekom nicht nur was mit Telefonen und Internetwerbung zu tun hat. Nein, seit diesem Jahr kann auch ich mit einem lässig hingeworfen "Dackelschneider" beeindrucken (wer will sich schon mit einem schlichten "Rennreifen" als radsportmäßiger Nullschnaller outen?). Und ich hab' auch kapiert, dass mit den "Giganten der Landstraße" nicht Trucker gemeint sind, sondern männliche Fahrradfahrer Mitte 20. Natürlich nicht irgendwelche Pedaltreter, sondern die "Helden" halt, die sich das "Duell in den Bergen" liefern oder sich im Zeitfahren "allein gegen den Wind und die Uhr" abstrampeln, wo "die Mannschaft nicht mehr hilft" und nur noch der "Kampf Mann gegen Mann" zählt.

Aber die "Tour der Leiden" heißt nicht umsonst so, sie hat ihre Schattenseiten. Was keine Fußball-WM und kein Champions-League-Spiel schafft, der Tour de France 2003 ist es gelungen: Sie hat in mir die niedersten nationalen Instinkte wachgerufen. Denn für die richtige Mitfieberstimmung in Alpe d'Huez und am Tourmalet, für das Atemstocken beim Stürzen und rasenden Abfahrten sorgte letztlich ein sommersprossiger, pummeliger Drogenesser aus dem deutschen Osten. Nicht Beloki, nicht Vinokurov oder irgendeine andere Felgenapotheke hat die Tour spannend gemacht. Nur der Ulle wars, der Lance Armstrong ein bisschen am Lack kratzen konnte. Ich gestehe freimütig: Das hat mich gefreut (wenn das jetzt nicht lupenreiner Antiamerikanismus ist!). Dabei hatte das niemand erwarten können, bei den Verletzungssorgen, dem Trainingsrückstand und dem Ecstasy-Entzug! Ein kleines Wunder!

Doch das Wunder hat einen Namen: Sarah Maria. Jeden Tag hat sich Jan Ullrich, die "Ikone des Sattels", der "Tourgott", die Schreie seiner kleinen Tochter per Telefon reingezogen. Ich hab nie kapiert, wieso das doped. Nach meinen Erfahrungen sind Babyschreie auf Dauer eher anstrengend und geben zu diversen Sorgen Anlass. Aber eine psychotherapeutisch geschulte Bekannte hat mich schließlich aufgeklärt: Das ganze ist eine Variante von Ko-Abhängigkeit. Wo Freundin Gaby mit der Geburt einer Tochter vorgelegt hat, musste Ullrich auf der Straße an Leistung nachziehen. Voilà: die Tour der France als Ko-Geburt.

Jetzt ist auch klar, warum ich in letzter Zeit auch noch bei der harmlosesten Spazierfahrt auf dem engsten Fahrradweg von schweißtriefenden (Familien-)Vätern überholt werde. Morgens, bei der Airbus-Frühschicht, habe ich mir sagen lassen, verwandeln sich die 20 Meter vom Fähranleger in Finkenwerder zur höhergelegenen Hauptstraße Tag für Tag in eine permanente Bergankunft. Überall sieht man plötzlich in knallige Trikots gepresste Kamikaze-Radler, die mal eben für "Autohaus Meier" oder die "Bürogemeinschaft Harms" den Klassiker Schanzenviertel - Alsterufer gewinnen wollen. Aber nicht mit mir! So viel Kinder können deren Partnerinnen gar nicht zur Welt gebracht haben, als dass ich mich auf den paar Kilometern Flachetappe abhängen ließe! Und ab geht die Post, bis zur nächsten Ampelkreuzung, immer schön im Windschatten und dann, bei rot-gelb, raus und vorbei an den legalistischen Möchtegern-Ullrichs. Gegen die notorisch Rot-Ignoranten von "Team Kurier" habe ich allerdings genauso wenig Chancen wie gegen die autonomen Cracks, die auf Spezialrädern 60ster bei den HEW-Cyclassics werden. Wie machen die das bloß, wo die doch sterilisiert sind? Vielleicht sollte ich es mal mit mehr Haschisch versuchen.

dk

8. PDS annulliert 8. Parteitag

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:21

Das gibt's wohl nur bei einer Partei, deren Mitglieder überwiegend außerhalb des formalen Regelwerks und der ungeschriebenen Gesetze der bürgerlichen Demokratie sozialisiert wurden. Oder gibt es für diesen Vorgang ein Beispiel in der deutschen Parteiengeschichte, das ich vergessen habe? Die PDS hat auf einer "außerordentlichen Tagung" Ende Juni die Ergebnisse ihres 8. Parteitags annulliert.

Dieselben Delegierten, die Mitte Oktober vorigen Jahres in Gera den regierungsgeilen ReformernInnen eine klare Abfuhr erteilt und mit Zwei-Drittel-Mehrheit einen neuen Vorstand gewählt hatten, haben diesen nun in die Wüste geschickt und mit Lothar Bisky einen Mann zum Vorsitzenden gemacht, der sich zwar als Zentrist ausgibt, aber seit Bestehen der PDS einen elitären Herrenzirkel mit den maßgeblichen ReformerInnen pflegt. Bisky stand schon vor dem Sonderparteitag als neuer Vorsitzender fest und stellte ohne erkennbares Schamgefühl öffentlich seinen Vorstand zusammen, der von den Delegierten größtenteils solidarisch abgenickt wurde. Das nennen die Hofpoeten der Partei dann den Aufbruch in eine neue politische Kultur.

Bedingungslos zum Koalieren bereit

Wirklich überraschend kam die Revanche der VerliererInnen von Gera nicht. Gera war weder ein Sieg der Linken noch eine politische Niederlage der ReformerInnen, auch wenn dies, natürlich aus unterschiedlichen Gründen, von allen Seiten so dargestellt worden war. Eine für Außenstehende schwer verständliche Täuschung, denn die von der Delegiertenmehrheit mit Ovationen gefeierte wiedergewählte Vorsitzende Gabi Zimmer war ganz offensichtlich keine Linke. Das hätte denen, die es noch nicht wussten, spätestens klar werden müssen, als sie am 18. August vorigen Jahres die fatale Ankündigung unterschrieb, die PDS wolle im Bundestags die Wahl von Schröder zum Kanzler unterstützen. Diese Schnapsidee war offenbar in Biskys Vordenkerclub ausgeheckt worden. Dass sie zum katastrophalen Wahlergebnis der PDS am 22. September 2002 nicht unerheblich beitrug, ist schwerlich zu übersehen.

Gabi Zimmer wird häufig als "blass", "hölzern" und "führungsschwach" beschrieben. Das verbirgt aber eher ihre tatsächliche Hauptschwäche: einen so eklatanten Mangel an politischem Verständnis, dass man - auf diesem speziellen Gebiet, versteht sich - geradezu von gnadenloser Dummheit sprechen muss. Hinzu kommt absolute Unfähigkeit, sich einen eindeutigen Standpunkt zu erarbeiten und diesen streitbar zu vertreten.

Die letzten Lichter des Geraer Parteitags waren noch nicht abgeschaltet, da weinte und flehte die im Amt bestätigte Vorsitzende schon hinter ihren rechten WidersacherInnen her, die gegen sie monatelang eine Hasskampagne unter dem Motto "Die Frau muss weg!" geführt hatten. Während Gregor Gysi gegen die Geraer Mehrheit den infamen Vorwurf richtete, sie wolle "an der konkreten Lebenssituation der Menschen nichts verbessern", beschwor Gabi Zimmer seine Unverzichtbarkeit für die PDS und bettelte geradezu um die Rückkehr des Schmollenden in die Parteipolitik.

In der zentralen Frage der Regierungsbeteiligung hatte der Geraer Parteitag angstvoll um den heißen Brei herumgeredet und jede konkrete Festlegung vermieden. Für diese Position vollständiger Beliebigkeit stand Gabi Zimmer. Sie bot denjenigen Zucker, die die "eigenständige Oppositionsrolle" der PDS mehr betont sehen wollten, signalisierte jedoch gleichzeitig den Mitregierern in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, dass sie dies bitte nicht als Kritik an ihrer Arbeit missverstehen sollten.

Sachlich sollte das Problem eigentlich klar sein: Wenn die PDS unbedingt mitregieren will, dann kann bei realistischer Betrachtung nicht wesentlich mehr herauskommen als bisher in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Die Vorstellung, in Koalitionen stärker aufzutrumpfen und mehr "eigenes Profil" zu zeigen, ist illusionär. Mitregieren kann beim gegebenen Kräfteverhältnis gar nichts anderes bedeuten als neoliberale Politik mitzutragen und mitzuverantworten. Wenn man das nicht will, muss man die sofortige Beendigung der Koalitionen in den beiden Bundesländern fordern. Vor dieser unausweichlichen Konsequenz schreckte der Geraer Parteitag zurück. Das ist zwar verständlich, denn anderenfalls wäre eine sofortige Spaltung der Partei wohl nicht zu vermeiden gewesen. Gleichzeitig legte die Halbherzigkeit des Geraer Parteitags in dieser zentralen Frage aber schon die Grundlagen für die jetzt erfolgte Revision.

Die Annullierung des Geraer Parteitags macht noch deutlicher, was aber auch schon vorher deutlich zu erkennen war: Die PDS steht für Koalitionen bedingungslos zur Verfügung. Dem Wort "bedingungslos" würden Bisky & Co. vermutlich ganz entschieden widersprechen. Aber sie hätten ebenso entschieden und höchst empört auch protestiert, wenn man ihnen vor zwei Jahren vorausgesagt hätte, welche Maßnahmen sie in der Berliner Senatskoalition mittragen würden.

Selbstmord einer Oppositionspartei

Mitregieren zu wollen, ohne wirklich im Interesse der Menschen mitgestalten zu können, ist eine grundsätzliche Entscheidung, die jeden noch aufrechterhaltenen oppositionellen Anspruch entwertet und mit dem Makel der Verlogenheit imprägniert. Die PDS steht unter dem begründeten Verdacht, dass sie die jetzige Regierungspolitik, die sie scheinbar immer noch scharf kritisiert, liebend gern mittragen würde, wenn und sobald sie nur dürfte. Genau darauf zielt die Annullierung des Geraer Parteitags ab: auf die Gewinnung von "Politikfähigkeit", spricht Koalitionsfähigkeit, mit Blick auf die Bundestagswahl 2006. Die PDS bestätigt damit das weit verbreitete Misstrauen, dass Parteien nur so lange oppositionell sind, wie sie nicht zum Mitregieren zugelassen werden. Das ist für die politische Kultur dieses Landes eine Katastrophe. Vorteile können sich vom Selbstmord der letzten linken Oppositionspartei wohl nur rechte Populisten erhoffen.

Knut Mellenthin

9. Wer macht in Österreich die Revolution? Die KPÖ streitet über konträre Modelle linker Politik

Autor: Henning Böke · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:01

Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) erregte im Januar Aufsehen, als sie in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs und Landeshauptstadt der Steiermark, ein Kommunalwahlergebnis von über 20 Prozent erzielte. Dieser Erfolg hat allerdings dem innerparteilichen Streit zwischen der "Grazer" und der "Wiener" Linie neuen Zündstoff gegeben. Die Ergebnisse des 32. Parteitags der KPÖ, der in zwei Etappen im April und Juni stattfand, deuten auf eine Verhärtung der Fronten hin.

Der Parteivorsitzende Walter Baier, dessen Kurs der Öffnung und Erneuerung in letzter Zeit auf wachsenden Widerstand stößt, wurde nur mit einer knappen Mehrheit wieder gewählt. Erstmals hatte die traditionalistische Opposition, geführt vom starken Landesverband Steiermark, einen Gegenkandidaten nominiert. Die bisherige Frauenvorsitzende Heidi Ambrosch hingegen unterlag gegen Petra Stöckl, die ebenso wie der gegen Baier angetretene Manfred Eber aus Tirol kommt, jedoch die "steirische" Richtung vertritt.

Gerade der Themenbereich Feminismus und Frauenpolitik ist seit geraumer Zeit Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Bereits in den frühen 90er Jahren haben Frauen die Aufnahme feministischer Forderungen in die Programmatik der KPÖ durchgesetzt. Eine Sichtweise, die den Feminismus als "Nebengleis" betrachtet und als Einfallstor bürgerlicher Ideologie beargwöhnt, gewinnt aber wieder an Boden.

Österreich war noch in den 80er Jahren ein Land mit recht "altmodischen" Strukturen, in deren Zentrum ein starker staatlicher Industriesektor stand. Umso heftiger hat sich der neoliberale Umbau der Gesellschaft ausgewirkt: Die Prekarisierung der Arbeit ist dramatisch fortgeschritten. Auf solche Veränderungen müssen beide Strömungen der KPÖ sich beziehen. Sie tun das in unterschiedlicher Weise. Die Baier-Strömung geht davon aus, dass die ArbeiterInnenklasse sich heute in einer Pluralität von Subjektivitäten darstellt, deren politische Bündelung ohne Hierarchien erfolgen muss. Besondere Aufmerksamkeit wird hier der globalisierungskritischen Bewegung gewidmet, Rassismus und Patriarchat werden als eigenständige Herrschaftszusammenhänge analysiert.

Demgegenüber ist der Traditionalismus der steirischen KommunistInnen durchaus relativ zu sehen. "Revolutionärer" als die Wiener Zentrale sind sie jedenfalls nicht, aber "bodenständiger": Sie wollen, wie es in einem Positionspapier heißt, in erster Linie "eine nützliche Partei für die Menschen sein". Diskursexperimente und intellektuelle Modeströmungen mögen sie nicht, sie setzen vor allem auf betriebliche und kommunale Kleinarbeit. Der populäre Grazer Stadtrat Ernest Kaltenegger und seine Truppe haben es vorgemacht: Ihr konsequenter Einsatz für MieterInnen ist von den WählerInnen honoriert worden.

Rückkopplungen traditioneller Denkmuster

Dass die Stimmen für Kaltenegger keine Stimmen für die Revolution waren, ist den Grazer GenossInnen bewusst. Ihren Anspruch, für eine solide kommunistische Identität einzustehen, können die TraditionalistInnen nur in der Form eines theoretischen Imaginären einlösen, das ihrer Politik das Gütesiegel "marxistisch" verleihen soll. So umgeht das steirische Landesprogramm in seiner Analyse der aktuellen Entwicklungen die von der Wiener Programmkommission benutzten Begriffsinstrumentarien (Postfordismus usw.) und bemüht sich um eine Rückkopplung an traditionelle Deutungsmuster. Indem es das überkommene KP-Welt- und Selbstverständnis bewahrt, stellt es den "kontinuistischen" Überbau einer de facto reformistischen Tagespolitik dar.

Traditionalistische KP-Strategien setzen auf eine "volkstümliche" Interessenvertretungspolitik unter Verzicht auf eine Kritik der Formbestimmtheit der bestehenden Interessenkonstellationen durch den bürgerlichen Vergesellschaftungszusammenhang. Die Vergewisserung, dass solche Interessenvertretungspolitik irgendwann in eine revolutionäre Qualität umschlagen werde, kann dann nur ein "weltanschauliches" Verständnis des Marxismus liefern, in dem die Vorstellung eines zielgerichteten geschichtlichen Kontinuums die Lücke zwischen dem Tageshandeln im Rahmen der bestehenden Institutionen und der erwarteten sozialistischen Zukunft füllen muss. Deshalb fällt trotz expliziter Kritik am Stalinismus die Bilanz des "realen Sozialismus" in Graz positiver aus als in Wien.

Linksradikale Erbmasse fehlt

So hält das steirische Programm auch am von den Legitimationsideologen des Realsozialismus in die Welt gesetzten Zweiphasenmodell der Aufeinanderfolge von "Sozialismus" und "Kommunismus" fest, während Baier und seine Gefolgsleute, ähnlich wie die italienische Rifondazione Comunista, die permanente Transformation der Gesellschaft in Richtung auf den Kommunismus betonen. In der Rifondazione freilich ist diese Position ein Erbe der in ihren Parteibildungsprozess eingegangenen linksradikalen Strömungen, die nicht das Vertrauen auf einen durch Parteiapparate und Staatsbürokratien repräsentierten Stufengang der Geschichte, sondern den permanenten Kampf um eine emanzipative Umformung aller Elemente des Vergesellschaftungszusammenhangs in den Vordergrund stellten. In der KPÖ, wo diese linksradikale Erbmasse fehlt, ist eine solche Auffassung indes der Gefahr ausgesetzt, gegebenenfalls in ein bernsteinianisches "Der Weg ist das Ziel" uminterpretiert zu werden.

Ob der in den Reihen der Opposition gehegte Argwohn, Walter Baier wolle die KPÖ in eine österreichische PDS umwandeln, berechtigt ist, lässt sich von außen schwer beurteilen. Umgekehrt scheint aber auch die von Baier und anderen geäußerte Befürchtung, die Opposition wolle den Marxismus-Leninismus der 70er Jahre wiederherstellen, übertrieben. Auch die TraditionalistInnen akzeptieren einen gewissen Pluralismus. In ihrem Selbstverständnis, die "marxistischen Kräfte" in der KPÖ zu vertreten, ist eine gute Portion Dogmatismus im Spiel, aber um eine echte "Hardcore"-Orthodoxie, wie sie unter den politisch relevanten Kräften Europas nur noch die griechische KKE vertritt, handelt es sich dennoch nicht.

Der als enfant terrible des Traditionsflügels bekannte Gewerkschaftspolitiker Helmut Fellner hat vor einigen Jahren Thesen zur Lage der ArbeiterInnenklasse verfasst, in denen er dem Themenbereich Prekarisierung/ Scheinselbstständigkeit/ atypische Arbeitsverhältnisse mit strukturkonservativ-altsozialdemokratischen Forderungen zu Leibe rückt: Prekarisierung mit politischen und juristischen Mitteln bekämpfen, "atypische" Arbeitsverhältnisse in traditionelle "Normalarbeitsverhältnisse" umwandeln und denen, die sich freiwillig in prekäre Selbstständigkeit begeben, ihr "falsches Bewusstsein" ausreden. Am Ende hängt Fellner den Ausblick an: "Unser Ziel bleibt dabei eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft in eine sozialistische, in der die Entfremdung der Arbeit allmählich überwunden wird, der Profit nicht mehr die oberste Maxime ist und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen überwunden wird." Eine Gesellschaft, in der der Profit nicht die oberste Maxime ist: Das würden alte und neue Sozialdemokraten wie Oskar Lafontaine oder Gregor Gysi auch unterschreiben. Wo der scharfzüngige Polemiker Fellner ohne das für ihn typische rhetorische Wortgeklingel auskommen muss, fällt die Substanz seines "revolutionären" Gehabes bescheiden aus. Dass die Kritik der politischen Ökonomie von Marx nicht bloß eine des Profits, sondern auch eine der Lohnarbeit und des LohnarbeiterInnenbewusstseins ist, hat der traditionelle KP-Marxismus nie sehen wollen.

Neubestimmung Kommunistischer Positionen

Die Linie der Erneuerung verläuft auf der analytischen Ebene partiell weiter links, indem sie Elemente einer radikaleren Herrschaftskritik einbindet, das Verständnis des Klassenkampfs aus seiner historischen Fixierung auf die fordistischen "Kernschichten" der ArbeiterInnenklasse löst und die Neuzusammensetzung der Klasse aus einer offenen statt konservativen Perspektive wahrnimmt. Der realpolitisch-reformerische Ertrag daraus besteht in Forderungen nach einem "neuen Normalarbeitsverhältnis" auf der Grundlage radikaler Arbeitszeitverkürzung, das insbesondere den Erwerbsbiografien von Frauen Rechnung trägt. Ob Baiers dünne Mehrheit fähig sein wird, ihre Einsichten zum Nährboden einer radikaleren praktischen Kritik der kapitalistischen Verhältnisse zu machen, scheint offen.

Die Baier-Strömung hat nach 1990 die Notwendigkeit einer grundlegenden Neubestimmung kommunistischer Positionen gesehen und geht dabei von - gerade auch die Arbeitswelt betreffenden - gesellschaftlichen Veränderungen aus, in denen das, was in Dokumenten der italienischen Rifondazione-Mehrheit um Fausto Bertinotti gerne "antagonistische Subjektivität" genannt wird, unter neuen Konstitutionsbedingungen in einer Pluralität neuer Formen auftritt. Sie setzt im Kern auf das Konzept "alternative Linke". Die "kontinuistische" Strömung dagegen versucht eine Konzeption linker Politik zu entwickeln und umzusetzen, die in erster Linie bei den "normalen" Alltagsnöten der "kleinen Leute" ansetzt, Bevölkerungsschichten also, deren subjektive Verfasstheit meist eher das Gegenteil von revolutionär ist. Es bedarf dann der Beibehaltung ideologischer Konstrukte des Parteimarxismus alten Stils, um Kalteneggers Grazer Sozialpolitik eine "objektiv" revolutionäre Bedeutung zuzuschreiben.

Für Nicht-ÖsterreicherInnen, die die Frage umtreibt, wie das Profil einer revolutionären Partei in unserer einstweilen nicht-revolutionären Zeit aussehen kann, ist die KPÖ als Studienobjekt interessant, aber eine überzeugende Antwort auf diese Frage vermag momentan keine ihrer Strömungen zu liefern.

Henning Böke

10. Terror-Kürbis, Goldene Hakenkralle und die Maus. Nach sieben Jahren wurden §129a-Ermittlungen gegen AtomkraftgegnerInnen eingestellt

Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Klassenjustiz, Repressionen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:29

Am 6. Juli 1999 langte das BKA mal wieder voll zu. Zehn Wohnungen und zwei Projekte von AtomkraftgegnerInnen wurden in Berlin, Hamburg, Bremen und im Wendland in den frühen Morgenstunden durchsucht. Die Bundesanwaltschaft war der Meinung, die "Führungskader der Autonomen Gruppen" ermittelt zu haben, die sich 1996 und 1997 im Zusammenhang mit Castor-Transporten zu Anschlägen auf Oberleitungen der Deutschen Bahn AG bekannt hatten. Im April 2003 wurde nun dieses Ermittlungsverfahren eingestellt. Einige Betroffene aus Berlin ziehen für ak Bilanz.

Begonnen hatten die Ermittlungen laut Aktenlage im Jahr 1996. Der Verfassungsschutz (VS) hatte Telefonate von AtomkraftgegnerInnen und Mitgliedern des Berliner Anti-Olympia-Komitees (AOK) abgehört, woraufhin im Januar 1997 das Bundeskriminalamt (BKA) aktiv wurde und eine spezielle Ermittlungsgruppe "AG Energie" einrichtete. Nachdem der VS dem BKA eine Spezialstudie über die "terroristische Vereinigung AOK" ausgehändigt hatte, wurde die Bundesanwaltschaft (BAW) alarmiert, und diese holte sich bei einem Richter am Bundesgerichtshof einen Beschluss, um die bisher illegal eingesetzten Waffen der Observation legalisieren zu lassen.

Ab jetzt kam nahezu das gesamte polizeiliche und geheimdienstliche Arsenal verdeckter Ermittlungen zum Einsatz. Neben direkten Observationen und abgehörten Telefongesprächen stützten sich die Ermittlungen im wesentlichen auf Textvergleiche von Anschlagserklärungen mit veröffentlichten Texten des AOK und des Berliner Anti-Atom-Plenums. Nach den Durchsuchungen 1999 kamen dann noch zahlreiche Computerdateien hinzu. In den Akten tauchen dann unzählige Schriftgutachten über beschlagnahmten, Textdateien und Anschlagserklärungen nicht nur zu Hakenkrallenanschlägen auf. Häufig waren diese Texte in irgendwelchen Szenezeitschriften veröffentlicht worden, bevor dann das Bekennerschreiben verfasst wurde. Insofern ergaben diese Gutachten nicht viel mehr, als dass Autonome offenbar wie in der Schule auch gerne voneinander abschreiben ...

Mittels der 1997 richterlich legalisierten Telefonüberwachung wurde der Kreis der Verdächtigen auf 100 Personen aus der autonomen Szene der BRD ausgeweitet. Im Februar 1997 gelang dem VS dann ein vermeintlicher Coup. Die BerufsschnüfflerInnen orteten ein Mobiltelefon eines Atomkraftgegners im Berliner Grunewald, in angeblich räumlicher und zeitlicher Nähe von einem Anschlag auf eine Oberleitung. Der Atomkraftgegner war von einem Mobiltelefon angerufen worden, das von einem bekannten Berliner Autonomen gemietet worden war. Und obwohl keine Verbindung zu Stande gekommen war, handelte es sich nach Meinung des VS um geheime Klingelsignale, die ausgetauscht wurden. Geblieben ist nun von den Ermittlungen im April 2003, außer dem Nachweis, dass es sich bei allen Beschuldigten tatsächlich um AtomkraftgegnerInnen handelt: Nichts.

Ob jemals konkrete Tatvorwürfe vorlagen, scheint nach der Durchsicht der freigegebenen Akten mehr als fragwürdig. So wird keinem der Beschuldigten vorgeworfen, an einer konkreten Tat beteiligt gewesen zu sein. Das ist für eine Verurteilung nach §129a StGB auch nicht notwendig. Dafür reicht die Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung aus. Diese besteht nun offensichtlich aus AtomkraftgegnerInnen, folglich müssen die UnterstützerInnen auch AtomkraftgegnerInnen sein. In der Logik des Generalbundesanwaltes muss nun nur noch bewiesen werden, dass es sich bei den Beschuldigten um AtomkraftgegnerInnen handelt und voilà, fertig ist der Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

VS als Stichwortgeber

Nach nunmehr sieben Jahren Ermittlung ist allerdings weder klar geworden, wer dieser terroristische Vereinigung namens "Führungskader der Autonomen Gruppen" angehört haben soll, noch worin die "Führungstätigkeiten" bestanden haben könnten. Es ist auch nicht klar geworden, ob einer der Beschuldigten

überhaupt an einem der Hakenkrallenanschläge beteiligt war. Bei so wenig Konkretem wundert es dann auch wenig, wenn es in der Einstellungsbegründung heißt, man habe dem Personenkreis nicht nachweisen können, dass "sie sich als Führungskader fühlen".

Nachdem sich für die konkreten Tatvorwürfe keine Beweise finden ließen, dehnte die BAW die Beschuldigungen auf so ziemlich alles aus, was die linke Szene an Inkriminierbarem zu bieten hat. So geriet nach dem Anti-Olympia-Komitee das Berliner Anti-Atom-Plenum ins Fadenkreuz und die Berliner AtomkraftgegnerInnen wurden zur Schaltzentrale des Anti-AKW Widerstandes hochstilisiert. Ein Mitglied des Anti-Atom-Plenums, der sich am Telefon scherzhaft als Chef bezeichnet hatte, wurde flugs zum Führungskader.

Im Rahmen dieser Ermittlungen wurden mindestens drei Berliner Autos teilweise bis zu neun Monate lang (offizielle Angaben) mit Peilsendern ausgestattet und alle Gespräche aus dem Wageninneren abgehört. Die Telefone der Beschuldigten wurden mindestens seit 1996 und nach Aktenlage auch noch 2002 abgehört. Für die Ermittlungen Verwertbares fand sich dabei nicht.

In Berlin wurde zudem eine Wohnung mindestens über sechs Monate mit einer Kamera überwacht, die alle Personen festgehielt, die ein- und ausgingen. In der Nacht zum 7.10.1996 (der Nacht eines Hakenkrallenanschlages) konnten dann auch vier Personen gefilmt werden, die abends das Haus verließen und spät nachts wiederkamen. Allerdings war die Bildqualität so schlecht, dass niemand zu erkennen war. Die Erkenntnis, dass einer dieser vier Personen eine Plastiktasche mit sich führte, ist jedoch auch für AtomkraftgegnerInnen nicht strafbar.

Auch die "hochverdächtigen konspirativen" Telefonate, die da mitgehört wurden, brachten nichts Verwertbares, wie etwa folgendes Gespräch, das für die Ermittlungen zentralen Stellenwert hatte: "In einem am 6. Oktober 1996 um 22.41 Uhr geführten Telefonat vergewisserte sich die Beschuldigte V. konspirativ beim Beschuldigten B., ob dieser einen bestimmten Gegenstand - zunächst als Ding, dann als Kürbis bezeichnet - für den Beschuldigten S. mitgenommen habe. Wie sich aus dem Zusammenhang ergab, wusste die Beschuldigte V., dass der Beschuldigte S. am späten Abend wegfahren wollte und diesen Gegenstand benötigte." Da in der folgenden Nacht wieder Hakenkrallen eingehängt wurden, folgerte das BKA, dass der Beschuldigte S. den "Kürbis" bei dem Anschlag verwandt hatte. Worum es sich bei dem "Kürbis" gehandelt habe, konnte aber auch das BKA nicht mit Sicherheit klären. Am Tatort gefunden wurde jedenfalls keiner. Dort fanden sich lediglich Zigaretten der Marke Juwel und auf diesen Speichelspuren. Diese Juwel-Zigarette musste dann als Begründung herhalten, dass bei allen Beschuldigten der genetische Fingerabdruck mittels Speichelprobe erzwungen wurde. Dass alle Beschuldigten NichtraucherInnen waren, war der BAW dabei nicht so wichtig.

Telefonorgien und mehr

Haufenweise Dialoge aus abgehörten Telefongesprächen mit teilweise abstrusen Interpretationen füllen nun Tausende Seiten. Die Beweislage reichte aber nicht aus, um Anklage zu erheben. Da offensichtlich viel Energie in die Sache gesteckt worden war und die vielen gut bezahlten BeamtInnen ihren Vorgesetzten etwas vorlegen mussten, wurden allerlei Querverweise zusammengeschustert. So gab es Ermittlungen wegen der Herstellung der radikal (bei einer Durchsuchung waren Teile der radikal Nr. 154 auf einem PC gefunden worden), es wurde Verbindungen zu den drei im Zusammenhang mit dem K.O.M.I.T.E.E.-Verfahren untergetauchten Berlinern nachgegangen. Und dann gibt es ja in Berlin immer noch den Allround-Kronzeugen Tarek Mousli aus dem RZ-Verfahren, und der kannte schließlich einige der Beschuldigten noch aus den 1980er-Jahren. Allein, etwas Strafbares war bei all dem nicht herauszuhohlen.

Ebenfalls in das Fadenkreuz geriet der Hamburger Physiker und Atomkraftgegner S. Dessen Messstelle für Arbeits- und Umweltschutz (MAUS) in Bremen war den Behörden schon lange ein Dorn im Auge. S. ist seit den 1960er-Jahren politisch aktiv, dementsprechend umfangreich sind die Querverbindungen, die das BKA auflistet. Zum Schluss blieb nur die Erkenntnis übrig, dass er mit seiner BahnCard häufig die Bahn benutzt, und das war selbst der BAW zu wenig.

Im Einsatz: Das gesamte Arsenal

Im Wendland und in Lüneburg hatte die BAW dem Verfahren den Namen "Die Goldene Hakenkralle" gegeben. Dort hatten zwei der Beschuldigten zum Anlass des 60. Geburtstages eines dritten Beschuldigten am Telefon

gewitzelt, mensch solle ihm doch eine goldene Hakenkralle schenken. In dem Gespräch scherzte der Angesprochene zurück: "Kein Problem, ich habe im Garten noch eine ganze Kiste mit den Dingern." Der Garten wurde zwar vom BKA gewissenhaft umgegraben, Hakenkrallen fanden sich allerdings nicht.

Da die Castortransportstrecke im Wendland mit Diesellokomotiven betrieben wird und somit über keine Oberleitungen verfügt, in die Hakenkrallen hätten eingehängt werden können, hatte die BAW bei den Ermittlungen im Wendland und in Lüneburg ein Problem. Also hieß der Vorwurf nicht "Hakenkrallen", sondern "Züge entgleisen". Stichwortgeber hierfür war wieder das notorische Bundesamt für Verfassungsschutz.

Aus einigen Telefongesprächen im Sommer 1997 wurde versucht, eine Schienensägeaktion am AKW Krümmel zu konstruieren, von der sich die BAW sicher war, dass dabei Züge zum Entgleisen gebracht werden sollten und Zugfahrende hätten getötet werden können. (Diese irrsinnig anmutende Argumentation macht für die BAW Sinn, denn nur so konnte ein Verfahren wegen "schweren Eingriffs in den Schienenverkehr begründet werden".) Das einzige, was feststeht, ist, dass der Bundesgrenzschutz (BGS) bei einer Kontrolle durchgesägte Schienen gefunden hatte. Alles weitere entspringt der Fantasie wild gewordener Staatsschutzbehörden.

Anfangs wurde versucht, rund 20 Menschen aus dem Bekanntenkreis der verdächtigten AtomkraftgegnerInnen vorzuladen. Einige gingen dem auch nach, ärgerten sich hinterher aber gewaltig, dass sie den PolizistInnen auf den Leim gegangen waren, denn in den Verhören stellte sich schnell heraus, dass die ZeugInnen-Befragung flugs zum Beschuldigtenverhör wurde. Nachdem sich das herumgesprochen hatte, schrumpfte die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit erheblich. Das BKA sah dann von weiteren Vernehmungen ab, da "sowieso niemand erschienen wäre". Das Verfahren ist an das Oberlandesgericht Lübeck abgegeben worden.

Fazit des Ganzen: Aus dem Wenigen, das die Beschuldigten bislang aus den Unterlagen in Erfahrung bringen konnten, ist klar geworden, dass ein immenser personeller und technischer Aufwand betrieben wurde und teilweise auch immer noch wird. Im Laufe des Verfahrens wurden rund 100.000 Telefonate abgehört. Dass keinem der GesprächspartnerInnen hierüber Mitteilung gemacht wurde, gehört mittlerweile zum Abhör-Alltag in der BRD. Daneben machten BKA und BAW von dem ganzen Arsenal der Einschüchterung Gebrauch, das auch aus anderen Verfahren bekannt ist: Denunziation am Arbeitsplatz; Überraschungsbesuche bei Menschen, die schon lange verzogen sind und mit Politik nicht mehr viel am Hut haben; unter Druck setzen von unerfahrenen Menschen: "Sie wollen doch nicht, dass Ihnen berufliche Nachteile entstehen!"; offene Drohungen, wie "Sie haben doch ein kleines Kind, Sie arbeiten besser mit uns zusammen."; Falschanschuldigungen und Denunziationen bei diversen Ämtern, die daraufhin Verfahren einleiten, wie z.B. die Bauaufsicht, Umweltamt, Ordnungsamt, Ausländerbehörde, Arbeitsamt, Verkehrsamt, Finanzamt, Sozialamt und wahrscheinlich noch einige Ämter mehr.

Selbstkritisch muss angemerkt werden, dass es einen teilweise sehr sorglosen Umgang mit Telefongesprächen gegeben hat. Als AtomkraftgegnerIn in diesem Land muss mensch damit rechnen, dass diverse ÜberwachungsbeamtInnen mithören. Und dass diese einem nicht Gutes wollen, dürfte auf der Hand liegen. Ebenso verhält es sich mit Mobiltelefonen, denn neben der Tatsache, dass sie abgehört werden wie jedes andere Telefon auch, dienen sie der Ortung des Telefonierenden. So war es während der Castor-Transporte für die Polizei ein Leichtes, die Aufenthaltsorte bekannter AtomkraftgegnerInnen zu ermitteln, um diese dann gegebenenfalls festzunehmen.

Und nicht zu vergessen ist die Verletzung der Persönlichkeitsrechte tausender Beteiligter, der nicht unerhebliche materielle Schaden für einige Projekte und Beschuldigte. Und nicht zuletzt: Wieder einmal gelang es der Justiz mit Hilfe des Ermittlungsparagrafen 129a, linke und linksradikale Strukturen zu durchleuchten, zu nerven und zu schwächen.

Spendenkonto für Anwaltskosten: Rote Hilfe, Stichwort Ehrenwort. Konto-Nr.: 7189590600, Berliner Bank, BLZ 100 200 00. Weitere Informationen unter: www.maus-bremen.de bzw. www.nadir.org/gold.

11. Urbane Räume in der Kontrollgesellschaft. Sicherheit wird zum weichen Standortfaktor der Städte

Sicherheit wird zunehmend zum weichen Standortfaktor der Städte

Autor: Joachim Häfele · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:33

"Die Besessenheit, mit der physische Sicherheitssysteme errichtet und gleichzeitig durch Architektur soziale Trennungslinien durchgesetzt werden, ist zum Zeitgeist in der Umstrukturierung der Stadt geworden - zum zentralen Diskurs in der gesamten entstehenden gebauten Umwelt der 90er Jahre."

Mike Davis, City of Quartz

In seinem Klassiker City of Quartz beschreibt Mike Davis Los Angeles als Metropole im dauerhaften Kriegszustand: permanente Satelliten-Überwachung, elektronische Türschlösser, Wohnviertel umgeben von elektronischen Mauern bis hin zu penibel abgeschotteten Obdachlosen-Slums. Die "Stadt der Engel" ist inzwischen aufgeteilt in eine lückenlose Kontrollmatrix. Dieser räumliche Kontrollwahn nimmt auch hier zu Lande immer deutlichere Konturen an. Die vielfältigen öffentlichen und privaten Inszenierungen zur Wiederherstellung einer angeblich verloren gegangenen "Sicherheit" verwandeln immer größere Bereiche der Stadt in Hochsicherheitszonen.

Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht ein ausgedehnter Sicherheitsdiskurs, der Anfang der 90er Jahre wieder verstärkt aufkam, und in dessen Folge "Sicherheit" inzwischen zu einem zentralen Dispositiv städtischer Restrukturierung geworden ist. Bereits seit 15 bis 20 Jahren lässt sich beobachten, dass eine wohlfahrtstaatliche Sozialpolitik tendenziell durch eine Sicherheitspolitik abgelöst wird, die sich durch ein verschachteltes und vielschichtiges System unterschiedlicher Kontroll-, Überwachungs-, und Ausschließungstechniken - insbesondere im städtischen Raum - entfaltet.

Die Vorherrschaft des Marktprinzips, das sich auf städtischer (lokaler wie globaler) Ebene als so genannter "Kampf um Standortvorteile" ausweist, hat inzwischen dazu geführt, dass sich "Sicherheit" gleichsam zu einem wichtigen "weichen Standortfaktor" entwickelt hat. Im Vordergrund steht dabei jedoch nicht etwa die Sicherheit, einen Arbeitsplatz zu bekommen oder sozial abgesichert zu sein. Im Kern zielen die Maßnahmen und Programme zur Herstellung von "Sicherheit und Ordnung" vielmehr auf die Rückeroberung der innerstädtischen Räume als einer ökonomisch zunehmend wichtigen Territorialität: Die Innenstädte sollen sich jetzt als "Visitenkarten" darstellen und werden langsam aber sicher dem Modell amerikanischer Malls und damit Hochsicherheitstrakten angepasst. Dadurch lassen sie sich besser vermarkten - aber vor allem besser kontrollieren.

Willkommen im Ort der Kontrolle

Die damit einhergehende wachsende räumliche und soziale Polarisierung wird zunehmend kontrollgesellschaftlich reguliert. Zentrale Faktoren der kontrollgesellschaftlichen Organisation urbaner Räume sind private Investitionsinteressen und die wachsende private Verfügungsmacht über den urbanen Raum. Treibender Motor ist der private Konsum und seine "Nicht-Orte", die durch ihre ständige Vermehrung, die City zunehmend als "managed environment" erscheinen lassen. Im Zuge dieser Entwicklung findet eine grundlegende Umdefinition des öffentlichen Raumes statt: Im politisischen und medialen Diskurs gelten öffentliche Räume zunehmend als nicht kontrollierbare "gefährliche Räume", als sicher dagegen gelten die segregierten Binnenräume wie Shopping-Malls, Einkaufspassagen, verpachtete Fußgängerzonen oder die privatisierten innerstädtischen Bahnhöfe und deren Vorplätze. Geht es innerhalb der privatisierten Einkaufszentren oder Shopping-Bahnhöfe vor allem darum, sie von einer "feindlichen Außenwelt" abzuschirmen, so gelten die innerstädtischen Einkaufsmeilen oder die Bahnhofsvorplätze als umkämpfte Territorien, in denen mit Hilfe einer rigiden Verdrängungspraxis eine selektive soziale Homogenität hergestellt werden soll. Gemeinsam ist diesen Räumlichkeiten, dass sie eine Art von Öffentlichkeit herstellen, die sich stark am Mythos einer heilen Kleinstadt orientiert, und das soll heißen: vor allem keine Gewalt, keine Unordnung keine Obdachlosen, keine Punks oder lärmende Jugendliche.

Innerhalb des städtischen Raums entsteht so ein immer dichter werdendes Netz aus Räumen und Plätzen mit ineinander übergehenden Hausrechts- und Kontrollbefugnissen. In diesen "neofeudalen" Inselwelten bewegen wir uns von einer "Wabe" zur nächsten, wobei jede dieser "Waben" ihre eigenen spezifischen Anforderungen stellt. Nur durch die Fähigkeit der ständigen (Neu)Anpassung (Modulation) an die jeweilige Verhaltensanforderung gelingt die reibungslose Bewegung in diesen Räumen. Innerhalb der Kontrollzonen geraten die NutzerInnen unter ein generalisiertes Verdachtsprofil, das lediglich noch darauf aus ist, "prekäre Situationen" zu verhindern. Die NutzerInnen der "Nicht-Orte" sind gewissermaßen ständig dazu aufgefordert ihre Unschuld nachzuweisen.

Als Gilles Deleuze in seinem 1993 veröffentlichten Aufsatz Postskriptum über die Kontrollgesellschaft die Ablösung der Disziplinargesellschaft durch die Kontrollgesellschaft diagnostizierte, begriff er das elektronische Halsband als Sinnbild des sich neu herausbildenden Gesellschaftstypus. Ursprünglich in gefängniskritischer Absicht entwickelt, wurde das elektronische Halsband bald zum Ausgangspunkt einer permanenten Kontrolle im Raum: Den Gefangenen können klar definierte Gebiete zugewiesen werden, die sie entweder nicht verlassen oder nicht betreten dürfen. Dieses Charakteristikum der permanenten Kontrolle im "offenen Gelände" kann als zentrales Merkmal der kontrollgesellschaftlichen Ordnung betrachtet werden.

Sinnbildlich für diese Form einer entmoralisiert-technokratischen Kontrolle im urbanen Raum steht die Videoüberwachung: Die Botschaft der Kamera lautet nicht, dass bestimmte Verhaltensweisen an sich verwerflich seien, sondern lediglich, dass diese an diesem bestimmten Ort nicht geduldet sind. Oder allgemeiner formuliert: Zeichnete sich die disziplinarische Kontrolle durch die systematische Überwachung der Individuen im Raum aus (Beleuchtung), so wird das Individuum der Kontrollgesellschaft - immer unter dem Leitprinzip der Sicherheit - einem Komplex von Techniken der permanenten Überprüfung, Kalkulation und (statistischer) Berechnung unterworfen (Durchleuchtung).

Platzverweise en masse

Das Spektrum an Kontroll- und Ausschließungsmechanismen, wie es gegenwärtig in der Stadt zu beobachten ist, kann mit klassisch-disziplinarischen Annahmen, wie sie etwa Michel Foucault in Überwachen und Strafen beschrieben hat, kaum noch erklärt werden. Innerhalb von Foucaults "Disziplinarwelt", an dessen Spitze das moderne Gefängnis steht, wurden die Besonderheiten des Individuums noch in einen moralisierend-normierenden Blick genommen, denn es galt das Individuum wieder zu integrieren, zu verwerten, zu heilen. Die Kontrolle richtete sich sanktionierend auf die Seele des Individuums. In den "Waben" der Kontrollgesellschaft wirkt jedoch ein völlig anderer, räumlich-situativer Kontrollmodus: Erst durch das Eintreten in diese Orte wird der Einzelne in den Blick genommen, und auch dann sind seine Handlungen nur in dem jeweils definierten Raum und in der begrenzten Zeit seines Aufenthalts von Interesse. Dieser neue Kontrollanspruch richtet sich lediglich auf Orte und Situationen. Es gilt das Motto: "Du kannst tun, was Du tun möchtest, aber tue es in dem dafür vorgesehenen Raum, in der dafür vorgesehenen Weise - das gewährt Dir Sicherheit vor uns und uns Sicherheit vor Dir" (1)

Ein Netzwerk aus privaten Regierungen gesellt sich so neben die staatliche Kontrollmacht, deren Wächter lediglich noch an den permeablen Kontrollgrenzen patrouillieren müssen. Innerhalb dieser schein-öffentlichen (weil privaten, aber öffentlich zugänglichen) Kontrollsektoren fungieren die privaten Sicherheitsdienste quasi als "parastaatliche Ordnungsmacht", die dafür sorgt, dass die von den jeweiligen InhaberInnen festgelegten Verhaltenserwartungen (z.B. die Hausordnung in der Einkaufspassage) eingehalten werden. Was "Sicherheit" und "Unsicherheit" ist, bleibt dabei grundsätzlich interpretationsoffen und kann jeweils vor Ort bestimmt werden. So können erwünschte Verhaltensnormen aktuell gesponsert und unerwünschte bzw. "konsumfeindliche" Handlungsformen sanktioniert und diffamiert werden. Gerade der massenhafte Einsatz privater Sicherheitsdienste, immer häufiger im Rahmen sog. "Sicherheitspartnerschaften" - zusammengesetzt aus den unterschiedlichsten öffentlichen und privaten Akteuren, ermöglicht eine spezifische Form der "Regierung aus Distanz", die sich nicht mehr über allgemeine Interessen, sondern lediglich noch über die Durchsetzung von Partikularnormen konstituiert.

Innerhalb der "mallifizierten" Stadt-Räume ist die dominante Kommunikationsform auf den Konsum von Waren und Dienstleistungen beschränkt. Diejenigen, die den reibungslosen Konsum stören könnten - wahlweise Obdachlose, BettlerInnen, Jugendliche, MigrantInnen, DemonstrantInnen oder drogenkonsumierende Menschen - sind über den allerorts bekannten Innere-Sicherheits-Diskurs längst zu "gefährlichen Klassen"

stigmatisiert und zentrale Bereiche der Innenstädte für sie zur No-go-Area erklärt worden. Eine gängige Praxis dieser neoliberalen Raum-Politik stellt etwa das Erteilen von Platzverweisen dar: Hier wird deutlich, dass es nicht mehr darum geht, etwas Bestimmtes getan zu haben: Allein der Aufenthalt in einem bestimmten Raum genügt bereits für einen Platzverweis. Soziale oder individuelle Gründe für den Aufenthalt spielen keine bedeutende Rolle mehr. Was eine Person tut oder lässt, nachdem sie vertrieben wurde, ist nicht mehr von Interesse - Hauptsache sie verschwindet aus der jeweiligen Wabe. Zeichnete sich die disziplinarische Überwachung noch durch ein räumliches Festsetzen der Individuen aus, als ein "gegen das Nomadentum gerichtetes Verfahren" (2) so zielen die kontrollgesellschaftlichen Interventionen lediglich auf die Verteilung der Menschen im Raum.

Kollektive Kommunikation: Konsum

Die innerhalb der unterschiedlichen Kontrollzonen zur Geltung kommenden Kontrollpraktiken betreffen zwar zunächst alle NutzerInnen gleichermaßen und verändern damit die Nutzungsbedingungen des städtischen Raums für alle. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Kontrolle auch alle im gleichen Maße betrifft. Die weniger auffälligen Zeichen der Exklusion, wie eine entsprechende Architektur oder diverse Ästhetisierungsmaßnahmen (die Bank, auf der man nicht mehr liegen kann bis hin zur Beschallung von Bahnhofsvorplätzen mit klassischer Musik), werden von denen, die sie betreffen, vor allem ärmere Menschen oder MigrantInnen, deutlicher empfunden und fordern sie unmissverständlich zum Gehen auf. Da für diese Menschen der Zugang zu den Kontroll-Räumen kaum möglich ist, lässt sich die räumliche Fragmentierung als Ursache einer zusätzlichen Marginalisierung betrachten.

Gewiss, die bisherigen Ausführungen zeichnen ein recht düsteres Bild der Zukunft des städtischen Raums: Überall entstehen künstliche Konsumwelten, der öffentliche Raum wird zerstört bzw. dem Mall-Modell angepasst. Die Armen werden ausgegrenzt und alle unterliegen einer permanenten Kontrolle. Während einige StadtforscherInnen in diesem Zusammenhang gar das Ende der Urbanität prophezeien, hält Mike Davis diesen Prozess - zumindest für Los Angeles - bereits für abgeschlossen. Dennoch sollte dieses düstere Bild abschließend relativiert werden. Es wäre zu kurz gegriffen, die cleanen und künstlichen Nicht-Orte des Konsums einem mystifizierten öffentlichen Raum gegenüberzustellen, welcher auf Grund der o.g. Entwicklungen nun definitiv verloren gegangen oder zerstört sei. Die Innenstadt ist zwar keine fröhliche Begegnungsstätte, aber sie lässt sich - auch wenn eine solche Tendenz beobachtbar ist - nicht reduzieren auf eine private und monofunktionale Konsummeile.

Die Stadt ist immer auch ein Ort, an dem Kämpfe um unterschiedliche und sich widersprechende Nutzungen und Bedeutungen stattfanden und stattfinden. Auch die Betrachtung der Marginalisierten lediglich als Opfer macht aus ihnen tatsächlich Objekte privater und staatlicher Kontrolle, und so sollte es in zukünftigen Analysen auch darum gehen, die zahlreichen Versuche und kleinen Erfolge dieser Gruppen zu identifizieren, die verordneten Nutzungsbestimmungen bzw. Bedeutungen dieser Räume für den eigenen Gebrauch handhabbar zu machen, sie subversiv zu unterlaufen und nach ihren Vorstellungen zu verändern.

Joachim Häfele

Literatur:

1) Lindenberg, M./Schmidt-Semisch, H.; Sanktionsverzicht statt Herrschaftsverlust: Vom Übergang in die Kontrollgesellschaft. In: Krimonologisches Journal, 27. Jg, Heft 1, 1995

2) Foucault, M., Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M., 1994

12. Elektronische Schichten über dem realen Raum. Internet und Mobiltelefone: Vernetzung von Datenraum und "Real Life"

Internet und Mobiltelefone führen zur zunehmenden Vernetzung von Datenraum und "Real Life"

Autor: Ulf Treger · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:08

Ein Held auf der Flucht betritt eine Shopping-Mall. Automatische Scanner erfassen sein individuelles Irismuster und finden durch einen Datenabgleich mit der Kunden-Datenbank einen übereinstimmenden Eintrag. Daraufhin begrüßen holographische Bildschirme in Wandgröße den vorbeieilenden Helden und weisen ihn mit emphatischer Stimme und freundlichen Bildern auf verlockende Sonderangebote hin, die genau auf sein Konsumprofil abgestimmt sind. Dabei wird klar, dass der Held eine gewisse Affinität zu alkoholischen Getränken und Reisen nach Ostasien hat. Gleichzeitig werden die verfolgenden Sicherheitskräfte dezent über seine aktuellen Aufenthaltsort informiert.

In Steven Spielbergs Spielfilm Minority Report wird eine nahe Zukunft geschildert, in der die Alltagsumgebung, das "Real Life", weitgehend von computerisierten Systemen durchdrungen ist. Diese Systeme sind miteinander vernetzt, sie können ihre Umgebung wahrnehmen und auf sie reagieren. Damit wird ein eindringlich illustriertes, bedrohlich wirkendes Szenario entworfen und erfährt zu gleich seine Banalisierung: Der Held rettet schließlich sich selbst und die Welt vor einer, von korrupten Menschen missbrauchten Technik, findet zu seiner Frau zurück und zeugt mit ihr ein Kind. Die KinobesucherInnen werden mit dem beruhigenden Gefühl aus dem Kino entlassen, dass am Ende immer das Gute siegt, neue Technologien eigentlich gar nicht so schlecht sind, mögen sie noch so Furcht erregend neu daherkommen und dass auch weiterhin das eigentliche Ziel des Menschen in dem Erhalt seiner eigenen Spezies liegen wird.

Sitze gerade im Bus und wo bist du?

Was noch bei Spielberg trivialisierend beschrieben und schließlich beruhigend aufgelöst wird, wird in Matrix 2 als katastrophale Endzeitvision fortgeschrieben und durch einen bunten Mix aus mystisch-christlichen Versatzstücken verbrämt. Letztlich geht es in beiden Science-Fictions um eine vorausnehmende Verarbeitung und damit Vorbereitung einer technologischen Entwicklung, deren Anfänge heute bereits überschritten sind.

Diese Entwicklung hat zwei Vorläufer: Zum einen das Internet, das hier zu Lande allgemeiner Bestandteil der Kommunikation geworden ist, auch wenn es als erste massenkompatible Inkarnation eines vermeintlich "virtuellen" Cyberspace deutlich an elektrisierender Strahlungskraft verloren und durch den Crash der Dotcom-Branche etliche Blessuren erlitten hat. Künftig aber werden Computer immer weniger als meist "graue Kisten" in Großraumbüros und Wohnungen in Erscheinung treten und somit keine deutlich vom analogen Alltag abgrenzbare Schnittstelle zum Netz mehr darstellen. Sie werden stattdessen vermehrt zu unsichtbaren, vernetzten und multifunktionalen Kleingeräten und assimilieren Kühlschränke, Armbanduhren oder öffentliche Plakatflächen. "Dumme", leblose Alltagsgegenstände werden so autoaktiv und "smart". Aufbauend darauf wird sich aus dem Internet ein Netz entwickeln, das immer und überall verfügbar, und nicht mehr nur über die besagten, räumlich fixierten Computerkisten erreichbar ist. Ein solches "Evernet" (oder mit welchem Hyperword auch immer diese Entwicklung gelabelt wird) wird künftig die medienbasierte Kommunikation, unsere Wahrnehmung unserer Umgebung, das Verhältnis von öffentlichen und privaten Raum und somit unseren Alltag entscheidend verändern.

Der zweite Wegbereiter eines Immer-und-Überall-Netzes ist die Mobiltelefonie. Diese ortsungebundene Kommunikation bewirkt eine hohe zeitliche und räumliche Flexibilität und gibt seinen NutzerInnen die Fähigkeit, soziale Kontakte über die unmittelbare Umgebung hinaus zu bilden oder zu erhalten. Mobiltelefone verschmelzen zunehmend mit mobilen Computern, dies Hybride werden die ersten Artefakte eines künftigen Netzes sein.

Das Mobiltelefon stellt heute eine komfortable Selbstverständlichkeit dar und erweitert die individuellen Kommunikationsmöglichkeit, es ist aber durch seine Nutzbarkeit als Kontrollinstrument auch eine freiwillig angelegte, elektronische "Fußfessel". Mit dem Mobiltelefon kann bequem der gegenwärtige Aufenthaltsort der Nutzerin bestimmt werden, die Benutzung des Telefons protokolliert und die Kommunikation mitgehört werden - Überwachungsverfahren im Übrigen, die derzeit immer häufiger Anwendung finden.

Diese Ambivalenz von Technologie wird sich auch bei der Etablierung künftiger Geräte-Landschaften eines ubiquitären (allgegenwärtigen) Netzes fortsetzen und verstärken. Daher wird sich nicht nur die Wahrnehmung und die mobile Interaktionsfähigkeit des Einzelnen weiter verändern, sondern auch das, was künftig (noch) als Privatsphäre oder Selbstbestimmung definiert wird.

Clever & Smart: Kleingeräte

Bereits durch die gegenwärtige Benutzung der Mobiltelefone verändern sich räumliche und soziale Beziehungen. Durch sie kann über den unmittelbaren Raum hinweg mit einem anderen Raum kommuniziert werden. So beginnt der klassische Dialog am Mobiltelefon mit der gegenseitigen Vergewisserung: "Wo bist du gerade?". Gleichzeitig erfährt der unmittelbare Aufenthaltsort der Kommunizierenden - besonders wenn es ein öffentlicher ist - durch den Dialog eine Art temporäre Privatisierung. Eine häufige Benutzung im öffentlichen Raum erzeugt dementsprechend viele temporäre, privatisierte Blasen im Raum. Ein dadurch entstehender "Cellspace" überlagert so als eine eigene, elektronische Schicht den physischen Raum.

Wenn die alltägliche Umgebung künftig durch mobile, miniaturisierte und vernetzte Gadgets bevölkert wird, die immer und überall ihre elektronischen Funktionen ausführen können, werden sich solche raumverändernden Effekte verstärken. Diese Entwicklung macht dann nicht nur den Zugriff auf Netzstrukturen jederzeit und Allerortens möglich, sie ermöglicht auch den vernetzten Strukturen eine umfassende Wahrnehmung ihrer Umgebung. Datenraum und "Real Life" überlagern und beeinflussen sich so gegenseitig. Denkt man diese wechselseitigen Überlagerungen weiter, so wird die subjektive Wahrnehmung der Umgebung aus unterschiedlichen Schichten gefüttert. Es entsteht eine "Mixed Reality" aus den verschiedenen räumlichen, "realen" wie elektronischen Ebenen.

Da heute noch nicht einmal die Veränderungen durch die derzeitig vorherrschenden elektronischen Kommunikationsformen wie Internet und Mobiltelefonie ausreichend erfasst oder erforscht werden konnten, hinkt eine kulturelle, soziale oder kritische Reflexion dieser sich abzeichnenden Entwicklung, ihrer Auswirkungen und ihres Umgangs damit hinterher.

Eine fortschreitende Verbesserung der Technologie, beispielsweise durch die Miniaturisierung von Halbleiter-Technologien, scheint immer auch eine Ausweitung von Überwachung und Kontrolle mit sich zu bringen, die zunehmend vernetzt und automatisiert stattfindet. Künftige ubiquitäre (allgegenwärtige) Landschaften können daher eine vollständig andere Qualität an Kontrolle ergeben, die nur wenig mit düsteren Szenarien eines George Orwell gemein haben wird.

Videoüberwachung beispielsweise ist eine Technologie, die heute weitgehende Akzeptanz und Verbreitung gefunden hat. Noch aber wird diese meist nur zur lokal begrenzten Überwachung eingesetzt. Wenn darauf aufbauende Technologien, wie die einer automatischen Gesichtserkennung, erst ausreichend funktionstüchtig und vermarktbar werden, und wenn die einzelnen Kameras ihre Signale nicht mehr nur in lokale Überwachungszentralen übertragen, sondern vollständig automatisiert und miteinander vernetzt sind, wird dies nicht nur ein künftiger Bestandteil eines ubiquitären Netzes sein, sondern auch eine völlig neue Präsenz und Qualität an visueller Raumkontrolle ergeben.

Linke im digitalen Kleingartenverein

Gleichzeitig werden aber Komplexität und Reibungsverluste künftiger elektronischer Systeme und Netze zunehmen. So sollen geplante Überwachungsprojekte wie das als Teil eines "Kriegs gegen den Terror" angekündigte, US-amerikanische Projekt Terror Information Awareness (ursprünglich und ehrlicher Total Information Awareness genannt) als umfassende Sammlung von Informationen aufgebaut werden. Diese werden aber kaum einer scheinbaren "Terrorbekämpfung" dienlich sein, sofern dies überhaupt das eigentliche Ziel ist. Vielmehr werden ungeahnte Mengen an Daten produziert und mehr oder weniger intime bis sinnlose Details aus den Verhaltensweisen und Bewegungsmustern "unbeteiligter" Dritter angehäuft. Die so

entstehende Informationsmasse wird sich vermutlich allein auf Grund ihrer Größe und Komplexität einer vollständigen oder systematischen Auswertung entziehen. Nach dem 11. September wurde zum Beispiel bekannt, dass Informationen, die im Vorfeld auf einen bevorstehenden Anschlag hingedeutet haben, auf Grund unzureichender Auswertungskapazitäten nicht ausgewertet werden konnten und stattdessen ungelesen auf den Schreibtischen der US-amerikanischen Sicherheitsbehörden liegen blieben.

Die Entwicklung und Anwendung dieser Technologien dürften prinzipbedingt genügend Verwerfungen und Nebeneffekte in sich bergen, die neben einer Etablierung heterogener, kontrollgesellschaftlicher Strukturen immer auch die Möglichkeit eines Scheiterns dieser Strukturen beinhalten und andere, ungeplante, contraproduktive oder emanzipative Ansätze hervorbringen können. Entscheidend hierfür wird aber sein, wie auch bei der Etablierung bisheriger Medientechnologien, dass eine Aneignung außerhalb kommerzieller Verwertungsinteressen geschieht. Dies gilt auch auf die Gefahr hin (und mit dem Wissen davon), dass eine nicht-vorgegebene Nutzung oft in einer un/freiwilligen Optimierung oder Funktionserweiterung mündet, die von cleveren Teilen der Wirtschaft dankend verwertet werden kann.

Unter Aneignung wäre deshalb auch mehr zu verstehen, als eine, zumeist bedienungsanleitungs-konforme, manchmal eher kreative oder gar subversive Anwendung künftiger mobiler, ubiquitärer Gerätegenerationen. Stichworte hierfür wären die Beeinflussung und Etablierung offener Kommunikationsstandards und Netzstrukturen, eine Notwendigkeit, die sich hierfür schon heute ablesen lässt: Im Gegensatz zu den relativ heterogenen und transparenten Internet-Strukturen unterliegen beispielsweise die Mobiltelefon-Netze der strikten Kontrolle der betreibenden Telekommunikationsunternehmen. Jede Kommunikation, die über deren Strukturen läuft, ist von den darauf aufsetzenden, vorgegebenen Standards und Applikationen und somit von der Duldung durch die Netzbetreiber abhängig.

Eine solche Auseinandersetzung und Intervention findet heute kaum - und wenn dann oftmals nur in der Domäne der Computer-Nerds - statt. Der Rest hat sich mit seinem Mobiltelefon, der Nutzung von E-Mail und im besten Falle einer eigenen Homepage in den vielzähligen digitalen Kleingartenvereinen niedergelassen, um im Schatten virtueller Einkaufszentren und glänzender Flashsites ein zugebilligtes elektronisches Dasein zu führen. Eine Bedrohung durch eine allgegenwärtige, autonom agierende und sich verselbstständigende Informationstechnologie, wie sie sich aus der Vision eines "Immer-und-Überall-Netz" auch lesen lässt, wird weiterhin nicht das wirkliche Problem darstellen. Vielmehr wird es darum gehen, sich auch hier mit den gesellschaftlichen Machtstrukturen und der Art und Weise, wie sich diese in Räume und Strukturen einschreiben, auseinander zu setzen. Wenn künftig vom "öffentlichen Raum" und den dort stattfindenden Ein- und Ausschließungsprozessen gesprochen wird, müssen Entwicklung und Machtstrukturen der elektronischen Kommunikation mitgedacht werden, die verstärkt in diesem Feld wirksam werden.

Eine vermeintlich "interaktive", aber eigentlich passive Nutzung elektronischer Kommunikationsgeräte und Netze kann die weitere Entwicklung ebenso wenig beeinflussen, wie das paranoide Sammeln von Indizien, mit dem wieder einmal das Wahrwerden einer antiutopischen Zukunft bewiesen werden soll. Auch eine technophile Hoffnung der letzten Jahre, "Cyberspaces" wären spannende, autonome Orte, die völlig losgelöst vom "Real Life" existieren, ist kaum hilfreich. Wenn der Datenraum verstärkt den realen Raum durchdringt, werden dieses Strategien zwischen Ignoranz, Paranoia und Fetisch nicht mehr von Nutzen sein.

Ulf Treger

13. Die Stadt als Combat Zone. Das Buch Space//Troubles untersucht Überlebensstrategien in den Metropolen des Trikonts

Autor: Matthias Reichelt · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:11

Seit dem Ende des Ostblocks und dessen Auswirkungen auf postkoloniale Länder kann sich das neoliberale Projekt ungehindert weltweit ausbreiten und beeinflusst damit auch Wachstum und Struktur der Städte des armen Südens. In Bombay, das 1996 unter Einfluss der regierenden Hindupartei in Mumbai umbenannt wurde, wird die Textilindustrie massiv gegen die Wand gefahren. Das Kapital und seine Produktionsstätten wandern in das Umland ab, wo sie "idealere" Lohnbedingungen fern von gewerkschaftlicher Kontrolle erhalten. Damit wiederholen sich die gleichen Entwicklungen, die wir auch aus Europa kennen. Diese Prozesse haben Verarmung und Gettobildung zur Folge, während das Zentrum der Städte möglichst frei von sozialen Konflikten gehalten werden soll, da es gleichzeitig Machtzentrum ist, entsprechend des im Kolonialismus exportierten Stadtmodells europäischer Provenienz.

Das Konzept des "Good Governance" (Guten Regierens) geht auf den IWF zurück, dessen eigennütziges Bestreben eine Harmonisierung von Konflikten in den Metropolen des Trikonts vorsieht, um ideale Bedingungen für eine kapitalistische Prosperität zu schaffen. Kreditvergabe an Länder des Trikonts (aber auch an ehemalige sozialistische Länder) werden mit harten Bedingungen verknüpft, die sich vor allem auf Lohn- und Preispolitik, aber auch auf andere gesellschaftliche Sektoren wie Gesundheits- und Bildungswesen auswirken. Der Slogan "Good Governance" ist in dem von Jochen Becker und Stephan Lanz herausgegebenen Buch Space//Troubles. Jenseits des Guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und städtisches Leben Ausgangspunkt für eine kritische Untersuchung verschiedener metropolitaner Situationen: Wie organisiert sich Macht und Herrschaft und Gegenmacht in den Städten? Wie verhalten sich die Armen und Ausgebeuteten? Wie wirkt sich das internationale Kapital auf diese Städte aus? Welche Menschen sind marginalisiert und überleben mehr schlecht als recht in den Outskirts, den Barrios, den Armengettos mittels informeller Strukturen und Schattenökonomien?

Schlechte Zeiten für soziale AktivistInnen

Das 2002 in Berlin begonnene, auf zwei Jahre angelegte Projekt Ersatzstadt (siehe auch ak 471 vom 21.3.03) gliedert sich in viele Aktionen, Diskussionen, Theaterprojekte, Diavorträge und Work-Shops und mündet in die geplante Publikationsreihe metroZones . Im Berliner Verlag b_books ist vor kurzem dieser erste Band mit Beiträgen zu verschiedenen Städten des armen Südens (Bombay/Mumbai in Indien, Medellin in Kolumbien, Kampala in Uganda, Lagos in Nigeria, Sarajevo in Bosnien-Herzegowina) und Fotoessays erschienen.

Kritische BeobachterInnen der Entwicklung nach Ende der Systemkonfrontation wird es nicht verwundern, dass die Aufsätze des vorliegenden Bandes in ihren Analysen keineswegs hoffnungsvoll stimmen. Ansätze für eine demokratisch legitimierte Gegenmacht von unten in den entweder durch "Neue Kriege" (Mary Kaldor) heimgesuchten, oder von den Auswirkungen der völlig entfesselten Macht des Neoliberalismus gebeutelten Staaten sind kaum auszumachen. Die meisten informellen Strukturen sind entweder tribalistisch oder nationalistisch fundiert und basieren auf einer Abgrenzung bzw. Ausschluss des/der "Anderen". Die Übergänge zwischen Staat, organisierter Kriminalität und Gewalt sind fließend.

Raul Zelik beschreibt sehr plastisch die Situation von oppositionellen sozialen AktivistInnen in dem von Krieg zwischen Drogenkartellen, Paramilitärischer Kräfte und Armutskriminalität gezeichneten Kolumbien. Die Übermacht der in unterschiedlichen Koalitionen teilweise mit Hilfe von multinationalen Konzernen und Drogenbossen operierenden Banden scheint ungebrochen und der Kampf dagegen aussichtslos. In solch einer Situation nimmt sogar ein Drogenkartell in dem von ihm beherrschten Gebiet sozialregulative Funktionen ein und sorgt für die Eindämmung von Bandenkriminalität. Die Unterstützung kommunitärer Einrichtungen und Gewährleistung eines "sozialen Friedens" dient dem ungehinderten Wirken für die Koka-Produktion, der nicht wenige ihre Existenzabsicherung verdanken. Solche Züge sind durchaus mit der lokalen Mafia in Italien vergleichbar.

Die Verflechtung organisierter Kriminalität mit dem kolumbianischen Staat und der DEA (Drug Enforcement Agency) der USA führte zu einer Marktbereinigung und der Ausschaltung des Medellin-Kartells unter Pablo Escobar zu Gunsten des Cali-Kartells. Letztendlich war dies eine Restrukturierung des Drogenhandels. (Steven Soderbergh hat dieses Kapitel der US-Drogenpolitik in seinem Film Traffic aus dem Jahr 2000 thematisiert.) Zelik schlussfolgert: "In der organisierten Kriminalität werden die Ideen kapitalistischer Erneuerung geboren" und meint damit das Outsourcing von Dienstleistungen am Beispiel von Auftragsmorden an missliebiger Personen aus ökonomischen oder politischen Gründen. Das alles durchdringende Klima der Gewalt hat zur Folge, dass die Menschen, eingeschüchtert und verängstigt, möglichst unauffällig überleben wollen. Die Chancen für soziale AktivistInnen sind da denkbar schlecht und sie müssen sich in ihren Wohnvierteln ruhig verhalten und können nur in entfernteren Stadtvierteln Aktionen entfalten.

Über/Leben in den Armengettos

Juliane Eckert beschreibt das Wirken der militanten Hindu-Rechten und ihrer Organisation der Shivsena, die viele parastaatliche Dienste anbietet und eine breite informelle Struktur geschaffen hat, die bis zur Konfliktschlichtung und Gewaltbekämpfung geht, aber letztendlich radikal anti-muslimisch orientiert ist. Leider fehlt hier eine Einschätzung der Rolle von AktivistInnen wie z.B. Arundhati Roy, die sich international mit bemerkenswerten Aufsätzen und Kritik an Neokolonialismus und Imperialismus einen Namen gemacht hat.

Am Beispiel der ehemals funktionierenden multiethnischen Stadt Sarajevo, die infolge des mit dem Dayton-Vertrags von 1995 beendeten Kriegs heute quasi als internationales Protektorat existiert, zeigt Markus Bickel die verheerende Auswirkungen neonationalistischer Kriege. Die Abwesenheit von Krieg bedeutet hier keineswegs Frieden. Die zerstörte Infrastruktur und ökonomische Zukunftslosigkeit zwingt bis heute viele BewohnerInnen, darunter Angehörige der Intelligenz, sich in Belgrad Arbeit zu suchen. In einer politisch und ökonomisch völlig desolaten Situation muss sich die Bevölkerung mittels Grau- und Schwarzmarkt versorgen, während Jugendliche Identität und Heil in Drogen und fundamentalistischem Islam suchen. Eine Einschätzung zu den Ursachen für die plötzlichen "Erfolge" des militanten Nationalismus in Jugoslawien nach Tito lässt Bickels Bericht vermissen. In Nebensätzen verweist er nur auf den serbischen Nationalismus, als ob der allein die Ursache für die Kriege auf dem Balkan gewesen wäre.

Die Aufsätze dieses Buchs sind in ihren kenntnisreichen und detaillierten Analysen eine Bestätigung einer generellen und sehr deprimierenden Entwicklung, die Wolfgang Pohrt 1997 in seinem Buch Brothers in Crime. Menschen im Zeitalter ihrer Überflüssigkeit. Über die Herkunft von Gruppen, Cliquen, Banden, Rackets und Gangs (Edition Tiamat) diagnostizierte: "Wenn es zum Kampf kommt, kämpft keiner für Freiheit oder Sozialismus. Jeder kämpft gegen jeden, jeder kämpft für sich."

Matthias Reichelt

Jochen Becker/ Stephan Lanz (Hg.): Space//Troubles. Jenseits des Guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und städtisches Leben. 231 S., metroZones, b_books, Berlin 2003, 12 Euro

14. Kollektive Zerstreuung. Ligna experimentiert mit Formen der politischen Intervention (Interview)

Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:07

"Das freie Radio ist noch nicht erwacht. Es wird auch nie erwachen. Es träumt. Aber wir sind zu stark, an diesen Traum zu glauben. Wir haben die Sprache für den Traum freien Radios noch nicht gefunden. Zwar ist freies Radio schon heute ein möglicher Ort der Artikulation dieses Traums, (...), aber noch sind wir zu wach, noch glauben wir, dass wir in das Mikrofon sprechen. ‚Die ersten Weckreize vertiefen den Schlaf.` (W. Benjamin) Wir wollen schwach werden, von anderen Stimmen zu träumen. Wir werden träumen, dass uns das Mikrofon drängt, dass uns die vielen unbekannten Radiogeräte, in die das Mikrofon die Stimme ausstrahlt, drängen, zu fragen, wie die Artikulation der Traumsprache möglich werden wird. Wie klingt das Traumbild freien Radios?"

(Radio Sterne, Transmitter, 07.03)

Am 22. Juni fand im Leipziger Hauptbahnhof zum zweiten Mal "Lignas Radioballett" statt. Trotz des offiziellen Verbots der Bahn AG waren über 400 Menschen der Einladung zur "Übung im nichtbestimmungsgemäßen Verweilen" gefolgt. Die TeilnehmerInnen des Radioballetts, das über das Lokalradio übertragen wurde, sollten am Bahnhof Gesten machen, die normalerweise dort verboten sind, wie z.B. das Hinsetzen auf den Fußboden oder die "Bettelgeste", das Aufhalten der Hand. Eineinhalb Stunden lang dauerte diese Choreografie, in der die TeilnehmerInnen die Grauzone zwischen erlaubten und verbotenen Gesten erprobten. ak sprach mit Mitgliedern der Gruppe Ligna vom Freien Sender Kombinat (FSK) in Hamburg über das Radioballett und die Möglichkeiten linker Intervention im öffentlichen Raum.

ak: Was ist Lignas Radioballett?

Torsten Michaelsen: Das Radioballett hat bisher zwei Mal stattgefunden: in Hamburg und in Leipzig jeweils im Hauptbahnhof. Die Grundidee ist, dass das Radioballett eine Choreografie zur Verfügung stellt für Leute, die mit Radiogeräten diesen Raum infiltrieren. In dieser Choreografie geht es hauptsächlich um Gesten, die in diesem Raum Tabu sind. Das Radioballett reagiert darauf, dass Hauptbahnhöfe die Prototypen des kontrollierten Raumes sind. Seit 1991 gibt es am Hamburger Hauptbahnhof eine Hausordnung, der öffentliche Raum ist quasi privatisiert. Das heißt, dass bestimmte Menschen ausgeschlossen werden und mit ihnen auch bestimmte Praktiken. Das Radioballett will nun genau diese Handlungen als Gesten für die Dauer der Aktion zurückzubringen.

Ole Frahm: Der Trick beim Radioballett ist, dass es, weil es über das Radio ausgestrahlt wird, Menschen ermöglicht assoziiert, aber zerstreut zu handeln. Wir reagieren darauf, dass an diesem Ort jede Versammlung verboten ist. Andernfalls bräuchte man sehr entschlossene Leute, die dort als Masse eindringen. Aber das Radioballett funktioniert als Zerstreuung: Weil es nicht unter diesen Topos Versammlung fällt, unterläuft es die gängigen Formen politischer Auseinandersetzung.

Wie hat die Deutsche Bahn auf euer Anliegen reagiert?

T.M.: In Hamburg war die Strategie der Deutschen Bahn AG, die Aktion zu verbieten. Obwohl dort zunächst nur über E-Mails für das Ballett mobilisiert wurde, hat die Bahn vorher davon erfahren. Wir wurden daraufhin aufgefordert, das Radioballett zu unterlassen und sollten eine Unterlassungsverpflichtungserklärung unterschreiben. Bei Verstoß hätte das eine hohe Geldstrafe zur Folge gehabt. Wir haben es auf einen Rechtsstreit ankommen lassen, den wir vor dem Hamburger Landes- und Oberlandesgericht - zwei Tage vor der Aktion - gewonnen haben. Die Bahn hat sich mit dem Urteil abgefunden und ist nicht gegen die Aktion vorgegangen.

O.F.: Uns hat gewundert, dass die Bahn auch im Nachhinein nicht noch mal Druck gemacht hat bzw. in Revision gegangen ist. Die Bahn hat das Problem, dass sich die Kontrolle des Bahnhofs in einer rechtlichen Grauzone befindet. Die Hausordnung ist nicht komplett juristisch abgesichert. Spätestens in Leipzig, wo wir die Bahn ganz offiziell darüber informiert haben, dass wir ein Radioballett durchführen, erwarteten wir einen neuen Prozess. Das ist nicht passiert, sondern die Aktion wurde zwei Tage vorher verboten. Interessanter weise konnten wir das Radioballett trotzdem durchführen. Es kamen einfach genug Leute: vierhundert bis

fünfhundert. Ihr Verbot konnte die Bahn so einfach nicht durchsetzen, die Sicherheitsleute hätten an den vielen Eingängen des Bahnhofs nicht alle Leute nach Radiogeräten filzen können.

In dem Aufruf schreibt ihr, dass ihr mit dem Radioballett der "Zentralität der Überwachung durch Zerstreuung begegnen" wollt. Warum wählt ihr den Begriff der Zerstreuung im Gegensatz zu Demonstration?

O.F.: Der Begriff Zerstreuung kommt bei uns aus der Radiotheorie. Wir beschäftigen uns schon lange mit der Frage: Was bedeutet eigentlich die Zerstreuung der Stimme durch das Radio, auf die verschiedenen Geräte der HörerInnen? Normalerweise sitzen Leute zuhause und hören Radio. Weil sie nicht miteinander in Beziehung treten, bleibt der Zusammenschluss der HörerInnen untereinander erst mal sehr abstrakt. Durch das Radio wird aber eine Verbindung zwischen den Leuten hergestellt. Uns interessiert, diese Konstellation in den öffentlichen Raum zu bringen und politisch wirksam zu machen. Für den Zeitraum des Radioballetts entsteht eine Assoziation, ein temporäres Kollektiv. Die Aktion wäre nicht möglich, wenn nicht auch die anderen da wären. Wenn eine Person das Radioballett machen würde, würde man sie aus dem Bahnhof raus räumen. Aber dadurch, dass das Radioballett kollektiv, aber zerstreut stattfindet, ist es durchsetzbar.

Einerseits wollt ihr mit dem Radioballett einen Raum für unkontrollierte Situationen schaffen, zum anderen besteht aber das Ballett aus einer vorgegebenen Choreografie, in dem Sinne, dass über das Radio bestimmte Anweisungen gegeben werden, die die TeilnehmerInnen zu befolgen haben. Ist das nicht ein Widerspruch?

T.M.: Der entscheidende Unterschied ist, dass wir, die Initiatoren des Radioballetts, die Ausführung der Gesten nicht kontrollieren. Im Bahnhof wird durch die Videokontrolle Verhalten überwacht und sanktioniert. Wenn sich jemand nicht konform verhält, wird dafür gesorgt, dass er rausfliegt. Demgegenüber gehört zum Radioballett, dass nicht kontrolliert wird, wie die Vorschläge, die über das Radio gegeben werden, durchgeführt werden.

O.F.: Wir betonen, dass die Choreografie Vorschläge macht. Die Leute machen beim Radioballett auch mit - das habe ich schon von mehreren TeilnehmerInnen gehört - weil die Aktion einfach Spaß macht. Es ist für uns angenehm, dass die Teilnehmenden nicht denken: Oh, das ist jetzt Arbeit! Der Spaß entsteht sicher auf Grund der kollektiven Abweichung von der Normalität im kontrollierten Raum. Die Choreografie übt ja Gesten ein, die von der Norm abweichen und deshalb nicht völlig normiert werden können, wie z.B. selbstvergessen Tanzen: Da spielen wir ein Lied ein und jede/r findet genau seinen eigenen Ausdruck.

Viele Verbote am Bahnhof sind einem als solche gar nicht bewusst. Die Kontrolle hat sich beim Einzelnen so weit eingeschrieben, dass sie quasi unsichtbar wirkt.

T.M.: Ja, es gibt im Bahnhof relativ wenig Verbotsschilder, die Verbote wirken viel subtiler. Deshalb bezeichnen wir das Radioballett auch als Übungen. In Hamburg haben wir sie "Übungen im unnötigen Aufenthalt" genannt und in Leipzig "Übungen im nichtbestimmungsmäßigen Verweilen" - dies sind Begriffe aus der jeweiligen Hausordnung. Es war unsere Hoffnung, dass die Teilnehmenden des Radioballetts merken, dass es andere Gesten gibt, als die, die sie alltäglich im Bahnhof wahrnehmen oder selbst ausführen. In Leipzig haben wirklich auch Passanten mitgemacht, indem sie sich auf den Boden gesetzt oder sich eine Zigarette angezündet haben, was normalerweise ja sanktioniert wird. Durch das Radioballett wurde der Raum für solche Handlungen wieder geöffnet und wir hoffen natürlich, dass diese Erfahrung nicht sofort vergessen wird. Wir setzen auf die Erinnerung, dass hier mal etwas anderes möglich war.

In Hamburg fand das Radioballett auf Einladung der Kunsthalle statt. Auch andere Aktionen von euch liefen unter dem Label "Kunst". Ist das ein Schutzraum?

O.F.: Es bringt sicher gewisse Vorteile mit sich, im Kunstkontext zu arbeiten. Aber einen Raum, der die Politik unserer Arbeiten schützt, ist sie sicher nicht. Kunst erzeugt eine andere Aufmerksamkeit als rein politische Projekte bringen, aber sie ersetzt keinesfalls politische Aktionen. Die Einladung der Kunsthalle Hamburg hat uns den Rahmen gegeben, indem wir agieren konnten.

T.M.: Der Kunstkontext ermöglicht uns, über Räume genauer nachzudenken: Wie begibt man sich in einen bestimmten Raum? Wie ist ein Raum strukturiert? Welche Machtverhältnisse kreuzen sich in ihm? Es herrscht ein bestimmter Diskurs, an dem sich dann produktiv etwas entwickeln kann.

O.F.: Es verwunderte uns erst, dass Institutionen, wie das Hamburger Schauspielhaus, mit uns zusammen arbeiten wollen. Aber zum einen sind wir eine billige Arbeitskraft für diesen Kunstbetrieb und zum anderen

findet eine Aufwertung von Kultur durch Politik statt. Politik als Distinktionsgewinn. Das ist ein Problem. Daraus folgt nicht, dass wir diese Zusammenarbeit ablehnen, aber es muss immer wieder bedacht werden, wie weit so ein Rahmen auch entpolitisierend wirken kann. Ohne solche Einladungen wären die Umstände für Ligna-Aktionen tendenziell radikaler, aber die Einladungen sind für uns auch eine Ermöglichung bestimmter Aktionen. Wichtig ist zu reflektieren, was macht der Kunstrahmen möglich und was verhindert er?

Ihr seid Teil des Freien Sender Kombinats (FSK) in Hamburg. Während freies Radio größtenteils - böse formuliert - wie linksradikaler Bildungsfunk funktioniert, experimentiert ihr mit dem Medium. Was ist eure Kritik am freien Radio?

T.M.: Dass es wie linksradikaler Bildungsfunk funktioniert.

O.F.: In Hamburg kommen einige, die freies Radio machen, aus dem antiimperialistischen oder postoperaistischen Spektrum, sie machen in erster Linie Radio für ihre Community. Das Radio wird zur Identitätsmaschine, mit der man sich vergewissert, dass man auf der richtigen Seite steht. In dieser Radiopraxis werden die Gräuel der Welt selbstgerecht angeprangert - entsprechend ohne politische Folgen. Zwar ist es auch wichtig, über die Gräuel der Welt zu berichten, aber worüber Freies Radio nachdenken muss ist, um mit Brecht zu sprechen, wie man das Radio "folgenreich machen" kann, so dass es über das Erhalten des Status quo hinausgeht und organisierend wirkt? Gegenöffentlichkeit lässt sich ja beispielsweise auch herstellen, indem man Flyer druckt und verteilt. Was kann freies Radio demgegenüber ermöglichen? Wir wollen das Konzept Gegenöffentlichkeit nicht völlig verwerfen. Aber was uns interessiert, ist die Suche nach dem subversiven und spezifischen Potenzial des Mediums Radio, das die altlinke Selbstgefälligkeit sprengt - und in gesellschaftliche Situationen interveniert.

Wie müsste eine emanzipatorische Praxis freien Radios, die über den Status des reinen Aufklärungsfunk hinausgeht, aussehen?

T.M.: Eine Vorstellung davon, wie freies Radio sein könnte, kann sich nur über neue Praktiken entwickeln. Das muss nicht immer in Form des Radioballetts sein. Wir hatten zum Beispiel eine sogenannte Interventionsphase direkt vor dem Ballett in Hamburg und in Leipzig, in der es darum ging, dass Teams reportageartig mit Handys durch den Bahnhof liefen. Der Witz daran war, dass sie die Berichte gleich über Radios, die sie dabei hatten, ausgestrahlt haben. Damit wurden die Reportagen über den Raum wieder in den Raum rückgesendet. Das hatte den interessanten Effekt, dass dadurch der Raum verändert wurde: Leute, die sonst aus dem Bahnhof sofort rausfliegen, haben sich dem Team angeschlossen. Die Wachleute haben nicht interveniert, weil ihnen klar war, dass dies auch sofort im Radio gesendet werden würde. Ein Radio, dass eine Intervention in den öffentlichen Raum zu einer gängigen Praxis macht, wäre eine tolle Vorstellung. Das wäre wirklich ein Radio, das mehr kann, als immer nur über Vertreibung und rassistische Kontrollen zu berichten.

"Wie klingt" - und hier zitiere ich euch - "das Traumbild freien Radios"?

O.F.: Wichtig ist, dass der Traum freien Radios unheimlich bleibt. Die Unheimlichkeit kommt daher, dass es der Traum einer ganz anderen Welt ist. Und - so schreiben wir weiter in dem Text "Wie der Traum keine Ware ist, ist es möglich, dass der Traum freien Radios eine Welt ohne Eigentum und ohne Waren ist. Das aber wird uns wie eine gespenstische Welt erscheinen. Eine Welt ohne Herkunft, eine zerstreute Welt." Es geht darum, eine Welt ohne Warenförmigkeit zu denken. Die materialistische Welt, deren Gespenstigkeit in dem Wissen genossen werden kann, dass diese Welt keine Herkunft hat, also keinen Ursprung und kein Zentrum. Eine unkontrollierbare Welt - diese zerstreute Welt ist mit dem Radio zu denken, zu träumen.

Interview: Nicole Vrenegor

15. Der Irak vom Norden aus betrachtet. Eindrücke einer Reise im Juni 2003

Autor: Bernhard Winter / Harauki e.V. · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:19

In einem Copy-Shop im kurdischen Sulaimania sehen wir eine Fotomontage, die Saddam Hussein als Nonne darstellt. Sie ist unterschrieben mit: How western leftist see Saddam.

Bei keinem Besuch im Nordirak seit 1991 erlebten wir das allgemeine gesellschaftliche Klima so entspannt wie im Juni 2003. Hatte schon in den letzten Jahren die Anzahl der Bewaffneten auf Straßen und öffentlichen Plätzen abgenommen, so sieht man jetzt in Südkurdistan nur noch einzelne Bewaffnete vor Verwaltungsgebäuden oder Parteibüros. Noch etwas fällt auf. Im Gegensatz zu früheren Jahren kann man sich frei bewegen. Keine Warnungen mehr: "Dort solltet Ihr nicht hinfahren, die Straße wurde in den vergangenen Tagen vom irakischen Militär beschossen." Selbst auf der Fahrt von Baghdad in den Norden gibt es kaum Checkpoints. Dennoch möchten viele unserer kurdischen FreundInnen diese neugewonnene Freiheit kaum nutzen. Ein Besuch in den Gebieten unmittelbar jenseits der Demarkationslinie mag noch angehen. Baghdad möchten sie allerdings so bald wie möglich verlassen, in Mosul mit seinen vielen Baath-Anhängern würde man nie übernachten.

Während in den Teilen des Nordiraks, die seit 1991 unter kurdischer Kontrolle sind, die GIs kaum sichtbar in Erscheinung treten, haben sie sich weiter südlich entlang der Hauptstraßen in den Kasernen der irakischen Armee verschanzt. Eine ausgefeilte Transport- und Kommunikationstechnik ermöglicht rasche Truppenverschiebungen und somit ein ungemein bewegliches Besatzungsregime. Wir werden Zeugen, als bei einer spontanen Demonstration mehrerer hundert Kurden in Khanaquin die Szene innerhalb weniger Minuten von zwei Apache-Hubschraubern kontrolliert wird. Die militärische Variante des just in time.

Abwartende Zurückhaltung

Noch ein Unterschied fällt zum Sommer 1991 auf. Damals fanden sich überall Transparente "Thank You Mr. Bush". Die gibt es jetzt auch noch, allerdings nur vereinzelt. Auch die in Arbil auf einer hohen Brandmauer zusammen mit der kurdischen Flagge gemalten "stars and stripes" können diesen Eindruck nicht ändern.

Viele unserer GesprächspartnerInnen sind angetan von den militärischen Aktionen der US-Army während der Kriegstage. AnwohnerInnen eines in Trümmern liegenden Gebäudes des irakischen Geheimdienstes in Kirkuk erzählen bewundernd, wie exakt die drei Cruise-Missiles in das Gebäude flogen. In einer Nacht wurden die Stützpunkte der militant islamistischen Ansar-e-Islam in der nördlich von Halabja gelegenen Region Hawraman zerstört. Von dort hatte diese Gruppe die Bevölkerung in den umliegenden Gebieten über Jahre terrorisiert und regelrecht massakriert. Kurdische Verbände waren in dieser Zeit vergebens gegen diese in den Bergen verschanzten islamistischen Kämpfer vorgegangen. Diese Demonstration militärisch-technischer Macht hat in den Köpfen tiefe Spuren hinterlassen. Vielerorts werden zudem die Leistungen der Marines hervorgehoben. Für jemanden, der durch den Vietnamkrieg politisch sozialisiert wurde, eine harte Kost.

Diese Darstellungen US-amerikanischer Militärmacht werden umstandslos von Schilderungen über Betriebe und Lagerhallen, die bereits von kurdischen Verbänden gesichert waren und schließlich von US-amerikanischen Militärs zur Plünderung freigegeben wurden, abgelöst. Dies wird auch als eine Strategie gesehen, die ökonomischen Bindungen an Europa zu lockern. Der Wiederaufbau vollständig zerstörter Betriebe wird vollständig unter US-amerikanischer Regie erfolgen. Wenn man nur auf Ersatzteile angewiesen wäre, hätte man sich diese gegebenenfalls auch in Europa besorgen können.

Bei vielen unserer GesprächspartnerInnen fällt eine merkwürdige Zurückhaltung auf, wenn es um die politische Zukunft des Irak geht. Es scheint, als würden viele Menschen erst einmal abwarten, was die neue Situation für sie bringt. Ein ehemaliger irakischer Diplomat fasste die Stimmung treffend zusammen: "We have to wait and to see what our new masters will do."

Selbst bei politisch Interessierten spielt die Resolution 1483 des Weltsicherheitsrates vom 22.5.2003 in den Diskussionen keine wesentliche Rolle. In ihr wird die Kriegskoalition aus USA und Großbritannien als oberste Autorität des Irak anerkannt. Mit Zustimmung der ehemaligen Kriegsgegner Frankreich, Russland und Deutschland wurde den Koalitionären vollkommen freie Hand in der Gestaltung der politischen und

ökonomischen Beziehungen im Irak gelassen - nicht einmal eine Berichtspflicht an den Weltsicherheitsrat wurde in der Resolution festgeschrieben. Die UN ist im Irak nicht unbedingt gut angesehen, wird sie doch für die Sanktionspolitik und die z.T. mangelhafte Durchführung des "oil for food"-Programmes in den letzten Jahren verantwortlich gemacht. Dabei scheint zuweilen mehr der Sack als der Esel geschlagen zu werden, war es doch gerade die US-Regierung, die auf eine äußerst restriktive Handhabung der Sanktionen (z. B. auch bei medizinischen Gebrauchsgütern) drang und damit auch humanitäre Erleichterungen verhinderte.

Natürlich gibt es auch Widerstand gegen die Besatzungstruppen. Dennoch sind solche Pauschalbehauptungen wie "im Irak richtet sich der Hass mehr und mehr auf diese Besatzungstruppen" (W. Ullmann im Freitag 26/2003) zur Beschreibung der heutigen Situation vollkommen ungeeignet. Sie suggeriert einen allgemeinen Widerstand der Bevölkerung gegen die Besatzungsmacht, den es in dieser Form nicht gibt. Der bewaffnete Widerstand gegen die US-Army ist auf einige Teile Baghdads und einige wenige Städte wie Ramadi, Fallujah, Balad, Bagba, Hit und natürlich Tikrit beschränkt. Dies waren die Hochburgen des Baath-Regimes, dessen Klientel sich gegen den Verlust seiner Privilegien wehrt. Anscheinend erhalten sie dabei zunehmend Unterstützung von islamistischen Kräften. Nebenbei sei angemerkt, dass diese Attacken die US-Regierung politisch erheblich unter Druck setzen, sind doch fast täglich tote US-Soldaten zu vermelden. Dies scheint nicht ganz zu dem in Europa unter Linken häufig kolportierten Bild zu passen, dass die US-Administration einen unruhigen Irak benötigen, um ihre Anwesenheit dort zu rechtfertigen. Zumindest dürfte eine solche Strategie angesichts der Verluste nicht lange durchzuhalten sein.

Statt Hass, Trauer und Empörung

So ist momentan auch nicht der Hass auf die Besatzungstruppen gesellschaftlich vorherrschend, sondern ein Gefühl der Trauer und Erschöpfung, das einem vielerorts begegnet. Die tägliche Entdeckung von Massengräbern und geheimen Grabfeldern verschafft hunderttausenden IrakerInnen Gewissheit über das schreckliche Schicksal ihrer Angehörigen. Seit vielen Jahren kann erstmals offen über die Geschichte ihrer Familien und die erfahrene Repression gesprochen werden.

Nach drei Kriegen in den vergangenen zwei Jahrzehnten, nach 13 Jahren internationalen Wirtschaftssanktionen und nach dem Ende einer Diktatur, die für ihre Begünstigten das Letzte aus der Masse der Bevölkerung herauspresste, sind nicht nur die Städte und öffentliche Einrichtungen marode, sondern auch die Erschöpfung der zermürbten Menschen ist allenthalben zu spüren.

Diese Gefühlslage fördert zunächst keinen aktiven Widerstand gegen die ausländischen BesatzerInnen. Ganz im Gegenteil gibt es nicht wenige IrakerInnen, die befürchten, dass die Besatzungstruppen sich überstürzt zurückziehen könnten und sie einem Wiedererstarken der Baath-AnhängerInnen oder islamistischen Extremisten ausgesetzt wären. So ist es momentan vielen IrakerInnen relativ egal, wer die Erdölquellen kontrolliert. Elementare Sorgen um trinkbares Wasser, Strom, ausreichend Gas für den Herd oder um sichere Schulwege für die Kinder beherrschen den Alltag der meisten Menschen im Irak. So ist denn auch eine häufige Forderung an die Besatzungstruppen, die Sicherheit zu garantieren und den weit verbreiteten Banden Einhalt zu gebieten.

Die ungeheuren gesellschaftliche Verwerfungen, die das Baath-Regime hinterlassen hat, führen zu enormen sozialen Spannungen. Die von dem Regime in den neunziger Jahren forciert vorangetriebene Retribalisierung hat durch Delegation von Ordnungsfunktionen an die Stammesführungen zivilgesellschaftliche Strukturen zerstört. Dies führt dazu, dass viele gesellschaftliche Institutionen neu gedacht werden müssen. Die Stammesführer werden sich ihre wiedergewonnene Macht im zukünftigen Irak nicht einfach nehmen lassen. Als Folge der Kriege nach Außen und im Innern sowie der ständigen Repression ist es zu einer Verrohung im Alltag gekommen, wie sie sich in den Plünderungen von Krankenhäusern oder auch den zahlreichen Banden ausdrückt.

Enorme soziale Spannungen

Die im Rahmen der Arabisierungspolitik der nördlichen Erdölgebiete vertriebene turkmenische und kurdische Bevölkerung drängt auf eine rasche Rückkehr aus den Flüchtlingslagern in ihre angestammten Gebiete. Andererseits ist vielen neuangesiedelten AraberInnen die Rückkehr in den Süden versperrt. Der US-Administration gelingt es bisher noch mit Mühe mit Hilfe der kurischen Parteien den Deckel auf diesem Topf zu halten. Versprochen wird eine ausgleichende Lösung für beide Seiten. Die durch das Baath-Regime zu

verantwortende Ethnisierung des Konfliktes wurde in den letzten Jahren durch die massive einseitige Unterstützung der turkmenischen Minderheit seitens der türkischen Regierung angeheizt. Zumal diese das Recht beansprucht, im Bedarfsfall militärisch zu Gunsten der TurkmenInnen zu intervenieren und in den vergangenen Wochen mehrere Versuche unternahm, ihr genehme turkmenische Milizen zu bewaffnen. So ist es auch kein Wunder, dass in einigen Gebieten der Kampf um die kulturelle Hegemonie voll entbrannt ist. In Städten wie Tuz Khurmatu gibt es heftige Auseinandersetzungen, in welcher Sprache in der Schule unterrichtet und geprüft werden soll.

Eine Zukunft voller Unwägbarkeiten

Ein weiteres Erbe des Baath-Regimes und der Wirtschaftssanktionen ist der Niedergang des öffentlichen Sektors. Die Situation vieler öffentlicher Einrichtungen wie z.B. im Gesundheitswesen ist katastrophal. Vielen kranken Menschen war darüber hinaus durch die von der irakischen Regierung in den letzten Jahren betriebene rigorose Zuzahlungspolitik der Zugang dazu verschlossen. So waren denn auch die Gesundheitseinrichtungen neben der sanktionsbedingten mangelnden Versorgung mit medizinischen Geräten und Medikamenten von der gewinnorientierten Ökonomie im öffentlichen Sektor während der vergangenen Dekade besonders betroffen.

Diese Hinterlassenschaften bieten für die BesatzerInnen viel Sprengstoff und Unwägbarkeiten. Aktuell können sich die "neuen Herren" eine Atempause verschaffen, wenn sie sich bemühen, das Lebensniveau für die Masse der Bevölkerung ein wenig anzuheben. Angesichts der Ressourcen dieses Landes, die von ihnen vollständig kontrolliert werden, wäre dies sicherlich keine Herkulesarbeit. Dann aber müssen tragfähige politische Konzepte zur Lösung der immensen Probleme des Landes auf den Tisch kommen. Hier darf man weiterhin skeptisch sein, obwohl die US-Administration bisher bei weitem nicht alle prophezeiten Fehler begannen hat. Das trotzige Beharren des US-Präsidenten, notfalls längere Zeit im Land zu bleiben, wird unweigerlich auf Dauer zum Widerstand breiterer Bevölkerungsschichten führen. Aber auch dann würde der Irak kein zweites Vietnam mit einer antikolonial geprägten Bewegung. Für den heutigen Irak wäre eher ein islamistisch geprägter Terror wie in Algerien zu befürchten.

Diejenigen, die aus guten Gründen den Krieg abgelehnt haben, könnten sich jetzt in den Sessel zurücklehnen und den Ausgang des imperialen Abenteuers abwarten. Wem wäre damit gedient? Eine bessere Alternative für die Restlinke in Europa aber wäre es, sich mit emanzipatorischen Kräften im Irak auf eine Diskussion über diesen durchaus widersprüchlichen Prozess der Aufarbeitung der Verbrechen des Baath-Regimes im irakischen und internationalen Kontext und der Neugestaltung der irakischen Gesellschaft einzulassen. Vielleicht könnte sie auch das eine oder andere Projekt unterstützen, ohne dabei den Sozialdienst für die US-Administration zu spielen. Für die Zukunft könnte sie in diesem Prozess auch lernen Antikriegspositionen jenseits des Gutmenschen zu entwickeln, ohne die Realität zu verbiegen.

Bernhard Winter/ Haukari e.V.

16. Besatzerträume und widersprüchliche Realitäten. Eine Einschätzung zur Nachkriegsunordnung im Irak

Autor: Sabah Alnasseri · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:06

Die USA und Großbritannien haben den Krieg gegen den Irak nicht geführt, weil Hussein gefährlich war, über Massenvernichtungswaffen verfügte oder gar seine Nachbarstaaten bedrohte, sondern umgekehrt: weil er ein schwacher Gegner war. Nach dreizehn Jahren Embargo wussten die USA und Großbritannien sehr genau, dass das irakische Militär demoralisiert war, dass große Teile des Militärs und der privilegierten Schichten den Irak längst verlassen hatten und dass sie auf jeden Fall mit einen Sieg rechnen konnten.

Trotzdem gab es Unsicherheit über den Verlauf des Krieges. Dass das irakische Regime wie ein Kartenhaus zusammenbrechen würde, war zu erwarten. Aber das blitzschnelle Ende und die rasche Einnahme Bagdads lassen vermuten, dass es zum Deal zwischen den Besatzungsmächten und einer bestimmten Clique der führenden Schichten um Saddam Hussein gekommen war. Anders ließe sich kaum erklären, wieso u.a. die irakischen Truppen nach Norden befohlen und stationiert wurden, obwohl der Angriff aus Kuwait im Süden kam. Als den Schlächtern um Hussein klar wurde, dass sie alles verlieren würden, vor allem ihr Leben, ließen sie sich, so meine Vermutung, auf einen Kuhhandel mit dem US-Militär ein. Schließlich ist doch eigenartig, dass bis heute nicht nur keine Massenvernichtungsmittel, sondern vor allem keine "Massenvernichtungsmänner" gefunden worden sind. Statt dessen hat man nur harmlose Mitglieder des ehemaligen irakischen Regimes festgenommen.

So kam es auf der anderen Seite zum Bruch zwischen den führenden Schichten des Militärapparates und den jeweiligen Truppen und paramilitärischen Milizen. Letztere wurden allein gelassen, ohne Befehle, ohne Ordnung, ohne Logistik. Dadurch ist das rasche Ende des Krieges und die Anarchie und Wut unter den loyalen Truppen des Regimes zu erklären. Vor dem Hintergrund eines Bruchs zwischen führenden Militärs und privilegierten Schichten ist andererseits auch der "Widerstand", der in diesen Wochen von sunnitischer Seite aus erfolgt, zu verstehen. Diese wollen nun auf eigene Faust und mit eigenen Milizen versuchen, ihre Privilegien sowie ihr Eigentum zu sichern. Sie möchten sich als neue politische Kraft etablieren.

Doch wenn man genau hinschaut, sieht man, dass die Sicherheitslage nicht im gesamten Land angespannt ist, sondern nur in bestimmten Zentren, in denen die herrschenden Cliquen besonders gewirkt haben, z.B. in Tikrit, Falludscha, Ramadi oder in bestimmten reicheren Gegenden Bagdads. Im Süden und in Kurdistan ist eine ganz andere Situation, weil dort das ehemalige Regime weder kulturell noch ökonomisch verankert war. Es hatte dort keine soziale Basis. In dem Moment, in dem das Hussein-Regime kippte, boten sich vor allem im Süden lokale Kräfte an, die für eine gewisse Sicherheit sorgten.

Die Anschläge gegen die Ölanlagen und Pipelines deuten darüber hinaus darauf hin, dass das politische Vakuum im Irak auch radikale, meist nationalistische Kräfte anzieht, die mit einer Art Raub-Ökonomie versuchen, ihre Eigeninteressen zu verwirklichen.

UNO-Resolution 1483: Epochenbruch

Dass die Besatzungsmächte USA und Großbritannien keine Übergangsregierung zugelassen haben - entgegen ihres Versprechens gegenüber der ihnen loyalen konservativ-liberalen irakischen Opposition -, war die Voraussetzung dafür, sich selbst als Herr im Lande festzusetzen und die ökonomischen und politischen Angelegenheiten des Landes an sich zu reißen; abgesegnet durch die UNO-Resolution 1483 vom Mai 2003. Dies hat zu enormer Verstimmung sowohl innerhalb dieser Opposition als auch innerhalb der Mehrheit der irakischen Bevölkerung geführt, was zum Teil deren antiamerikanische Haltung stärkte und eine aggressive Stimmung anheizte.

Mit der Verabschiedung dieser amerikanisch-britischen Resolution zur Aufhebung des Embargos gegen den Irak hat die UNO nicht nur - wie schon im Zusammenhang mit Afghanistan und Kosovo - einen rechtswidrigen Krieg ex post legitimiert, sondern - und das ist neu - den Besatzungsstatus der Kriegsmächte anerkannt und diesen die Verantwortung für die politischen und ökonomischen Angelegenheiten eines peripheren Landes übertragen. Die diplomatischen Kriegsgegner BRD, Russland und Frankreich haben der Resolution übrigens zugestimmt, weil diese sich dadurch eine Legitimation zukünftiger eigener Interventionsbestrebungen erhoffen.

In diesem Sinne ist der Irakkrieg und die spezielle Nachkriegs(un)ordnung im Irak als Zäsur zu begreifen, die eine Serie von Interventionskriegen im Süden einleitet, deren Ziel die Demontierung peripherer Staaten und die Restrukturierung der dortigen Herrschaftsverhältnisse entsprechend der Interessen der Globalmächte ist.

Komplexe Machtverhältnisse im Nachkriegsirak

Doch die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse des Irak sind wesentlich komplizierter, als die Besatzungsmächte annahmen. Die Besatzungsmächte glaubten nämlich, dass die Baath-Partei im Irak das Sagen hätte und dass man nur den inneren Machtapparat um Saddam Hussein ausschalten müsste, damit der Staat normal funktionieren würde. Sie haben aber übersehen, dass es seit den 80er-Jahren de facto keine funktionierende Baath-Partei mehr gibt. Stattdessen wurde das Regime von Clans, Militärjunten, Funktionären und anderen Cliquen beherrscht. Und verschiedene dieser Clans sind nun dabei, paramilitärische Milizen aufzubauen, um ihre Besitztümer zu wahren. Deswegen haben mit Beginn der Bombardierung des Irak fast alle Staatsdiener ihre Ämter niedergelegt, so dass es zu einem Stopp in der Versorgung des Irak gekommen ist.

Natürlich empfinden die BewohnerInnen des Iraks das Ende des Regimes als Erleichterung, aber sie hegen auch keine Begeisterung für ihre neue Situation. Deshalb hat sich die Mehrheit der südirakischen Bevölkerung in der Tat abwartend verhalten, denn es war ihnen nicht von vornherein klar, was die USA beabsichtigten. Aber mittlerweile ist die Stimmung gekippt - nicht zuletzt deswegen, weil die verschiedenen schiitischen Parteien untereinander zerstritten sind und ihre Partikularinteressen verfolgen. Alle diese Gruppen versuchen, "die Schiiten" für sich zu gewinnen, erreichen damit aber nur eine Fraktionierung der Bevölkerung. Diese Fraktionierung ist von antiamerikanischer Stimmung begleitet. Und wenn es nicht in den nächsten Monaten zu einer Verbesserung der sozialen und ökonomischen Situation kommt, kann es hier zu flächendeckenden Übergriffen und Auseinandersetzungen kommen.

Es muss als ein Erfolg gewertet werden, was Teile der von den Besatzungsmächten anerkannten irakischen Opposition, genauer: die von den Besatzungsmächten ausgegrenzten Antikriegskräfte (meist linke Parteien) und die neu entstehenden politischen Kräfte (Koalition für die Rechte der irakischen Frau, Vereinigung der Arbeitslosen, Studentenvereinigungen etc.) in kürzester Zeit zustande gebracht haben. So ist es diesen Kräften gelungen, die Besatzungsmächte zu zwingen, viele von ihnen ernannte und konstituierte lokale und regionale Gremien wieder aufzulösen und durch demokratisch gewählte Gremien zu ersetzen. Außerdem konnte durchgesetzt werden, dass der von den Besatzungsmächten ursprünglich vorgesehene "Verwaltungsrat" ohne politische Befugnisse durch einen provisorischen Regierungsrat ersetzt wurde, der immerhin drei weibliche Mitglieder umfasst - und das, nachdem die "Frauenfrage" bis dato systematisch verdrängt worden war.

Kantonisierung oder Selbstorganisation

Man sollte diesen Erfolg jedoch nicht überbewerten, da er auch durch die Ratlosigkeit des Zivilverwalters Paul Bremer und die bis dato verfehlte Politik der USA im Nachkriegsirak bedingt war. Außerdem bleibt der Verwaltungsrat in vielerlei Hinsicht gehandikapt. Erstens hat er mehr beratende Funktionen, als er tatsächliche Entscheidungen treffen könnte. Diese trifft nach wie vor de facto Zivilverwalter Bremer mit seinem Vetorecht, das die vom Rat vorgebrachten Entscheidungen zunichte machen kann. Zum Zweiten sind in diesem 25-köpfigen Rat, dessen Mitglieder von Bremer ernannt wurden, hauptsächlich die Kriegsanhänger der irakischen Opposition vertreten (INC, DPK, PUK, SCIRI, Al-Dawa Partei, INA), was einen gewichtigen Teil der irakischen Opposition ausschließt. Drittens ist die dadurch geschaffene Konstellation weniger politisch als vielmehr ethnisch-religiös bestimmt, was fraktionierend auf die irakische Bevölkerung und auf den wie auch immer entstehenden Staat wirken muss: Die ethnisch-religiöse Zuteilung wird dadurch politisch zementiert und somit konfliktbeladen. Die Schiiten, als nominelle Mehrheit, sind durch 13 Mitglieder vertreten. Doch "der Schiit" ist keine politische Kategorie, viele Schiiten sind säkular eingestellt und misstrauen bestimmten schiitischen Führern. Die angebliche Repräsentation der Schiiten entpuppt sich so als eine Anerkennung einzelner schiitischer Führer durch die Besatzungsmächte: Klientalismus in Postkriegzeiten.

Die Errichtung eines islamischen Gottesstaates iranischer Prägung ist im Irak dennoch unwahrscheinlich. Zum einen gibt es nicht eine absolute Mehrheit der Schiiten wie im Iran, zum anderen stehen viele Schiiten politisch

nicht hinter den schiitischen Führern. Letztere selbst bekämpfen sich gegenseitig und sind politisch untereinander uneins. Wenn es zu Wahlen käme, würde keiner dieser Führer eine Mehrheit bekommen.

Es zeichnen sich dennoch zwei andere mögliche Tendenzen ab: Kantonisierung des oder Selbstorganisation im Irak. Zur ersten Option: Wenn die Besatzungsmächte es nicht in den nächsten ein bis zwei Jahren schaffen, eine einigermaßen funktionierende Zivilverwaltung sowie eine Verbesserung der ökonomischen und politischen Verhältnisse herzustellen, wenn es der Mehrheit der Menschen nicht ermöglicht wird, ihre eigenen politischen und ökonomischen Interessen zu artikulieren, wird es zu einer Fraktionierung des Irak kommen, zur Errichtung verschiedener Herrschaftszonen im Irak. Das kann z.B. bedeuten, dass Kurdistan seine Grenzen nach Süden korrigiert. Denn das einzige, was die Besatzungsmächte wollen, ist, den Irak von innen her kontrollieren, aber sie wissen nicht genau, wie.

Die zweite Möglichkeit wäre die Selbstorganisation der irakischen Bevölkerung. Wenn die IrakerInnen es schaffen, ihre eigenen Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Verbände etc. zu gründen und die alten, durch das Saddam-Regime zerstörten und staatlich vereinnahmten zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen zu reaktivieren, könnte das eine Basis sein, auf der in den nächsten Jahren eine neue politische Strukturierung des wie auch immer verwirklichten Staates entstehen könnte. Beide Möglichkeiten - die Kantonisierung sowie die Demokratisierung - sind Optionen für die Zukunft. Voraussetzung für die letztgenannte Option ist die Einbeziehung jener politischen Kräfte im Irak, die durch die Politik der Bush-Administration bislang systematisch ausgegrenzt werden: bestimmte konservative Parteien, KommunistInnen, SozialistInnen, BaathistInnen, die von Saddam verfolgt waren, basis-demokratische Kräfte etc. Durch diese Ausgrenzung reduziert man den Irak auf die Herrschaft kleinerer Cliquen und Eliten, die den Irak ohnehin schon seit 20 Jahren beherrschen. Und das wird die Mehrheit der Bevölkerung auf die Barrikaden bringen.

Sabah Alnasseri

17. Abgesang oder Neuanfang? Die Schwäche des palästinensischen Widerstandes im dritten Jahr der Intifada

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:05

Die aktuellen Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern im Rahmen der sogenannten Road Map unter Federführung der USA sind der Anfang eines auf drei Jahre angelegten politischen Prozesses, an dessen Ende die Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung im historischen Mandatsgebiet Palästina stehen soll. Die Erfolgsaussichten dieses Plans hängen nicht zuletzt davon ab, ob die Verhandlungsstrategie der neuen palästinensischen Regierung unter Premierminister Mahmoud Abbas in der palästinensischen Bevölkerung auf Akzeptanz stößt.

Seit Abschluss der Oslo-Verträge 1993 konkurrieren in der palästinensischen Gesellschaft drei Gruppen um die Macht. Unter Yassir Arafat übernahm die bis dato exilierte alte Garde der PLO-Mehrheitsfraktion Fatah das Kommando in der palästinensischen Autonomiebehörde. Die in den Jahren der israelischen Besatzung herangewachsene, ebenfalls von Fatah dominierte interne politische Führung fand sich in die unteren und mittleren Ränge der Sicherheitskräfte und der Administration abgedrängt oder vollständig marginalisiert. Arafat gründete seine Macht auf einem Netzwerk aus Patronage und Klientelismus. Forderungen nach Demokratisierung, Bürgerrechten und Transparenz, vorgetragen durch das - immerhin demokratisch gewählte - Parlament, diverse NGOs und Teile der Universitäten, beantwortete Arafat vor allem mit einem Ausbau seines Sicherheitsapparates. Die Repression richtete sich zuallererst gegen die islamistische Hamasbewegung als einziger relevanter palästinensischer Gruppierung, die sich dem politischen Rahmen des Oslo-Prozess verweigerte.

In der aus Aktivisten der ersten Intifada bestehenden internen Fatah-Führung (besser bekannt als "Tanzim") war es besonders der ehemalige AStA-Vorsitzende der Universität Birzeit, Marwan Barghouti, der sich als Sekretär des 1991 gegründeten Hohen Komitees der Fatah im Westjordanland für eine Demokratisierung der palästinensischen Institutionen einsetzte. Bis 1999 wurden unter Barghoutis Ägide in einem groß angelegten Prozess etwa 2.500 lokale Fatah-RepräsentantInnen gewählt. Ziel war die Einberufung eines Parteitages, welcher Neuwahlen der höchsten Fatah-Institutionen durchführen sollte. Das hätte den Einflusses der jüngeren internen Führung auf Kosten der Old-Boys-Networks gestärkt - der Parteitag fand jedoch nie statt. Die lokalen Fatah-RepräsentantInnen warfen der Administration vor allem eine schlechte Regierungsführung und nachgiebige Verhandlungstaktik gegenüber Israel vor, in der sie, ähnlich wie die versprengte linke PLO-Opposition und die Hamas, einen Ausverkauf palästinensischer Interessen sahen.

Fatah: Alte Garde gegen junge Militante

Mit dem Scheitern von Camp David im Sommer 2000 geriet Arafats Administration in eine schwere Legitimationskrise. Innerhalb der lokalen Fatah-Kader setzte sich der Ruf nach "zusätzlichen Mitteln" neben Verhandlungen durch. Darin spiegelt sich die Einschätzung der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung wider, Israel missbrauche den Oslo-Prozess letztlich für den weiteren Ausbau seines Kolonialregimes in den besetzten Gebieten. Nach Ausbruch der Intifada im Herbst 2000 entstanden in den Autonomiegebieten lokale und oft fraktionsübergreifende Milizen, die einen Guerillakrieg gegen Israel nach Vorbild der libanesischen Hizbollah begannen. Diese Milizen rekrutierten sich überwiegend aus Angehörigen der internen Fatah, viele der Kämpfer kamen aus den Reihen der palästinensischen Sicherheits- und Nachrichtendienste. Anders als die islamistische Fundamentalopposition richteten sich ihre Angriffe zunächst gegen israelische Armeeangehörige und jüdische SiedlerInnen in den besetzten Gebieten. Erst im Januar 2002 fand das erste ausschließlich von lokalen Fatah-Milizen durchgeführte Selbstmordattentat innerhalb Israels statt.

Viel wurde über die persönliche Verantwortung Arafats für die Militarisierung der zweiten Intifada geschrieben. Zwar steht die alte Garde der Fatah-Führer um Arafat dem bewaffneten Kampf schon seit langem skeptisch gegenüber und befürwortet, nicht zuletzt im Interesse des eigenen Machterhalts, Verhandlungen mit Israel als einzig realistische Strategie. Dennoch schien Arafat - nach den schlechten Erfahrungen mit der in seinen Augen einseitig pro-israelischen Haltung der US-amerikanischen Vermittler - die Intifada für eine

Internationalisierung des Nahostkonfliktes nutzen zu wollen. So gewährte er den Milizen unter der Hand weitgehende Handlungsfreiheit. Vermutlich hatte er auch gar nicht die Macht, sich gegen sie durchzusetzen. Als Arafat im Frühjahr 2001 unter internationalem und israelischem Druck einen Befehl zur Auflösung der Milizen und zur Rückkehr von Angehörigen der palästinensischen Polizei und Sicherheitskräfte in ihre Einheiten ausgab, lehnten die meisten Betroffenen ab und boten statt dessen ihr Ausscheiden aus dem Dienst der Autonomiebehörde an. (1)

Die Niederschlagung der Intifada durch die israelische Armee schwächte die BefürworterInnen von Verhandlungen oder Taktiken zivilen Ungehorsams unter den PalästinenserInnen weiter. Sie führte auch zu einer stärkeren Autonomie der Milizen, nicht nur gegenüber der Autonomiebehörde, sondern zunehmend auch gegenüber der Fatah selbst. Zwar gab es von Seiten der internen Fatah-Führung schon seit längerem Bestrebungen zur Bildung einer vereinten Führung der Intifada, in die neben den PLO-Fraktionen auch die islamistische Fundamentalopposition eingebunden sein sollte. Ziel war eine koordinierte palästinensische Strategie, welche militärische Aktionen mit einem Volksaufstand verbinden würde. Es gab diverse Versuche, eine Einstellung der verheerenden Selbstmordattentate innerhalb Israels zu erreichen und sich mit den Milizen über die Bedingungen einer Rückkehr zu politischen Verhandlungen mit Israel zu verständigen. Diese Bemühungen scheiterten nicht allein an den den ideologischen Spannungen zwischen den beteiligten Fraktionen, sie wurden auch regelmäßig durch die Ermordung prominenter Aktivisten aus Fatah und Hamas durch israelische Spezialkommandos torpediert. Spätestens seit Januar 2002, mit dem ersten Selbstmordattentat innerhalb Israels unter Regie der Al-Aksa-Märtyrer-Brigaden und zwei Monate später mit der israelischen Militäroffensive im Westjordanland, galt auch der Einfluss Barghoutis auf die Milizen als hinfällig. Im April vergangenen Jahres wurde Barghouti von einem israelischen Kommando gefangen genommen. Gegenwärtig wird er vor einem israelischen Zivilgericht des Massenmordes angeklagt.

Hamas profitiert von Arafats Schwächung

Die Option eines Guerillakrieges gegen einen militärisch hoch überlegenen Gegner erwies sich als katastrophale Fehleinschätzung. Die weitgehende Zerstörung der palästinensischen Autonomiebehörde durch die israelische Armee im Frühjahr 2002 und die erneute militärische Besetzung der palästinensischen Bevölkerungszentren bewirkten eine dramatische Schwächung der palästinensischen Institutionen. Während es in den Jahren des Oslo-Prozesses eine nationale Führung gab, wie unzureichend sie auch immer gewesen sein mag, gibt es ihrer nunmehr drei. Die alte Garde aus Arafats Autonomiebehörde versucht weiterhin, ihre eigene Haut zu retten, und hat sich unter internationalem Druck und nach ausgedehnten internen Machtkämpfen im April dieses Jahres auf institutionelle Reformen und ein neues Kabinett unter Premierminister Mahmoud Abbas geeinigt. Ihre einzige strategische Option besteht in der Erfüllung internationaler Forderungen nach internen Reformen und politischen Verhandlungen mit Israel entlang der Road Map. Sie ist damit in hohem Maße von der Bereitschaft der israelischen Regierung abhängig, diese ebenfalls umzusetzen und ihr durch versöhnliche Gesten wie die Freilassung palästinensischer Gefangener unter die Arme zu greifen. Die interne Fatah-Führung mit ihren Hauptforderungen nach Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 inklusive Ost-Jerusalem, einer Regelung der Flüchtlingsfrage sowie Demokratisierung, dürfte zwar weiterhin die Mehrheitsmeinung in den besetzten Gebieten widerspiegeln, doch sind die meisten ihrer Führungskader mittlerweile entweder tot oder in israelischen Gefängnissen. Ihre Option eines bewaffneten Volksaufstands hat sich fürs erste erledigt.

Ein "Staat" aus lauter Enklaven

Der bewaffnete Untergrund operiert spätestens seit Frühjahr 2002 weitgehend autonom. Er verbindet islamistische wie arabisch-nationalistische Tendenzen miteinander und setzt allein auf die Fortführung des bewaffneten Kampfes gegen Israel, inklusive der berüchtigten Selbstmordattentate innerhalb Israels. Auch diese Form des Kampfes zielt zunächst auf den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. Doch sind die revanchistischen Träume der Hamasführung und anderer Gruppen von einer "Rückkehr" auch ins israelische Kernland noch längst nicht ausgeträumt. Sie stellen ein erhebliches Störpotenzial auf dem Weg zu einem Kompromiss zwischen beiden Konfliktparteien dar. Die Hamasgruppen scheinen nach der Schwächung der palästinensischen Autonomiebehörde und der internen Fatah-Führung im Laufe der Intifada in manchen Gegenden der Westbank bereits Parität mit Fatah erreicht zu haben. Sie verfügen nicht nur über eine Widerstandsideologie, sondern auch über ein funktionierendes Netz aus sozialen und karitativen Institutionen, das im Gegensatz zur Autonomiebehörde die Bedürfnisse der Menschen auch erreicht. Die auf Drängen der

Autonomiebehörde seit einigen Wochen eingehaltene Waffenruhe ist von Seiten der Hamas lediglich als vorübergehende taktische Entscheidung zu sehen.

Diese drei Ansätze - Verhandlungen mit Israel, ein bewaffneter Volksaufstand verbunden mit einer Demokratisierung palästinensischer Institutionen, sowie der Guerillakrieg der Islamisten und anderer Milizen - schließen sich gegenseitig aus und schwächen den palästinensischen Widerstand insgesamt. Insbesondere die Taktik der Selbstmordattentate innerhalb Israels erwies sich als kontraproduktiv, indem sie zu einer Wagenburgmentalität in der israelischen Bevölkerung beitrug und die Zustimmung zu verstärkter Repression gegen die PalästinenserInnen wachsen ließ. Die Fragmentierung und Strategielosigkeit der palästinensischen Seite geben israelischen Regierungen bislang reichlich Gelegenheit, den Status Quo zu halten und auszubauen. So wortkarg sich etwa Ariel Sharon in Bezug auf den Umfang der von ihm angekündigten "schmerzhaften Kompromisse" gegenüber den PalästinenserInnen gibt, so deutlich sind die Tatsachen, welche derweil geschaffen werden. Die Umrisse der von Israel gegenwärtig mit großer Kraft vorangetriebenen Anti-Terror-Mauer um die palästinensischen Gebiete markieren eine Fläche von ca. 40% der Westbank, die in eine Vielzahl voneinander isolierter Enklaven zerfällt. Es besteht Grund zu der Annahme, dass dieser massive und millionenschwere Wall die von Sharon anvisierten Grenzen eines eventuellen Staates Palästina vorweg nimmt, der somit über keine territoriale Integrität verfügte und ökonomisch nicht überlebensfähig wäre. (2)

Nach Ansicht vieler PalästinenserInnen könnten allein demokratische Wahlen in den palästinensischen Gebieten auf lokaler und nationaler Ebene unter Einschluss aller relevanten politischen Akteure einen Ausweg aus der jetzigen Sackgasse bieten. Das Ergebnis eines solchen Prozesses läge demnach in einer demokratisch legitimierten nationalen Führung mit einer kohärenten politischen Strategie, deren Votum sich auch die Hamas nicht mehr entziehen könnte. Da jedoch weder Israel noch die USA einen Wahlprozess unterstützen würden, der Arafat weiterhin eine Rolle in der palästinensischen Politik einräumen und zu einer Integration der Islamisten in das politische System führen könnte, bleibt derweil lediglich die Hoffnung, dass die bislang beschlossenen Reformen der Autonomiebehörde und die Rückkehr zu parlamentarischer Arbeit trotz allem einen kleinen Fortschritt auf dem Weg zu einer Zukunft ohne Besatzung markieren.

Achim Rohde

Anmerkungen:

1) Graham Usher, Facing Defeat: The Intifada Two Years On, in: Journal of Palestine Studies 32/2 (Winter 2003), 21-40.

2) Gadi Algazi, Sharons Palästina. Vollendete Tatsachen im Schatten des Terrors, in: Le Monde Diplomatique, 11.7.03.

18. Meuterei im Einkaufszentrum: Sommerschlussverkauf auf Philippinisch

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:14

Am 27. Juli hatte ein schwerer Taifun gerade die Inseln verlassen, als eine Gruppe meuternder Militärs ein Einkaufzentrum in der philippinischen Hauptstadt Manila besetzten. Schon ein Tag später war alles vorbei. Die Meuterei kam der Regierung nicht nur deshalb sehr gelegen.

Die sonntäglichen EinkaufsbummlerInnen, darunter auch die australische Botschafterin Ruth Pierce, staunten nicht schlecht, als 200 bis 300 Soldaten der philippinischen Streitkräfte sich plötzlich in der mondänen Glorietta-Shopping-Mall und in einem nahe gelegenen Hotel verschanzten und dort knapp zwanzig Stunden lang ausharrten. "Wir wollen nicht die Macht ergreifen. Wir wollen nur unsere Unzufriedenheit mit der Regierung und den Kommandostrukturen in den Streitkräften demonstrieren", erklärte ein Sprecher beschwichtigend.

Nur einen Steinwurf von der Glorietta-Shopping-Mall entfernt liegt das Manila Intercontinental Hotel, wo sich während der Regentschaft von Präsidentin Corazon Aquino (1986-92) ähnliche Szenen abgespielt hatten. Damals hatten Anhänger des gestürzten Diktators Ferdinand Marcos mehrfach Attacken gegen die neue Regierung gewagt. Es wurde scharf geschossen, mehrere Dutzend Menschen starben. Letztlich war es der eigentlich starke Mann hinter Aquino, General Fidel Ramos, der mit US-amerikanischer Unterstützung für die neue Regierung die Kastanien aus dem Feuer holte.

Putschversuch oder Politposse

Ramos war unter Marcos Chef der Philippine Constabulary, die sich heute Philippine National Police nennt. In letzter Minute wandte er sich von seinem langjährigen Chef ab und stellte sich auf die Seite Aquinos, der Hoffnungsträgerin eines demokratischen Neubeginns. Unter ihr diente er zunächst als Generalstabschef, dann als Verteidigungsminister. Zur Belohnung für den Schutz Aquinos setzte sich die Präsidentin vehement für Ramos als ihren Nachfolger ein. Während seiner Amtszeit (1992-1998) bürgte Ramos immerhin für die Einheit des Militärs. Unter seinen NachfolgerInnen aber, dem ehemaligen Schauspieler Joseph Estrada und der seit Januar 2001 amtierenden Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, sind die philippinischen Sicherheitskräfte selbst zu einem Sicherheitsrisiko geworden. Statt Homogenität zeichnet sie politische Manipulierbarkeit aus. Das gilt erst recht in Zeiten des Vorwahlkampfs: Im Mai 2004 ist Präsidentschaftswahl.

Was also war die Meuterei in Manila? Ein Putschversuch oder eine Politposse mit militärischen Besetzung? Für die Regierung war es sofort klar: Sie sprach von Verschwörung, einem versuchten Staatsstreich von Kriminellen. Doch die Art, wie die Meuterei in Szene gesetzt wurde, wirft nach wie vor Fragen auf. Daran teilgenommen haben in erster Linie einfache Soldaten, die höchsten Dienstgrade waren gerade mal Leutnants und Hauptleute. Das Gros der Soldaten wurde 1994/1995 an der Philippinischen Militärakademie ausgebildet und danach in den unruhigen Süden des Landes verlegt. Dort, so Hauptmann Gerardo Gambala in einem öffentlich verlesenen Statement der Meuterer, stünden hochrangige Generäle hinter mehreren Bombenanschlägen, die sie dann der für Unabhängigkeit eintretenden Moro Islamischen Befreiungsfront in die Schuhe geschoben hätten, um zusätzliche US-Gelder für den "Kampf gegen den Terrorismus" zu erhalten.

Außerdem hätten Generäle mit den Entführern der Abu-Sayyaf-Gruppe auf der Insel Basilan im Süden der Philippinen nachweislich kooperiert - lukrativer Pfründe und regionalpolitischer Einflussnahme wegen, während die unteren Ränge der Armee für eben die "effektive Bekämpfung der Terroristen" gleichzeitig Kopf und Kragen riskierten. Schließlich sei den Mannschaften der ohnehin karge Sold häufig verspätet ausgezahlt worden, und ihre Unterkünfte seien miserabel gewesen. Der Vorwurf, dass hohe Armeeangehörige mit der Abu-Sayyaf-Gruppe kooperierten, ihnen Schmiergelder zahlten und Waffen lieferten, sind keineswegs neu. Er wird von mehreren ZeugInnen gestützt, die im Jahre 2001 vor Untersuchungsausschüssen des philippinischen Senats und des Abgeordnetenhauses aussagten. Geschehen ist in dieser Sache bis heute nichts.

Wer den Meuterern letztlich die Logistik und eine solche Plattform verschaffte, bleibt noch im Dunkeln. Brigadegeneral Victor Corpus, der Chef des Sicherheitsdienstes der Streitkräfte, behauptet etwa, Getreue des wegen Korruption noch immer im Gefängnis einsitzenden ehemaligen Präsidenten Joseph Estrada seien die

Drahtzieher. Tatsache aber ist, dass die Meuterei von einem veritablen Desaster ablenkt und den Spitzen von Armee und Polizei äußerst gelegen kommt: Am 14. Juli war nämlich dem indonesischen Staatsbürger Fathur Rohman al-Ghozi und seinen beiden Abu-Sayyaf-Komplizen, dem "Chef-Bomber der Abu Sayyaf", Abdulmukim Ong Edris, und Omar Opik Lasal die spektakuläre Flucht ausgerechnet aus dem Polizei-Hauptquartier geglückt. Al-Ghozi gilt in Manila und Washington als gefährlicher "Terrorist und Bombenleger", dem neben engen Kontakten zur Abu-Sayyaf-Gruppe auch Verbindungen zu der in Südostasien operierenden panislamistischen Bewegung Jemaah Islamiya nachgesagt werden.

Veritables Desaster im Anti-Terror-Kampf

Peinlich ist diese Affäre auch deshalb, weil Präsidentin Arroyo nicht nur die engste südostasiatische Verbündete der US-Regierung ist, sondern Washington ihr für den "entschlossenen Kampf gegen den Terror" erst kürzlich 360 Millionen US-Dollar an Militär- und Sicherheitshilfe in Aussicht stellte. Als "zweite Front im Kampf gegen den weltweiten Terror" und trotz massiven Einsatzes US-amerikanischer SoldatInnen im Lande ist es der philippinischen Regierung nicht geglückt, den häufig vollmundig verkündeten, bislang aber ausgebliebenen "Endsieg" über die Abu Sayyaf zu vermelden. Die Regierung stand - besonders den Verbündeten in Washington gegenüber - unter großem Erfolgszwang. Da kamen gute Nachrichten wie diejenige einer vereitelten Meuterei sehr gelegen.

Rainer Werning

19. Wahlschlappe für Regierungspartei in Mexiko. Ehemalige Staatspartei PRI und Linksopposition legen zu

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:22

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Mexiko am 6. Juli musste die regierende konservative Partei der Nationalen Aktion (PAN) eine schwere Niederlage hinnehmen. Sie verlor im Vergleich zu den Wahlen des Jahres 2000 mehr als ein Viertel ihrer Stimmen und wird im neuen, 500 Sitze umfassenden Abgeordnetenhaus nur noch mit etwa 150 Abgeordneten statt bisher 203 vertreten sein.

Im Jahr 2000 war es der PAN gelungen, ihren Kandidaten, den ehemaligen Coca-Cola-Manager Vicente Fox, zum Präsidenten wählen zu lassen. Doch die von Fox und der PAN versprochenen Veränderungen nach 71 Jahren Regierungszeit der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) traten praktisch nicht ein. Fox und die PAN erlitten einen massiven Vertrauensverlust. Auf die Enttäuschung bezüglich des ausgebliebenen Wechsels ist auch die sensationell niedrige Wahlbeteiligung von nur 41 Prozent zurückzuführen.

Zwar hatte Präsident Fox in den vergangenen Monaten sein Ansehen in der Bevölkerung wieder steigern können: durch seine Ablehnung des Irak-Krieges und durch seine Zurückweisung der von den USA vorgeschlagenen Öffnung des nationalen Erdölsektors für Privatisierungen als Gegenleistung zu einem Migrationsabkommen mit den USA. Das Ansehen der Regierungspartei PAN blieb gleichwohl im Keller.

Zu den großen Gewinnern der Wahlen gehören die ehemalige Regierungspartei PRI und die linksoppositionelle Partei der demokratischen Revolution (PRD). Die PRI erzielte 34,4 Prozent der Stimmen und steigerte die Anzahl ihrer Abgeordneten von 207 auf etwa 225, während die PRD die Anzahl ihrer Abgeordneten von 52 auf etwa 100 nahezu verdoppeln konnte.

Die PRI trat zu den aktuellen Wahlen in Koalition mit der Grünen Partei (PVEM) an, die sich faktisch im Besitz einer einzigen Familie befindet. Diese investiert die Einnahmen ihres Betriebs "Grüne Partei" in eine Apothekenkette, vertritt kaum politische Positionen, und ihre Vertreter glänzen im Abgeordnetenhaus vorwiegend durch Abwesenheit. Dennoch brachten ihnen ihr Name und ihre Versprechungen, Stipendien, eine allgemeine Krankenversicherung und Eigenheimförderungen einzuführen, stattliche 6,2 Prozent der Stimmen ein.

Auch bei den gleichzeitig stattfindenden Gouverneurs- und Lokalwahlen in sechs Bundesstaaten schnitt die PRI sehr gut ab und gewann in vier Bundesstaaten - darunter auch der an Bevölkerung zweitgrößte mexikanische Bundesstaat Nuevo León, der bisher von der PAN regiert wurde. Die PAN setzte sich lediglich in zwei Bundesstaaten durch.

Die Hochburg der "linken" PRD, die im Gegensatz zur PRI nicht über einen landesweiten, für Wahlkampagnen mobilisierungsfähigen Parteiapparat verfügt, liegt in Mexiko Stadt. Dort erlangte sie die absolute Mehrheit, erzielte 35 der 40 Direktmandate der gleichzeitig stattfindenden Wahlen zur Stadtversammlung und wird 14 der insgesamt 16 Stadtbezirke regieren, statt bisher zehn.

Die große Popularität der PRD in der Hauptstadt ist vor allem dem PRD-Bürgermeister Andrés López Obrador zu verdanken. Die drei wesentlichen Säulen seiner Stadtverwaltung bestehen aus großen Bauprojekten, einer repressiven Polizeistrategie und der finanziellen Förderung armer RentnerInnen. Seine Politik hat zwar dazu geführt, dass die PRD die Stimmen vieler Linken verloren hat und in Konflikt mit zahlreichen sozialen Bewegungen getreten ist - doch die Herzen der oft beschworenen "Mitte" gewann sie im Sturm. López Obrador führte für etwa 250.000 mittellose RentnerInnen eine Grundversorgung von umgerechnet etwa 50 Euro ein und ermöglichte ihnen, gratis die U-Bahn zu nutzen. López Obrador verkündete für Mexiko Stadt aber auch das Konzept "Null-Toleranz", die Polizeipräsenz im Stadtgebiet wurde massiv aufgestockt. Konsequenterweise engagierte man zudem den Paten der Null-Toleranz, den ehemaligen New-Yorker Bürgermeister Rudolph W. Giuliani, als Berater der Stadtverwaltung. In Verbund mit dem reichsten Mann Mexikos, dem zwielichtigen Unternehmer Carlos Slim, wird die gesamte Altstadt modernisiert und businesskompatibel hergerichtet. Bereits

60 historische Gebäude sind in den Besitz des Multimillionärs übergegangen, der die Altstadt in eine börsenquotierte Aktiengesellschaft umwandeln will.

Doch das ambitionierteste Vorhaben von Obradors Verwaltung ist die aktuell im Bau befindliche zweite Ebene der Stadtautobahn. Verkehrstechnisch ist der Bau höchst umstritten: Um das Verkehrsvolumen der in Stau und Smog erstickenden Stadt zu reduzieren, wäre ein verstärkter Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs notwendig. Doch der Bau ist wohl eine Zukunftsinvestition in Sachen Präsidentschaftswahlen 2006, bei denen López Obrador voraussichtlich im Namen der PRD kandidieren wird.

Dario Azzellini

20. Sommer ohne Theater. Raffarins "Sozialreformen" bleiben umkämpft

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:32

Während das Widerstandsfestival auf dem Larzac, einem Hochplateau im südlichen Zentralmassiv, laut Le Monde "DIE politische Tribüne dieses Sommers gegen die Reformen der Regierung" darstellt, sind anderen Ortes die meisten sozialen Proteste ferienbedingt unterbrochen. Eine Ausnahme bilden die Aktionen von Kulturschaffenden, die zur Absage diverser prestigeträchtiger Veranstaltungen führten.

Vor genau 30 Jahren erlebte der Widerstand gegen die geplante Errichtung eines Riesen-Testgeländes der französischen Armee auf dem Larzac-Plateau im südlichen Zentralmassiv seinen ersten Höhepunkt, mit einer riesigen Demonstration auf dem verkarsteten Hochplateau. In der konservativ und katholisch geprägten Region lernten sich widerständige Bauern, städtische Intellektuelle, Linksradikale, Hippies und auch GewerkschafterInnen aus der Industrie kennen und schätzen. Die Landwirte des Larzac machten sich mit Formen kollektiver Bewirtschaftung des Bodens vertraut. Einiges von diesen kollektiven "Experimenten" ist bis heute übrig geblieben.

Rente später, dafür weniger

Nicht wenige junge Linke aus den Städten ließen sich damals auf dem Larzac nieder und versuchten sich in der Schafzucht. Einer von ihnen war ein Philosophiestudent aus Bordeaux und Sohn eines prominenten Genforschers: ein gewisser José Bové. Er wurde später Sprecher für internationale Kontakte der linksalternativen Bauerngewerkschaft Confédération paysanne, die viel von ihrer Mobilisierungsfähigkeit aus der Larzac-Erfahrung schöpft. Am 1. August wurde er vom Haftrichter am Revisionsgericht von Montpellier (unter Auflagen) vorzeitig aus der Haft entlassen, wo er eigentlich bis Dezember 2003 hätte sitzen sollen. Bové war im Februar dieses Jahres letztinstanzlich zu zehn Monaten Haft verurteilt worden. Denn drei Jahre zuvor hatte er, zusammen mit indischen Bauern, die auf einer Europa-Solidaritätstournee gegen die Praktiken des Agro-Multikonzerns Monsanto unterwegs waren, bei Montpellier genmanipulierte Reissetzlinge ausgerissen.

Speerspitze des Widerstandes sind derzeit die streikenden Kulturschaffenden und die (bis zum Beginn der Sommerferien vor gut einem Monat) ebenfalls ausständischen LehrerInnen. Am 10. Juli wurde bekannt gegeben, dass alle größeren Kulturfestivals dieses Sommers streikbedingt ausfallen würden, auch das prestigeträchtige Theaterfestival von Avignon, das Opernfestival von Aix-en-Provence und die Musikfestspiele "Les Francofolies" in La Rochelle. Die französische Kulturwelt ist im Aufruhr.

Die Protestierenden haben sich zugleich explizit zum Ziel gesetzt, den gesamten Sommer über die Protestflamme am Flackern zu halten - nachdem die LehrerInnen am 1. Juli für zwei Monate in den Urlaub geschickt wurden.

Es handelt sich in der Regel um diskontinuierlich beschäftigte Kulturschaffende, etwa SchauspielerInnen, aber auch Bühnenbauer und Toningenieurinnen, die bisher zwischen zwei Aufführungen aus der Arbeitslosenkasse alimentiert wurden. Im Laufe der 90er Jahre wurden diese Sonderregeln auf 100.000 Personen ausgedehnt, gegenüber 50.000 im Jahr 1991 - die Arbeitgeber machten sich die Existenz dieser Unterstützungsmöglichkeit zu Nutze, um möglichst viele dauerhafte in befristete Arbeitsplätze zu verwandeln. Daher rührt ein Fehlbetrag in der Arbeitslosenkasse, der in den letzten Jahren gewachsen ist. Deswegen soll diese Unterstützung jetzt drastisch reduziert werden - allein auf Kosten der abhängig Beschäftigten.

Ein Drittel der Kulturschaffenden wird, durch die Verschärfung der Aufnahmekonditionen, aus der Unterstützung herausfallen - nach einem Abkommen, das am 27. Juni zwischen dem Arbeitgeberverband MEDEF und drei rechten Minderheitengewerkschaften unterzeichnet wurde. Das sind die sozialliberale CFDT, die katholische CFTC und die Gewerkschaft von leitenden Angestellten CGC.

Seit den letzten Junitagen häufen sich daher die Besetzungs- und medienwirksamen Protestaktionen. Aufführungen und Kulturfestivals mussten abgesagt werden, Kulturschaffende lieferten sich Katz- und Mausspiele mit der Polizei oder deckten den Hauptsitz der CFDT am 1. Juli mit überreifen Früchten und Gemüse ein. Sogar die Tour de France wurde bei einer symbolträchtigen Aktion kurzzeitig blockiert.

Nichtsdestotrotz hat die Regierung am 5. August definitiv bekräftigt, dass sie dem "sozialpartnerschaftlichen" Abkommen Rechtsgeltung verschaffen will. Die Mobilisierung der protestierenden Kulturschaffenden hält bisher ungebrochen an; diese haben sich Koordinierungsstrukturen geschaffen, die derzeit in 28 Regionen und Gebieten existieren.

Bereits im Mai und Juni 2003 hatte Frankreich heftige soziale Konflikte erlebt. Bis zu zwei Millionen Menschen - Busfahrerinnen und Lehrer, Krankenschwestern, Ministerialangestellte und Straßenreiniger - demonstrierten zur gleichen Stunde im ganzen Land; insgesamt waren es vor allem öffentlich Bedienstete, aber dazwischen traf man auch auf Renault-Beschäftigte oder Metallarbeiter. Den größten Anteil an der Streikwelle aber hatten die Schulen.

Ursache für den Protest, den Anfang Juni nach übereinstimmenden Umfragen verschiedener Institute an die 65 Prozent der Französinnen und Franzosen (im Prinzip) unterstützten, war die regressive "Reform" des Rentensystems. Wie es den Beschlüssen des EU-Gipfels von Barcelona im März 2002 entspricht, soll die Lebensarbeitszeit um bis zu fünf Jahre verlängert werden. Dadurch wird nicht unbedingt die Dauer der Erwerbstätigkeit wachsen, da viele Unternehmen der Privatwirtschaft ohnehin die Beschäftigten ab 50 oder 55 entlassen oder in Frührente schicken. Wohl aber werden die Rentenansprüche durch fehlende Beitragszeiten sinken. Gleichzeitig soll die Höhe der ausgezahlten Pensionen (auch bei vollem Anspruch!) abgesenkt werden, nach Ankündigung von Arbeits- und Sozialminister François Fillon um bis zu 11 Prozent. Auch in Frankreich sollen die Lohnabhängen auf diesem Wege dazu veranlasst werden, sich per Kapitalanlage in börsennotierten Rentenfonds oder in betrieblichen Sparfonds privat abzusichern. Die entsprechende Gesetzesvorlage der neokonservativen Raffarin-Regierung wurde, anlässlich einer sommerlichen Sondersitzung des Parlaments, am 24. Juli definitiv von Nationalversammlung und Senat verabschiedet.

Zwar hat sich auch unter dem Eindruck der sozialen Krise, die ab 1974 mit dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit begann und die Gewerkschaften erheblich geschwächt hat, ein Mechanismus sozialer Interessenvertretung erhalten, der stärker auf Konfrontation denn auf Vermittlungstätigkeit der Apparate fußt.

Gewerkschaften gespalten

Dennoch spielte auch die CGT, jedenfalls ihr Apparat, die meiste Zeit über eher den Bremsklotz für die soziale Bewegung. So weigerte sich der CGT-Apparat während des gesamten Ausstands im Mai und Juni 2003, die bis dahin nicht beteiligten Beschäftigten zum Generalstreik aufzurufen, wie dies vielfach aus der sozialen Bewegung heraus gefordert wurde. Schlimmer und von nachhaltiger Wirkung: Es war die Taktik der CGT, welche die Streikwelle in eine lose Folge auseinander gerissener "Aktionstage" (zirka alle fünf bis sieben Tage) verwandelte. Zwar blieb eine bedeutende Minderheit von Beschäftigten, vor allem in den Schulen, auch zwischen den durch die CGT ausgerufenen "Aktionstagen" im Streik. Aber vor allem im strategisch besonders wichtigen Transportsektor verhinderte die CGT eine durchschlagende Wirkung des Ausstands.

Diese, durch die CGT gelassene "Lücke" nutzte eine eigentlich weiter rechts stehende Gewerkschaftsorganisation aus: die "unpolitisch"-reformistische Dachorganisation Force Ouvrière (FO), deren Generalsekretär Marc Blondel am 12. Juni in Marseille zum "generalisierten Streik" aufrief - allerdings in dem Wissen, dass es zu diesem Zeitpunkt ohnehin zu spät war: Die LehrerInnen standen kurz vor dem Schuljahresende, und Frankreich kurz vor den Sommerferien, während derer das politische Leben in Paris weitgehend zum Erliegen kommt.

Die ehemals linkssozialistisch geprägte CFDT dagegen, die heute rechtssozialdemokratisch und (in ihrem Funktionärskader) ideologisch neoliberal ausgerichtet ist, unterstützte quasi von Anfang an die "Reform" der konservativen Regierung. Allerdings hat ihr dies intern jede Menge Ärger eingehandelt. KritikerInnen erwarten, das der Dachverband mittelfristig mit dem Verlust von 100.000 bis 150.000 Mitgliedern (von insgesamt 600.000) zu rechnen hat.

Im Bildungswesen, das zwischen April und Juni dieses Jahres den am stärksten vom Streik betroffenen Sektor bildete, war neben der Renten"reform" die so genannte Dezentralisierung der Stein des Anstoßes. Schon im März traten die LehrerInnen im Großraum Bordeaux und im Département Seine-Saint-Denis (einem Bezirk, der die nördlichen Pariser Trabantenstädte umfasst) in den Ausstand.

Bei der von der Regierung betriebenen "Dezentralisierung" im Bildungswesen ging es im Wesentlichen darum, dass der Zentralstaat nicht mehr länger der Arbeitgeber des nicht unterrichtenden Schulpersonals sein sollte. Das betraf rund 100.000 Angestellte des staatlichen Bildungswesens: Schulärztinnen, Krankenschwestern, Psychologen und andere Betreuer, Orientierungsberaterinnen, aber auch Hausmeister und Wartungsarbeiter. Sie sollten künftig durch die 22 französischen Regionen oder die 100 Départements bezahlt werden. Infolge der massiven Proteste hat die Regierung jedoch das Maßnahmenpaket aufgetrennt: Das technische Personal etwa 90.000 Beschäftigte sind betroffen - soll auch weiterhin ab diesem Herbst "transferiert" werden, während die rund 10.000 MedizinerInnen und PsychologInnen auch weiterhin vom Zentralstaat angestellt bleiben.

Die unmittelbare Hauptsorge der Regierung dabei war finanzieller Art: Die entsprechenden Kosten würden damit nicht mehr als Ausgaben des Zentralstaats erscheinen (und somit auch nicht in die Berechnung der Staatsverschuldung einfließen, wenn es um die Einhaltung der Maastricht-Kriterien geht). Hinzu kommt das Steuerwesen im Zentralstaat und den Regionen bzw. Kommunen unterschiedliche Steuersystem: Die staatliche Besteuerung ist progressiv, d.h. am Einkommen orientiert. Dagegen ist die lokale und regionale Besteuerung vom Einkommen gänzlich unabhängig, wie bzw. die Wohnraumsteuer, die von der Kommune erhoben wird. Damit würden sich die Steuerlasten auf Kosten der ärmeren Bevölkerungsteile verschieben.

Die Dezentralisierung wurde von Premierminister Jean-Pierre Raffarin zum zentralen Projekt der regierenden Rechten für die laufende Legislaturperiode (2002 bis 2007) erhoben. Das wäre zugleich ein Abschied von der jakobinischen bzw. postjakobinischen Staatsorganisation, die von der bürgerlichen Revolution ererbt wurde und das Versprechen der Gleichheit aller BürgerInnen (vor dem Gesetz und gegenüber den sozialen Belastungen) enthielt. Dass viele Französinnen und Franzosen daran festhalten, hat nichts mit Staatsfetischismus zu tun, sondern eher mit der Idee, dass die Verlagerung von politischer Herrschaft auf eine "dezentrale" Ebene zur Zersplitterung sozialer Widerstände führen würde.

LehrerInnen gehen voran

Da die 22 französischen Regionen zugleich sehr unterschiedlich reich bzw. arm sind, müssen die Betroffenen befürchten, künftig von der Finanzkraft der jeweiligen Gebietskörperschaft abhängig zu sein. Nicht zufällig gehörten die Lehrkräfte im Département Seine-Saint-Denis zu denen, die als Erste den sozialen Protest eröffneten. Die hier liegenden Trabantenorte der französischen Hauptstadt sind besonders stark von Verarmung, sozialer Perspektivlosigkeit und alltäglicher Gewalt, mancherorts auch von Ghettoisierung der Einwandererbevölkerung geprägt. Damit ging eine spürbare Zerrüttung der schulischen Arbeitsbedingungen einher. Im Frühjahr 1998 hatten die LehrerInnen dieses Départements bereits einen mehrwöchigen Streik geführt; damals konnten sie die zusätzliche Einstellung von 3.000 Lehrkräften in ihrem Département erreichen.

Nunmehr, fünf Jahre später, fürchteten sie die Zerstörung des damals Erreichten. Seine-Saint-Denis stellte sich deswegen schon Ende März an die Spitze der Proteste. Ein bemerkenswertes Bündnis, bestehend aus der größten (und historisch eher KP-nahen) Lehrergewerkschaft FSU, den schulischen Branchenorganisationen der Gewerkschaftsbünde CGT und CFDT, der linksalternativen bis linksradikalen Basisgewerkschaft SUD und der anarcho-syndikalistischen CNT, nahm das Heft in die Hand.

Damit brachten sie jene Lawine ins Rollen, die sich anschließend zur viel breiteren Protestbewegung ausweitete.

Bernhard Schmid,

Paris

21. Atlantischer als Brüssel. Bulgariens Eliten setzen voll auf USA/NATO

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Bulgarien · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:15

Der Alexander-Battenberg-Platz im Zentrum der bulgarischen Hauptstadt gibt sich festlich herausgeputzt. An jeder Lichtsäule hängt das amerikanisch-bulgarische Flaggenpaar, dazwischen weht die blaue NATO-Fahne. Besser als dieses Bild kann die gegenwärtige Einbindung Bulgariens in die außenpolitische Strategie Washingtons nicht beschrieben werden.

Wir schreiben den 15. Mai 2003. An diesem Tag kommt US-Außenminister Colin Powell nach Sofia. Offizieller Anlass für den hohen Staatsbesuch ist der 100. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und den USA. Powell nützt die Feierlichkeiten, um ein Signal an Deutschland und Frankreich zu senden, die - anders als Bulgarien - den US-Krieg gegen den Irak nicht willfährig unterstützt hatten. Washington, so das Kalkül der US-Administration, ist über seine militärische Stärke allemal fähig, EU-Interessen in der Region zu unterlaufen. Bulgariens Einladung zur NATO-Mitgliedschaft am Prager Gipfel im November 2002, von der neuen Elite mit Begeisterung aufgenommen, hat den Einfluss der USA am Balkan erhöht. Die am Kopenhagener EU-Gipfel im Dezember 2002 verschobene Teilnahme an der EU-Integration verstärkte indes das Misstrauen Sofias gegenüber Brüssel.

Am Höhepunkt der Festivitäten zum 100. Geburtstag der amerikanisch-bulgarischen Beziehungen steht der frühere US-General neben seinem Sofioter Amtskollegen, Außenminister Solomon Passi, hält die bulgarische Trikolore hoch und raunt ins Mikrofon: "Danke, Alliierte!" Ministerpräsident Simeon Saksoburggotski (die slawische Verballhornung für Sachsen-Coburg-Gotha), als kleiner Prinz nach dem Zweiten Weltkrieg von den Kommunisten nach Spanien vertrieben, lächelt zufrieden.

Powell bejubelt, Putin brüskiert

Zwei Monate zuvor, zwischen 1. und 3. März 2003, erlitt der bislang letzte Versuch, die bulgarisch-russischen Beziehungen zu verbessern, Schiffbruch. Auf Einladung von Präsident Georgi Parwanow, Mitglied der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), weilte Vladimir Putin zum Staatsbesuch in Sofia. Auch hier war der offizielle Anlass historisch fundiert. Der 125. Jahrestag der Befreiung Bulgariens vom osmanischen Joch bot auch dem Sozialisten Parwanow Gelegenheit, an zaristische Traditionen anzuknüpfen. Doch die aktuell regierende Zaristenpartei, die Nationale Bewegung Simeon II, wollte nicht mitspielen.

Systematisch unterläuft die rechtskonservative Regierung seit Anfang 2002 jeden Versuch des Präsidenten, die Beziehungen zum alten Verbündeten Russland zu normalisieren. Als Parwanow im September 2002 zum Staatsbesuch nach Moskau aufbrach, billigte das Sofioter Parlament am selben Tag Mittel für eine Waffenlieferung nach Georgien. Parwanows Moskauer Visite stand damit unter einem ungünstigen Stern. Als nun mit Putin erstmals seit zehn Jahren ein russischer Staatschef auf Einladung des bulgarischen Präsidenten nach Sofia reiste, verweigerte das Parlament bis zuletzt die Freigabe der finanziellen Mittel für seinen Empfang. Das "Russisch-bulgarische Forum" musste staatliche Finanzierungsaufgaben übernehmen, nachdem Firmen wie LukOil-Bulgaria, Rossexim und AEZ Kozloduj hastig die Vereinskasse gefüllt hatten. Peinlicher kann man einem Moskauer Führer den Aufenthalt in Bulgarien nicht gestalten.

Politik pro, Bevölkerung contra NATO

Seit Spaniens José Maria Aznar und Großbritanniens Tony Blair Ende Januar 2003 im Zuge einer PR-Aktion für das Pentagon im Wall Street Journal osteuropäische EU-Kandidaten zur Unterstützung des US-Kriegskurses gegen den Irak animiert haben, konnte sich Washington einmal mehr als europäische Großmacht positionieren. Mit der Einladung zum NATO-Beitritt an Lettland, Estland, Litauen, die Slowakei, Slowenien, Rumänien und Bulgarien ist die US-geführte Militärallianz endgültig an die Tore Russlands gerückt, dessen Exklave, das Kaliningrader Gebiet, bereits seit März 1999 an die NATO grenzt und demnächst komplett von ihr umgeben sein wird. Die öffentlich bekundete Unterstützung Bulgariens und einer Reihe anderer osteuropäischer Staaten für einen selbst innerhalb der NATO heftig umstrittenen Angriffskrieg der USA hat die EU geschwächt; die Stationierung bulgarischer Truppen im besetzten Irak, die weder mit geopolitischen noch mit wirtschaftlichen Interessen Sofias erklärt werden kann, zeigt das Ausmaß der

Willfährigkeit der neuen Elite im kleinen Balkanstaat. Im Land sind US- und NATO-Kriege indes weniger beliebt. Sowohl der Irak- als auch der Afghanistankrieg (und freilich auch der Krieg gegen Jugoslawien) sind bei der Mehrheit der BulgarInnen auf Ablehnung gestoßen. Auch ist in kaum einem anderen Land Osteuropas die Stimmung der Bevölkerungsmehrheit gegenüber NATO-Beitritt und US-Krieg so weit von den Beschlüssen der eigenen Regierung entfernt wie in Bulgarien, wie alle Meinungsumfragen bestätigen.

Auf der parlamentarischen Bühne sieht das Meinungsspektrum indes anders aus. Dort gibt es zur Zeit nur mehr einen einzigen Abgeordneten, den Kommunisten Alexander Paunov, der konsequent für eine bulgarische Neutralität und gegen jede Mitgliedschaft in NATO und EU eintritt. Die Bulgarische Sozialistische Partei, die noch 1999 anlässlich des NATO-Krieges in Jugoslawien gegen eine Integration in diesen Militärpakt aufgetreten war, änderte inzwischen ihre Meinung. Für eine NATO-Mitgliedschaft und gegen den US-Krieg im Irak, so lautet aktuell die Position der stärksten Oppositionsgruppe, der bei den nächsten Wahlen ein Sieg prophezeit wird.

Im Griff von IWF und Weltbank

Anfang April 2003 stellte Janaki Stoilov im bulgarischen Parlament einen Antrag zur Abhaltung einer Volksabstimmung bezüglich der NATO-Mitgliedschaft. Er wurde sowohl von der Regierungsmehrheit aus Zaristen, Liberalen und Konservativen als auch von einem Teil der BSP-Opposition zurückgewiesen, weil man in politischen Kreisen Angst davor hat, dass eine NATO-Mitgliedschaft mehrheitlich abgelehnt wird. BSP-Fraktionsführer Sergej Stanishev entschuldigte sich für das Vorpreschen seines Linksabweichlers Stoilov und distanzierte sich von der Forderung nach einem Referendum. Entschuldigungen wie diese sind freilich nicht an die Wählerschaft, sondern an die US-Administration gerichtet, die Bulgarien schon wegen seiner extrem hohen Auslandsverschuldung über Weltbank und Währungsfonds im Griff hat.

Ganze Heerscharen von Meinungsbildnern sind im Lande unterwegs, um - wie sie es nennen - dem bulgarischen Volk "demokratische Reife" beizubringen, sprich: westkompatibles Denken, im Falle der NATO-Mitgliedschaft auch den Verzicht auf Fragen und Antworten. Eine der Drehscheiben für die Herstellung einer US-freundlichen öffentlichen Meinung ist das Office of Global Communications (OGC). Diese im Weißen Haus eingerichtete Organisation kümmert sich um die Ausbildung der Meinungsmacher ebenso wie um logistische Hilfe bei der lokalen Kommunikation und um langfristige Strategien. Vor Ort in Bulgarien existieren jede Menge Nichtregierungsorganisationen, die der Aufgabestellung des Office of Global Communications gerecht werden. Dem zivilgesellschaftlichen Aufwand, den die USA dabei mit "Partnern und Freunden" in Osteuropa treiben, liegen zwei Interessensstränge zu Grunde: eine geopolitische Strategie und ein wirtschaftliches Begehren. Beide sind freilich miteinander verwoben.

Bulgarien liegt an einer wichtigen Route zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer, zwischen Europa und Asien. Militärische Operationen der USA oder der NATO, wie sie im Nahen Osten, im Zweistromland oder in Persien durchgeführt bzw. geplant werden, sind von hier aus weit praktikabler als von Italien oder Deutschland zu bewerkstelligen. Indirekt wird mit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens in die NATO auch Druck auf die Türkei ausgeübt, die sich bislang als einziger Vorposten im Osten Sonderbehandlungen in innenpolitischen Fragen erwarten durfte. Nach der vollständigen Integration der Balkanstaaten in die westliche Militärallianz dürfte es mit der Toleranz der USA gegen türkische Eigenständigkeiten vorbei sein.

Die geopolitischen Interessen der USA haben freilich auch die Ausdehnung EU-Europas und insbesondere die Ausdehnung der Euro-Zone im Visier. Deshalb will Washington die Euro-Zone zumindest militärisch unter Kontrolle halten. Gelingen kann ein solches Unterfangen nur, wenn gleichzeitig wirtschaftlicher Druck entwickelt werden kann. Im Fall Bulgariens ist dies bereits perfekt geschehen. Denn Sofia steht, budgetär und volkswirtschaftlich gesehen, unter der Knute von Weltbank und Währungsfonds. Und zwar ganz offiziell und vom Parlament abgesegnet. Seit 1997 regiert ein so genannter currency board, ein Währungsrat. In seinem Gouverneursrat sitzen neben Vertretern der zuständigen Ministerien auch IWF und Weltbank. Der Lev wurde nach der Hyperinflation des Jahres 1996 1:1 an die DM gekoppelt. Jede Staatsausgabe wird seither vom Währungsrat abgesegnet - oder auch nicht. In der Folge verhungern staatliche und kommunale Einrichtungen finanziell, Subventionen wurden gestrichen, ein Lohnfreeze für defizitäre Betriebe eingeführt, Umverteilungen durch ein neues Steuerregime betrieben, das Unternehmen begünstigt und Massensteuern wie die Mehrwertsteuer erhöht, und die Privatisierung beschleunigt. Neben Bulgarien stehen in Osteuropa auch noch Estland und Bosnien-Herzegowina unter dieser speziellen Form des ökonomischen Kolonialismus. Der gibt

den USA als quotenmäßig stark vertretenem Land in IWF und Weltbank die Möglichkeit, auch dort über das jeweilige staatliche Budget wirtschaftlichen Druck auszuüben, wo europäische Investoren eigentlich das Terrain beherrschen; wie eben z.B. in Bulgarien.

Stolz auf Waffenbrüderschaft

Noch direkter als um währungspolitische Hegemonie und wirtschaftliche Kontrolle über volkswirtschaftliche Entscheide geht es bei dem Vormarsch von NATO und USA in Bulgarien um den Aufbau einer Ölpipeline, die das schwarze Gold vom Kaspischen Meer bis zum griechischen Hafen in Alexandroupolis bringen soll. Rund um das Kaspische Meer lagern nach Auskunft des US-Department of Energy geschätzte 270 Mrd. Barrel Erdöl (im Vergleich: in Saudi-Arabien sind es 262, im Irak 113). Um dieses Öl, das von US-Firmen in Kasachstan gefördert wird, aus dem Binnenmeer auf den Weltmarkt zu bringen, werden derzeit Kriege geführt und Militärabkommen geschlossen; auch mit Bulgarien, dessen Schwarzmeerhafen Burgas eine zentrale Rolle zugedacht ist. Mit dem Bau der Pipeline soll übrigens noch in diesem Jahr begonnen werden.

Gleich neben Burgas liegt der Militärflughafen Sarafovo, den die USA bereits im Irak-Krieg benutzten. 400 Soldaten waren dort stationiert, um eine Einheit zum Auftanken von Bombern zu betreuen, die ihre Last anschließend über dem Zweistromland abgeladen haben.

Die bulgarische Regierung ist stolz darauf, der US Airforce Schützenhilfe geleistet zu haben. Als "Dank" dafür wollen die US-Truppen vor Ort bleiben und sowohl Sarafovo als auch weitere Luftwaffenstützpunkte wie das Graf-Ignatievo-Feld sowie die Übungsplätze in Koren und Novo Selo ausbauen. Derzeit wird darüber verhandelt, in welchem Umfang diese Kooperation stattfinden soll. Während die bulgarische Seite möglichst viel US-Soldaten anziehen will, weil deren Anwesenheit auch als wirtschaftlicher Impuls (miss)verstanden wird, denken die US-Strategen vorerst eher an den Aufbau so genannter lilly pads, Trainingscamps für drei Monate, in denen Infantrie, Artillerie und Helikoptereinheiten schnelle Eingriffe üben, während das Gros der Truppe im Westen - in Deutschland oder Italien - verbleiben soll.

Warnende Stimmen, die die militärische Integrationseuphorie der gegenwärtigen politischen Elite als gefährlich einschätzen, gibt es in Sofia wenige. Velko Valkonov, emeritierter Professor für Rechtswissenschaften und sozialistischer Gegenspieler im Präsidentschaftswahlkampf 1992, den er gegen den Liberalkonservativen Shelju Shelev nur knapp verloren hatte, ist eine von ihnen. Im Zusammenhang mit dem US-Krieg gegen den Irak hatte er gefordert, die USA aus der NATO auszuschließen und in einer Art neuer Monroe-Doktrin die Losung "Europa den Europäern" auszugeben. (Neues Deutschland, 19.5.2003) Es war kein "Europäer" zur Stelle, der seine Stimme nach Westen weitergetragen hätte. In Bulgarien ist sie verhallt.

Hannes Hofbauer

Von Hannes Hofbauer ist im April 2003 erschienen: Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration. Wien, Promedia.

22. Der Geschichtsrevisionismus hat sich durchgesetzt. Interview mit dem Belgrader Soziologen Todor Kuljic

Rubrik: Serbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:36

Mit der Gründung des Staatsprovisoriums "Serbien und Montenegro" ist der Name "Jugoslawien" endgültig von der politischen Landkarte getilgt. Damit ist die Reetablierung des ethnisch begründeten Nationalismus auf dem Balkan weitgehend durchgesetzt. Der Belgrader Soziologe Todor Kuljic erklärt, wie der meist von konvertierten ehemals linken Intellektuellen getragene antikommunistische revisionistische Diskurs in den vergangenen Jahren ein neues Geschichtsbewusstsein erzeugte, das im Namen der Demokratisierung faschistische Elemente normalisiert. Kuljic ist Professor an der Philosophischen Fakultät der Universität Belgrad. Sein im vergangenen Jahr in Belgrad erschienenes neuestes Buch Prevladavanje proslosti. Uzroci i pravci promene slike istorije krajem 20. veka (Vergangenheitsbewältigung. Ursachen und Richtungen der Veränderungen des Geschichtsbildes am Ende des 20. Jahrhunderts) betrachtet unter anderem auch die deutschen Diskussionen vom Historikerstreit bis zur Walser-Debatte. Das Interview führte Boris Kanzleiter in Belgrad.

ak: Herr Kuljic, Sie führen eine intensive Auseinandersetzung um den hegemonial gewordenen Geschichtsrevisionismus in den aus Jugoslawien hervorgegangenen neuen Nationalstaaten. Dabei beobachten Sie, dass sich Elemente des Demokratisierungsdiskurses mit der Rehabilitierung faschistischer Symbole verbinden. Wie sieht die Situation im postjugoslawischen Serbien aus?

Todor Kuljic: Im heutigen Serbien kommt es zu einer fast kompletten Umwertung der Vergangenheit. Antifaschismus ist in Serbien seit der Wende des Jahres 2000 nicht nur unpopulär, sondern wird zunehmend kriminalisiert. Diejenigen, die im kommunistischen Diskurs als Opfer des Faschismus galten, sind im heutigen Diskurs zu Tätern, also Verbrechern, geworden. Und umgekehrt: Die serbischen Kollaborateure der deutschen Wehrmacht werden heute rehabilitiert.

Das gilt zum Beispiel für General Milan Nedic, den Präsidenten der serbischen Kollaborationsregierung während der Besatzungszeit. Nedic wird in zahlreichen Publikationen des Präsidenten der Serbischen Akademie für Wissenschaften, Medakovic, klar rehabilitiert. Nedic gilt nun als "serbischer Retter". Ähnliches ist in Bezug auf Dimitrije Ljotic zu sagen. Ljotic war während des Zweiten Weltkriegs der Führer einer serbischen faschistischen Organisation. Führende Mitglieder der Demokratischen Partei Serbiens (DSS) von Vojislav Kostunica setzen sich heute für die Rehabilitierung Ljotic ein. Er sei kein Faschist gewesen, sondern ein religiöser Patriot, wird in diesen Kreisen behauptet. Die Dokumente in den Archiven zeigen aber ganz klar, dass Ljotic und Nedic mit den Deutschen zusammengearbeitet haben.

Ein weiterer Aspekt des Revisionismus ist die Umwertung der nationalistisch-royalistischen Cetniks. Tatsächlich müssen sie vielschichtig beurteilt werden, denn in den ersten Monaten des Krieges haben sie gegen die Deutschen gekämpft. Aber ab Ende 1941 hatten sie keine Konflikte mehr mit den Deutschen und begannen mit die Kollaborationsregierung von Nedic zusammenzuarbeiten. Die Cetniks bekämpften ab diesem Zeitpunkt hauptsächlich die Kommunisten, also die Tito-Partisanen. Heute gibt es eine starke Tendenz, aus den Cetniks "Antifaschisten" zu konstruieren, obwohl sie das definitiv nicht waren. An der ganzen revisionistischen Umwertung lässt sich einmal mehr zeigen, wie Geschichte auf Grund von Notwendigkeiten und Umstände der Gegenwart konstruiert wird. Die heutigen politischen Bedürfnisse verlangen nach einer Veränderung der Geschichtsschreibung und der Umdrehung von Tätern und Opfern im Zweiten Weltkrieg.

Der Revisionismus in Serbien hat nicht erst mit dem Sturz Milosevics und der Machtübernahme der Demokratischen Opposition Serbiens (DOS) im Oktober 2000 begonnen, sondern bereits früher eingesetzt. In gewisser Weise bilden die von Ihnen beschriebenen Umkehrungen nur den Endpunkt einer Entwicklung. Wie würden Sie die Etappen des Revisionismus beschreiben.

Milosevics Partei war, was das Geschichtsbild angeht, im Grunde eine linke Kraft. Milosevic interessierte sich nicht für die Rehabilitierung der Cetniks. Dennoch begann während seiner Herrschaftszeit der Revisionismus, denn es gab ja ein Mehrparteiensystem. Es waren vor allem die Oppositionsparteien, die an der

Rehabilitierung der Cetniks interessiert waren, wie Vuk Draskovic und seine Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) sowie Vojislav Seselj mit seiner Serbischen Radikalen Partei (SRS). Aber auch andere, wie Kostunicas DSS, verfolgten einen latenten revisionistischen Nationalismus. Dieser Nationalismus hatte starke anti-kommunistische und anti-titoistische Komponenten. Damit sollte dem Milosevic-System, das sich noch über den Antifaschismus legitimierte, der Boden entzogen werden.

Der Prozess lässt sich schön an den Geschichtsbüchern für die Schule nachvollziehen. Unter Milosevis wurden zwar einige kritische Bewertungen zu Tito eingebaut, aber im Grunde wurde Jugoslawien positiv beurteilt. Die neuen Geschichtsbüchern dagegen rehabilitieren die Cetniks.

Ein spiegelbildlicher Prozess lässt sich in Kroatien feststellen. Wie hat sich dort der Revisionismus durchgesetzt?

In Kroatien hat sich der Revisionismus sogar schneller und vollständiger durchgesetzt als in Serbien. In Serbien bildete Milosevics Partei eine gewisse Barriere gegen den Revisionismus. In Kroatien dagegen befand sich seit Anfang der 1990er Jahre eine klar nationalistische und revisionistische Partei, Franjo Tudjmans Kroatische Demokratische Gemeinschaft (HDZ), an der Macht. Kroatien befand sich außerdem im Krieg. Die Gefechte Anfang der 1990er Jahre fanden alle auf kroatischem und bosnischem Gebiet statt, nicht auf dem Territorium, das heute Serbien ist. In Kroatien bildete sich eine Frontmentalität aus. Heute gelten in Kroatien nicht mehr kroatische Tito-Partisanen als Nationalhelden, wie das früher war, sondern die extremen, faschistischen Nationalisten der Ustasa-Bewegung. Es kam zu einer fast offiziellen Identifizierung von Tudjmans Bewegung mit der Ustasa. Die Ustasa ist absolut salonfähig. Interessant ist, dass sowohl in Serbien als auch in Kroatien die Träger des Geschichtsrevisionismus nationalistische Kräfte sind, die im Westen als "demokratisch" gelten. Es handelt sich hier um eine komplexe Dialektik.

Eine andere Widersprüchlichkeit stellt das Tito-Bild dar. In Deutschland wurde in den Massenmedien der serbische Nationalismus völlig irreführend oft mit Tito verbunden. Tatsächlich ist Tito gerade in Serbien unpopulär. Wie hat sich das Tito-Bild in Serbien und Kroatien verändert?

Tito forderte, dass jeder gegen seinen eigenen Nationalismus kämpfen solle. Im Grunde handelte es dabei um eine autoritäre Kosmopolitisierung und Pazifizierung. Das war der integrative Mechanismus im alten Jugoslawien. Serbische Nationalisten dagegen argumentierten, Tito sei ein Feind Serbiens gewesen. Sie werfen ihm vor, die Serben in Jugoslawien in verschiedene Republiken geteilt zu haben. Serben lebten ja nicht nur in Serbien, sondern auch in Bosnien und Kroatien. Der serbische Nationalismus benötigte eine Person, die stigmatisiert werden konnte. Dabei handelte es sich um Tito. Völlig außer Acht lassen sie dabei, dass es gerade das titoistische Jugoslawien war, in dem die auf verschiedene Republiken verteilten Serben in einem gemeinsamen Staat leben konnten.

In Kroatien präsentiert sich dagegen eine andere Situation. Dort gibt es eine doppelte Erinnerungspolitik. Tito wird als Jugoslawe abgelehnt. Tudjman sagte aber auch, dass Tito, der in Kroatien geboren wurde und aus einer kroatisch-slowenischen Familie stammt, als weltweit prestigereicher Staatsmann nicht gänzlich abgelehnt werden könne. In Kumrovac, dem Geburtsort Titos, gibt es immer noch jedes Jahr eine Gedenkfeier. In Serbien steht Tito als Signatur für etwas Feindliches. In Kroatien will man zwar mit Titos Jugoslawien absolut nichts mehr zu tun haben, lässt ihn aber als kroatischen Staatsmann gelten. Aber Ante Pavelic, der Führer der faschistischen Ustasa, steht natürlich höher im Kurs.

In Ihren Publikationen zur revisionistischen Geschichtsschreibung stellen Sie heraus, dass die vehementesten Träger des Diskurses ehemalige Kommunisten sind. Wie erklärt sich dieses Phänomen?

Ein gewöhnlicher Mensch, der früher Kommunist war und heute Nationalist ist, interessiert mich nicht. In einer Krise, wie wir sie in Jugoslawien erlebten, rettet man sich durch Konversion das Leben. Für mich sind die Sozialwissenschaftler interessant, die massenweise von links nach rechts konvertiert sind. Wenn man sechs Bücher über Marxismus geschrieben hat und das siebte extrem nationalistisch ist, stimmt etwas nicht. Es präsentiert sich eine schreckliche Situation. Fast alle ehemaligen Marxisten, die ihre Doktorarbeiten über marxistische Theorie, die "Selbstverwaltung", Tito oder ähnliches geschrieben haben, sind buchstäblich über Nacht zu Anti-Kommunisten und völkischen Nationalisten konvertiert. Man kann die Ausnahmen an den Fingern von zwei Händen abzählen. Das gilt auch für die oppositionellen Marxisten der früheren Praxis-Gruppe. Am stärksten zeigte sich die Tendenz in Belgrad an der Fakultät für politische Wissenschaften,

die als Parteischule galt. Besonders hervorgetan haben sich die Historiker. Sie sind über den Nationalismus zu Anti-Kommunisten konvertiert.

Inwiefern hat die Umdeutung der Geschichte des Nationalsozialismus in der deutschen Diskussion der 1980er und 1990er Jahre eine Rolle für den Revisionismus im ehemaligen Jugoslawien gespielt? Die deutsch-jugoslawische Geschichte ist immerhin auf das engste verflochten.

Die deutschen Diskussionen sind zumindest in Belgrad kaum rezipiert worden. Abgesehen von wenigen Ausnahmen arbeiten die Wissenschaftler hier nicht mit der in Deutschland erschienenen Literatur, weil sie die Sprache nicht sprechen. Es gibt noch nicht einmal einen serbischen Aufsatz über den Historikerstreit in Deutschland. Auch andere Diskussionen wie die Goldhagen-Debatte, die Schwarzbuch-Debatte, die Walser-Debatte sind hier alle unbekannt.

Aber die weitgehende Durchsetzung des Revisionismus in Serbien und Kroatien, sowie die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen in Deutschland schaffen eine Gemengelage, in der revanchistische Vertriebenenorganisationen wie die Donauschwäbische Landsmannschaft ihre Forderungen artikulieren können, ohne auf nennenswerte Kritik zu stoßen. Hier scheint sich der Geschichtsrevisionismus in Serbien und Deutschland zu berühren ...

Es zeigt sich deutlich, dass es überall dort, wo Länder auf eine enge Zusammenarbeit mit Deutschland angewiesen sind, zu einer Umwertung der Geschichte der so genannten Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieg kommt. In der polnischen Debatte ist das sehr offensichtlich. Es handelt sich um eine pragmatische Revision der Geschichte, die sich an heutigen Machtverhältnissen festmacht. In Serbien ist die Thematik noch nicht so auf der Tagesordnung, weil es unter Milosevic keine Grundlage für eine solche Diskussion über die Restitution des Eigentums der ehemaligen "volksdeutschen" Minderheit gab. Es könnte aber noch dazu kommen. Meine Meinung dazu ist nicht sonderlich originell. Ich denke, dass man immer die Ursachen von den Konsequenzen trennen muss. Die Ursache der Vertreibung ist Hitler und der Nationalsozialismus.

Sie beschreiben in einem Ihrer Texte, dass es in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien in den vergangenen zehn Jahren besonders schwer gewesen sei, ein kritischer Linker zu bleiben. Sehen Sie Möglichkeiten für die Reetablierung einer linken Gesellschaftskritik nach dem Ende Jugoslawiens?

Es war nicht leicht, ein konsequenter Linker zu bleiben, weil das eine Kritik des Nationalismus bedeutete. Vor allem des Nationalismus in der eigenen Nation. Das wurde als "Verrat" gebrandmarkt, besonders während des Krieges. Jede dissonante, nicht-nationalistische Stimme wurde bestraft. Heute ist das nicht anders. Nach dem Sturz Milosevics ist der "demokratische Nationalismus" der aktuelle Hit. Durch diese Formel ist Nationalismus normalisiert. In diesem Kontext etwas von einem linken, nicht-nationalistischen Standpunkt zu artikulieren, ist sehr schwierig. Es gibt Kritik am Nationalismus, aber nicht von einem linken Standpunkt. Es sind Nichtregierungsorganisationen und manche liberale Intellektuelle, die nicht-nationalistisch argumentieren, aber von links gibt es nur sehr wenige Stimmen. Das ist unsere Wirklichkeit und im Augenblick sehe ich leider keine Chance auf eine Veränderung.

23. gender troubles aktuell

Rubrik: Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:35

Irak after war

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat sich die Menschenrechtssituation von Frauen und Mädchen im Irak seit dem Einmarsch der US-Truppen drastisch verschlechtert. Allein im Zeitraum von Ende Mai bis Ende Juni erhielt die Organisation aus Bagdad 25 Berichte über Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe gegen Frauen, zwei davon von Mädchen unter 16 Jahren. Beamte einer Polizeiwache in Bagdad erklärten, sie hätten in den wenigen Wochen, seitdem ihre Wache nach Kriegsende wiedereröffnet wurde, schon eine ganze Reihe von Anzeigen wegen Vergewaltigung entgegengenommen, während das vor dem Krieg durchschnittlich ein Mal pro Monat der Fall war. Außerdem hat die Anzahl organisierten Kidnappings von Mädchen, die dann über die Grenzen zum Verkauf in die Golfstaaten verschleppt werden, zugenommen. Dies könne auch darauf zurückgeführt werden, dass es nun leichter sei, die Mädchen ohne Pass über die Grenze zu bringen.

www.hrw.org

Niedriglohn-Normalität

Laut statistischem Bundesamt haben Frauen in Deutschland im Jahr 2002 mit Vollzeitstellen im produzierenden Gewerbe, in Handel, Kredit- und Versicherungswesen durchschnittlich 30% weniger als Männer verdient. Auch Frauen mit Universitätsabschluss erreichten nur 72% der Einkommen von Männern mit vergleichbarem Bildungsniveau. Während die Erwerbsquote von Frauen in Westdeutschland auf 62% gestiegen ist, ist sie in Ostdeutschland auf 72% gefallen. Doch auch die Erhöhung der Erwerbsquote im Westen hat nicht zu einer Erhöhung des Einkommens von Frauen geführt - und zwar deshalb, weil sich dasselbe Gesamteinkommen schlicht auf mehr Personen verteilt: Frauen sind diejenigen, die fast im Normalfall teilzeitbeschäftigt sind - und dies oft in den untersten Lohn- und Gehaltsgruppen. So beschäftigt der Arbeitgeber Kirche in Deutschland rund 1,3 Millionen Menschen; in der Pflege, der Reinigung, der Küche und der Verwaltung arbeiten bis zu 95% Frauen. Deren Löhne und Gehälter orientierten sich noch bis vor einigen Jahren am Bundesangestelltentarif (BAT). Durch Einrichtung neuer Gehaltsgruppen und Outsourcing von Dienstleistungen wird diese BAT-Bindung de facto immer mehr umgangen. Das Ergebnis: Viele Frauen, die - z.B. - für die Kirche arbeiten, gehören mittlerweile zu den "working poor".

www.diakonie-portal.de

Ratzinger im Hühnerstall

Der Vatikan hat alle Gläubigen und katholischen Politiker zum Widerstand gegen die Legalisierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufgerufen. Diese verstießen gegen ein "natürliches Sittengesetz". Die Deutsche Bischofskonferenz hat das Dokument ausdrücklich begrüßt. Laut Vatikan sind katholische Politiker weltweit dazu verpflichtet, derartig "zutiefst unmoralische" Beziehungen nicht zu unterstützen; homosexuelle "Handlungen" seien unter gar keinen Umständen zu billigen. Noch drastischer wird der Heilige Stuhl, wenn es um das Schicksal der lieben Kleinen geht: Die nämlich, so die Glaubenskongregation des Vatikans, würden, sofern sie von gleichgeschlechtlichen Eltern erzogen würden, vergewaltigt "in dem Sinne, dass man ihren Zustand der Bedürftigkeit ausnutzt." Bis auf CDU/CSU reagierten Abgeordnete aller Fraktionen empört auf diese Erklärung. Auch der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) protestierte scharf und bietet im Internet Vordrucke für Protestbriefe an die Bischofskonferenz an. Dazu äußerte sich wiederum das wissenschaftlich-humanitäre komitee (whk) wie folgt: "Kaum fährt Ratzinger im schwulen Hühnerstall Motorrad, ersterben dort Sinn und Verstand". Das whk wirft dem LSVD vor, mit seinem Kampf für die "Homo-Ehe" im Grunde demselben Familienideal anzuhängen wie der Vatikan: konservativ und antiquiert: "Ein Homo-Politiker mit Selbstachtung kriecht im dritten Jahrtausend nicht mehr vor Sankt Peter und bettelt um Öffnung des Himmelreiches."

www.lsvd.de; www.whk.de

Warlords wüten

Die Taliban sind abgeschafft, die Menschenrechtsverletzungen nicht - insbesondere nicht die gegen Frauen. In Afghanistan herrscht vielerorts ein Klima der Angst; Gewalt gegen Frauen und Kinder sind an der Tagesordnung. Nach dem Sturz der Taliban hat der Krieg führende Westen den Warlords (wieder) an die Macht verholfen, die viele Gegenden außerhalb von Kabul praktisch vollständig unter ihrer Kontrolle haben. Einbrüche, Überfälle, Vergewaltigungen, Erpressungen sind an der Tagesordnung. Vor allem in ländlichen Gebieten trauen sich viele Frauen nicht mehr aus dem Haus. Die meisten afghanischen Mädchen besuchen nach wie vor die Schule nicht. Aussagen von ZeugInnen belasten vor allem Soldaten und Polizisten, die z.T. unter Aufsicht hochrangiger Politiker stehen. Die in Paris ansässige afghanische Frauenorganisation Negar will mittels Unterschriftenlisten eine Verankerung grundlegender Frauenrechte in der Verfassung des Landes erreichen. Sie übergab zwei Mitgliedern der Verfassungskommission in Kabul ein von ihr erarbeitetes Dokument mit dem Titel "Erklärung der grundlegenden Rechte der afghanischen Frauen." 100.000 Frauen haben die Erklärung unterzeichnet.

www.diestandard.at

"Down to laziness"

Männer haben nicht nur auch einen Zyklus und irgendwann dann auch eine sogenannte "Menopause", Männer haben dafür auch eine eigene Gesellschaft - zumindest in England. Die "Andropause Society" unterhält zur Behandlung der männlichen Wechseljahrsbeschwerden (Hitzewellen, Depression, Libidoverlust) sogar eine Klinik. Deren Arbeit gerät allerdings durch neuere US-Forschungen unter Beschuss: Die männliche Menopause, so Professor McKinlay, sei schlicht ein Mythos, der inzwischen allerdings zu einer nicht unbeträchtlichen Profitmöglichkeit für die pharmazeutische Industrie geworden sei. Das lässt Dr. Carruthers von der Männer-Menopausen-Klinik natürlich nicht einfach auf sich sitzen und weist nachdrücklich auf die angeblich erstaunlichen Ergebnisse seiner Testosteron-Behandlung hin. Doch die Symptome, die bei einigen Männern im entsprechenden Lebensalter durchaus auftreten, sind aus der Sicht von McKinlay und seinen ForscherInnen nicht auf Hormonmangel, sondern vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: einen ungesunden Lebensstil (v.a. zuviel Alkohol) und - Faulheit.

24. Wäsche, Boden, Geschirr. Singen gegen die Ignoranz: Lila Downs

Rubrik: Musik; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:18

Lila Downs, Tochter eines US-Amerikaners und einer Indígena aus Oaxaca, Mexiko, singt. Und wie: Wer sie live gehört hat, vergisst das so schnell nicht wieder. In Oaxaca und Minnesota aufgewachsen, in den USA studiert, in Coyacan/Mexiko gelebt und nun nach New York umgezogen, ist Lila in jeder Hinsicht eine "Weltfrau". Musikalisch mischt sie mexikanische Corridos und Boleros mit afro-karibischen Elementen, Jazz, Blues und Cumbias. Gesang und Musik fließen zusammen und erzählen Geschichten vom Leben in indianischen Dorfgemeinschaften, von Migration, Arbeit, Tod, von Festen - und vor allem von Frauen. Gerade in Deutschland erschienen ist ihr Album "Border" oder "La Linea", wie die über 3.000 km lange Grenze zwischen Mexiko und den USA genannt wird. Es ist den mexikanischen MigrantInnen gewidmet, die beim Versuch, in die USA zu gelangen, ihr Leben verloren. Mit Lila Downs sprach Dario Azzellini.

ak: Ein zentrales Thema in deinen Song-Texten ist Migration. Die Grenze Mexiko-USA und die Maquilas, die Billiglohnfabriken dort. Warum?

Lila Downs: Meine Mutter war Hausangestellte. Sie verließ ihr Dorf, als sie 14 Jahre alt war, weil ihre Mutter sie zwangsverheiratet hatte, und flüchtete nach Mexiko Stadt, ohne ein Wort Spanisch zu sprechen. Sie wurde massiv diskriminiert - auch wenn sie selbst darüber nicht spricht. Jetzt ist sie 65 Jahre alt und holt die Grundschule nach. Gerade besucht sie die zweite Klasse, damit sie besser lesen lernt und sich einen größeren Wortschatz aneignet. Viele andere Frauen arbeiten heute, ähnlich wie meine Mutter früher, z.B. als Kindermädchen für die Babys anderer Leute, um eine gewisse Freiheit zu erlangen. Diese Frauen müssen respektiert werden, aber in Mexiko haben viele aus der Mittelschicht keinen Respekt gegenüber diesen Frauen. Sie werden mit erniedrigenden Begriffen bezeichnet, ihre Lebensrealität wird ignoriert. Darum geht es mir auch: zu versuchen in das Bewusstsein der Mittelschicht einzudringen und sie dazu zu bringen, darüber nachzudenken, wer in ihrem Haus das Geschirr abspült, die Wäsche wäscht, den Boden wischt.

Ist es wirklich möglich, mit Liedern Bewusstsein zu verändern?

Ich bin Optimistin ... logischerweise ist es so, dass ich oft für Leute singe, die genauso denken wie ich. Aber hin und wieder kommen auch Menschen, die sagen: "Deine Platte hat mich dazu gebracht, über Dinge nachzudenken, über die ich vorher noch nie nachgedacht habe." Dann denke ich, ja, hier bin ich und dafür lebe ich. Das ist mein Weg. Ich bin natürlich sehr privilegiert, weil ich das machen kann. Viele meiner Mixteken-Genossinnen haben dieses Privileg, Künstlerin zu sein, nie genossen. Sie sind vorwiegend damit beschäftigt zu kämpfen und einen Weg zu überleben zu suchen. Das Privileg, das ich als Tochter eines US-amerikanischen Professors genieße, haben sie nie gehabt.

Du hast neben Spanisch und Englisch auch auf Mixtekisch, Zapotekisch und Nahuatl gesungen. Sprichst du diese Sprachen auch?

Ich spreche etwas Mixtekisch, weil meine Mutter es seit meiner Geburt immer mit meiner Großmutter sprach. Aber sie hat es mir nicht richtig beigebracht, denn sie schämte sich dafür. Als Erwachsene lernte ich dann Zapotekisch, denn die Zapoteken-Frauen sind meine Lehrerinnen. Sie sind ganz unglaubliche Frauen - und sie waren es auch, die mir dieses Gefühl vermittelten: "Wir sind hier, wir sind Indígenas, und wir werden noch sehr, sehr lange Zeit präsent sein". Ich brauche das sehr. Und es sind nicht zuletzt die Geschichten und Legenden meiner mixtekischen Großmutter, an die ich mich erinnerte, als ich anfing Musik zu machen; und ich stellte fest, sie zu erinnern, Musik aus ihnen zu machen, gibt mir und meinen Leuten mehr Kraft.

Singst du noch auf Mixtekisch?

Ja. Mich treibt die Hoffnung an, dass die Indígenas und ihre Sichtweise des Lebens in der Modernität bestehen können. Das muss in Mexiko immer noch sehr stark gemacht werden, denn eigentlich gibt es die Vorstellung, die Indígena-Sprachen seien archaisch und würden nicht mehr gesprochen. Sie sind in Gebrauch und sie sind lebendig.

Wie reagieren die Mixteken auf deine Musik?

Bisher habe ich zahlreiche positive Kommentare zu hören bekommen. Viele sind sehr dankbar. Bei meiner CD "El arbol de la vida" ging es mir darum, die Vorstellungen der Mixteken selbst zu interpretieren und nicht die Analysen der westlichen Anthropologen über die Vorstellungen der Mixteken. Weniger angesehen bin ich unter den Mestizen der Region. Denn die Mestizen betrachten mich als zu ihnen gehörig - und sicher bin ich in gewisser Weise mehr Mestizin als Mixtekin, aber ich teile nicht die Ideale der meisten Mestizen. Die Welt der Mestizen ist sehr machistisch ...

Auf deinem letzten Album singst du einen Mix der beiden Klassiker von Woody Guthrie "Pastures of Plenty" und "This Land is Your Land", ergänzt durch eigene Worte. An welchen Kontext knüpfst du damit an?

Damit versuche ich, eine Brücke zu schlagen zu der Kultur, mit der ich in den USA auch aufgewachsen bin. Das Lied habe ich als kleines Kind gelernt. Ich habe das in den Kontext der Fragestellung "When did you come to America?" gestellt, diese Frage, die MigrantInnen immer wieder beantworten müssen ... Ich habe sehr oft Ablehnung mir gegenüber erlebt in den USA. Seit dem 11.9.2001 gibt es außerdem eine regelrecht rassistische Aggressivität. In meiner Version des Liedes ging es mir außerdem darum, daran zu erinnern, wie wichtig die Menschen sind, die auf dem Land arbeiten und vieles von dem produzieren, was wir essen.

Wie wird denn deine Musik in der Latino-Community in den USA aufgenommen?

Eigentlich sehr gut. Meine Konzerte werden immer voller. Eine Zeit lang war mein größtes Publikum in Europa, vor allem in Frankreich und Spanien. Aber jetzt ist es in den USA. Und es ist ein sehr gemischtes Publikum. Mexikanische US-AmerikanerInnen der zweiten und dritten Generation und in letzter Zeit viele MigrantInnen, was neu ist, - und es kommen auch weiße US-AmerikanerInnen.

An was arbeitest du aktuell?

Ich arbeite gerade an der nächsten Platte. Ein Lied davon spiele ich jetzt schon auf Konzerten, es heißt "La Cucaracha" und basiert auf dem bekannten revolutionären Corrido. Ich singe es zweisprachig auf Englisch und Spanisch. Es gefällt mir, weil es an die Tradition der politischen Kritik anknüpft. Vielleicht nenne ich meine nächste Platte nach diesem Titel.

Bisher in Deutschland veröffentlicht:

Lila Downs - Tree of Life (Narada World/Virgin)

Lila Downs - Border. La Linea (Narada World/Peregrina Musica)

25. Streikbrecher. Richtungsstreit in der IG Metall

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:37

So viel Bewegung war schon lange nicht mehr in der zweitgrößten Gewerkschaft der Welt: ein ergebnislos abgebrochener Streik, eine wochenlange Schlammschlacht um den Vorsitz, eine frühzeitige Verabschiedung des bisherigen Vorsitzenden in den Ruhestand und eine gigantische Austrittswelle. Im Kern ging es dabei um grundlegende Fragen gewerkschaftlicher Identität, auch wenn mitunter der Eindruck entstand, zwei ältere Herren an der Führungsspitze würden ihre Eitelkeiten pflegen und persönliche Animositäten gegeneinander austragen.

Nach Darstellung der meisten Medien war der Streit um die Nachfolge von Klaus Zwickel ein Richtungskampf zwischen "Modernisierern" und "Traditionalisten". Für erstere steht der baden-württembergische Bezirksleiter Berthold Huber, für die zweite Position der bisherige zweite IG Metall-Vorsitzende Jürgen Peters. Peters hob in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau (FR) allerdings hervor, es gebe "bei den politischen Inhalten viel weniger Differenzen, als es die bloße Etikettierung Modernisierer oder Traditionalist unterstellt". (FR, 17.7.)

Auch wenn die Etikettierung nicht stimmen mag - auch Peters hat schon viele "moderne" Tarifergebnisse zu verantworten -, gibt es doch inhaltliche Differenzen, die die Schärfe der Auseinandersetzung in der IG Metall erklären. Es geht um die Frage, wie sich Gewerkschaften im Allgemeinen und die IG Metall im Speziellen zur sozialdemokratischen Regierungspolitik verhalten sollen. Verstehen sie sich als Transmissionsriemen für die sozialdemokratische Politik der "neuen Mitte" oder können sie gegenüber der Sozialdemokratie einen Rest an Unabhängigkeit behaupten? Letztlich geht es um das Verhältnis der Gewerkschaften zum vorherrschenden Modell neoliberaler und angebotsorientierter Politik, um das Verhältnis von Gestaltungsmacht (Ko-Management) versus Gegenmacht (Arbeitskämpfe) - beides natürlich im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsordnung und bei Anerkennung der kapitalistischen Produktionsweise.

Sowohl beim Umgang der Gewerkschaften mit der Agenda 2010 als auch beim Streik in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie werden diese Differenzen deutlich.

Einerseits sagten die Gewerkschaften im Mai das Gespräch ihrer Vorsitzenden bei Bundeskanzler Schröder ab und riefen zu Protestkundgebungen auf. Andererseits war die Mobilisierung, gelinde gesagt, halbherzig. Die geringe Beteiligung an den Protestaktionen als wurde dann als willkommener Anlass für einen erneuten "Stimmungsumschwung" genommen: Die Proteste wurden eingestellt und die Gespräche mit der Bundesregierung wieder aufgenommen.

Offen ausgetragen wurden die Differenzen auf dem gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Forum der IG Metall am 11./12. Juni in Berlin, auf dem über die weitere Strategie der IG Metall gegenüber der Sozialdemokratie und deren Politik diskutiert wurde. Klaus Zwickel trat dafür ein, dass sich die Gewerkschaften auf Veränderungen einlassen müssten, um Reformen "mitgestalten" zu können: "Ja, wir wollen in die Mitte, anstatt an den Rand gedrängt zu werden und in die Isolation zu geraten", lautete seine Botschaft. (FR, 13.6.) Schon zuvor hatte Klaus Lang, bisheriger "Chefdenker" der IG Metall, tief in die Kiste der Modernisierungsrhetorik gegriffen und sich für den "aktivierenden Sozialstaat" als Voraussetzung für "ökonomische Effizienz und gesellschaftliche Mobilität" ausgesprochen. (siehe auch ak 474) Hans-Jürgen Urban, bisheriger Bereichsleiter Sozialpolitik beim IG-Metall-Vorstand und designierter Nachfolger von Klaus Lang, plädierte bei der gleichen Veranstaltung für eine größere Distanz zur SPD und für eine härtere Auseinandersetzung mit der Politik der Bundesregierung. Da sich Urban auch noch gegen die Senkung der Lohnnebenkosten und den "aktivierenden Sozialstaat" und für die Beibehaltung der paritätischen Finanzierung der Sozialkassen aussprach, sah die über Interna wohlinformierte Frankfurter Rundschau - ihr neuer Chefredakteur kommt aus der IG Metall - die Gewerkschaft schon im Sektierereckchen landen: "Mit Peters als Spitzenmann und Urban als intellektueller Leitfigur aber droht die Gefahr, dass sich die IG Metall in eine dogmatische Ecke zurückzieht." (FR, 13.6.)

Zur entscheidenden Auseinandersetzung auch über die künftige Linie der IG Metall wurde der Streik für die Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie. Als Klaus Zwickel am 28. Juni, nach vier Wochen Arbeitskampf, das ergebnislose Ende des Streiks verkündete, umging er nicht nur die

satzungsgemäße Urabstimmung und degradierte die Streikenden einmal mehr zur Verschiebemasse gewerkschaftlicher Tarifstrategen. Viel schwerer wiegt, dass der Streik zu einem Zeitpunkt abgebrochen wurde, als er in der westdeutschen Autoindustrie Wirkung zu zeigen begann.

Bei BMW in Regensburg, München und Dagolfing stand die Produktion für kurze Zeit still, da der bestreikte Getriebehersteller ZF in Brandenburg dringend benötigte Teile nicht liefern konnte. Bei VW in Wolfsburg wurde Kurzarbeit beantragt - eine Folge der Just-in-time-Produktion und der Schaffung einer mobilen Lagerhaltung auf Straße und Schiene. Dieses hoch sensible Produktionssystem könnte durch strategisch gut geplante Streiks in sehr kurzer Zeit zum Stillstand gebracht werden.

Verweigerte Solidarität

Wer das Tarifgeschäft kennt, weiß, dass es im Vorfeld eines Streiks das eine oder andere Pausengespräch zwischen Unternehmensleitung und Betriebsratsvorsitzenden gibt, in dem es um die zu erwartende Streiktaktik geht. "Alles halb so wild", dürfte dabei den Großbetrieben signalisiert worden sein; es ging ja schließlich nur um einen akzeptablen Fahrplan für die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche. Das nach nur einer Woche Streik zu Stande gekommene Ergebnis in der ostdeutschen Stahlindustrie (Einführung der 35-Stunden-Woche bis 2009) ließ ein ähnliches Ergebnis auch für die Metall- und Elektroindustrie erwarten.

Doch der Streik wurde vom Unternehmerverband offenkundig genutzt, um bisher geltende Spielregeln zu durchbrechen. Die Bedingungen waren günstig: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist im Osten gering; der IG Metall steht dort kein einheitlicher Unternehmerverband gegenüber; die politische Großwetterlage erleichtert den offenen Konflikt mit den "reformunwilligen" Gewerkschaften; schließlich hatte man es mit einer offenkundig zerstrittenen IG Metall zu tun. Insbesondere die Betriebsratsfürsten von BMW, Opel und Daimler-Chrysler waren nicht gewillt, die Streikenden in Ostdeutschland zu unterstützen. Sie äußerten schon nach zwei Wochen Streik immer wieder ihr Unverständnis und warnten vor den Auswirkungen des Streiks auf den Westen. Der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende von Opel, Klaus Franz, forderte sogar offen zum Abbruch des Streiks auf.

Eine Konferenz der Automobilbetriebsräte am 23.6. in Frankfurt/Main brachte zwar noch eine der gewerkschaftsüblichen Solidaritätserklärungen zu Stande, jedoch keine konkrete Unterstützung. Die Streikenden wurden förmlich im Regen bzw. in der sengenden Sonne stehen gelassen. Der Unternehmerverband konnte sicher sein, dass es eine Ausweitung des Streiks nicht geben würde.

Ebenfalls nachteilig wirkte sich der sukzessive Abschluss von Haustarifverträgen auch im Osten aus. Hier lässt sich allemal Kritik an der Streiktaktik anbringen. Wenn Zwickel und Co. Peters und Verhandlungsführer Hasso Düvel Fehler beim Streik vorwarfen, dann meinten sie die möglichen Auswirkungen auf die westdeutsche Autoindustrie und nicht die mangelhafte Verankerung in der Organisation oder die Fehleinschätzung über die Planungen der Arbeitgeberseite. Die Auswirkungen auf die westdeutsche Autoproduktion wären, angesichts der Blockade der Unternehmer, das adäquate Druckmittel gewesen, um ein akzeptables Ergebnis zu erzielen. Die Verweigerung innergewerkschaftlicher Solidarität durch die Betriebsrats-Fürsten der westdeutschen Autoindustrie und andere IG-Metall-Funktionäre musste den Streik zwangsläufig scheitern lassen.

Dass es auch anders geht, machten der Betriebsrat und die Beschäftigten des VW-Motorenwerks in Salzgitter deutlich. Auf einer Betriebsversammlung solidarisierten sie sich mit dem Streik und lehnten die Übernahme von Streikbrecherarbeiten des bestreikten VW-Motorenwerkes in Chemnitz ab.

Soziallabbau mitgestalten

Hier kommt wieder die Agenda 2010 ins Spiel. Die Niederlage der Gewerkschaften wurde beim SPD-Sonderparteitag Anfang Juni offenkundig. Der kurzfristige Konfrontationskurs gegen die Regierungspolitik wurde spätestens ab Mitte Mai eingestellt; nicht mehr der Sozialabbau, sondern das gewerkschaftliche "Kerngeschäft", die Tarifpolitik bzw. das Tarifrecht, wurde in den Mittelpunkt gerückt. Bei seiner Rede am 14. März hatte Kanzler Schröder eine größere Beweglichkeit der Tarifparteien (gemeint waren die Gewerkschaften) gefordert, was betriebliche Öffnungsklauseln bei Tarifabschlüssen angeht. Anderenfalls müssten gesetzliche Eingriffe in das Tarifvertragsrecht vorgenommen werden. Sekundiert wird das von Friedrich Merz, der "das Tarifkartell in Deutschland" aufbrechen will und zu diesem Zweck der CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Nicht mehr die Gewerkschaften sollen direkte Gesprächspartner für die

Unternehmen sein, sondern der Betriebsrat. Sprechen sich zwei Drittel der Beschäftigten eines Betriebes für Abweichungen vom Tarifvertrag aus, soll dies, nach Vorstellungen der CDU, möglich sein.

Die Eingriffe in die Tarifautonomie würden gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten massiv untergraben. Bei ihrem Gespräch mit Schröder konzentrierten sich die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre ganz auf diesen Punkt. Nach dem Gespräch durfte der Kanzler dann verkünden, dass die Notwendigkeit der Umsetzung der Agenda 2010 von den Gewerkschaften "im Prinzip nicht mehr bestritten wird." Pflichtgemäß wurde zwar von DGB-Chef Sommer und Co. gegen die alleinige Finanzierung des Krankengeldes durch die Beschäftigten protestiert, ansonsten wurde "nicht das Trennende thematisiert, sondern das Verbindende". (FR, 28.6.) Nach den Beschlüssen der informellen großen Koalition zur Gesundheitsreform blieben gewerkschaftliche Proteste aus, wenn man von Presseerklärungen absieht.

Als Gegenleistung für ihr Stillhalten erwarten die Gewerkschaften von der Bundesregierung, dass die von Merz geforderten und von Schröder angedachten gesetzlichen Eingriffe in die Tarifautonomie unterbleiben. Schröder wiederum forderte eine rasche Einigung im ostdeutschen Tarifkonflikt und winkte nach Streikende mit dem Zaunpfahl. Die Volkswirtschaft sei "auf starke, aber auch kompromissbereite Gewerkschaften angewiesen". (FR, 2.7.) Bei dem Streit um die Führungsposition in der IG Metall geht es um die Frage, wie groß die "Kompromissbereitschaft" in Zukunft ausfallen soll und ob diese Kompromisse auch erstritten und erstreikt werden sollen.

Ein brüchiger Kompromiss

Sollten von den Gewerkschaften nicht "freiwillig" weitere betriebliche Öffnungsklauseln zugelassen werden, wird auch ein sozialdemokratischer Gesetzgeber aktiv werden. Jürgen Peters sieht sich in dieser Frage durchaus einig mit dem Präsidenten von Gesamtmetall, Kannegiesser. Plädiert Peters für einen "Flächentarifvertrag mit betrieblichen Optionen", so tritt Kannegiesser für den Erhalt von Flächentarifverträgen ein, "vor allem, wenn es mehr betriebliche Regelungen" gebe. Die "Kompromisse" sind vorgezeichnet.

Mit dem ergebnislosen Abbruch des Streiks in Ostdeutschland und der folgenden Personaldiskussion ist die IG Metall und ihr "kämpferischer" Teil empfindlich geschwächt worden, auch wenn es nicht gelungen ist, Jürgen Peters von der Spitze zu verdrängen. Die neuerliche Installierung des Führungsduos Peters und Huber ist ein brüchiger innerorganisatorischer Kompromiss.

Georg Wißmeier

26. Ausgeleuchtet. Bush-Administration sabotiert Gewerkschaftsrechte

Autor: David Bacon · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:03

"Screener" durchleuchten auf amerikanischen Flughäfen die Gepäckstücke der Passagiere. Die Sicherheitsgesetzgebung nach dem 11.9.2001 machte aus ihnen Bundesangestellte - mit dramatischen Konsequenzen: 30.000 Entlassungen im letzten Jahr und gravierende Einschränkungen beim gewerkschaftlichen Organisationsrecht. David Bacon beschreibt im folgenden, wie die neuen Anti-Terrorgesetze in den USA zum Angriff auf die Gewerkschafts- und ArbeiterInnenrechte nicht nur auf den Flughäfen benutzt werden.

Am 9. Januar 2003 untersagte Admiral James Loy, Vorsitzender des Amtes für Transportsicherheit (Transportation Security Agency - TSA), pauschal für alle Screener kollektive Tarifverhandlungen. "Die Bekämpfung des Terrorismus", so Loyd, "erfordert flexible Arbeitskräfte, mit denen man schnell auf Bedrohungen reagieren kann. Das kann Veränderungen in der Arbeitszuweisung und anderen Arbeitsbedingungen beinhalten, die mit der Pflicht, mit den Gewerkschaften Tarife auszuhandeln, nicht mehr kompatibel sind."

In der Privatwirtschaft und selbst in den Teilen des Öffentlichen Dienstes, in dem noch die normalen Arbeitsrechte gelten, wäre ein solches Vorgehen illegal. Aber seit dem 11. September 2001 haben sich die Arbeitsbeziehungen dramatisch verändert. Die Art und Weise, wie mit den Screenern umgegangen wird, ist dafür ein Prüfstein. Sie wurden dafür verantwortlich gemacht, dass mit Plastikmessern und Brieföffnern bewaffnete Terroristen an Bord von Flugzeugen gelangen konnten. In der Atmosphäre der Angst, die den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon folgte, gaben die Screener eine bequeme und einfache Zielscheibe ab. Republikaner und Demokraten stimmten im Kongress gemeinsam für den Transportation Security Act, der die existierenden Arbeitskräfte durch neue, den Bundesbehörden unterstehende, ersetzen soll.

Flughäfen gewerkschaftsfreie Zone

Vor allem in großen, metropolitanen Flughäfen sind die Screener zu einem hohen Prozentsatz "People of Color", die meisten sind MigrantInnen. Sie arbeiten für Löhne knapp über dem Mindestlohn in enorm anstrengenden Jobs für private Subunternehmer, die von den Fluggesellschaften angeheuert werden. In den letzten zehn Jahren haben die schlechten Arbeitsbedingungen dazu geführt, dass in vielen Flughäfen Gewerkschaften entstanden sind. In San Francisco hat eine Screener-Gewerkschaft schließlich zum ersten Mal Löhne von über 10 Dollar durchgesetzt.

Die "Verstaatlichung" dieser Jobs hätte eigentlich vorteilhaft für die Beschäftigten sein können, aber Bundesangestellte müssen amerikanische StaatsbürgerInnen sein. Und diese Anforderung kostete im letzten Jahr knapp 30.000 Screener den Job. Eine der Betroffenen war Erlinda Valencia, die im Flughafen von San Francisco arbeitete. "Ich habe diesen Job seit 14 Jahren gemacht", sagt sie, "aber jetzt stellen sie Leute ohne jede Erfahrung ein." Valencias Gewerkschaft hat dafür gekämpft, dass San Francisco einer von fünf Flughäfen im ganzen Land ist, wo private Subunternehmen immer noch Gepäckchecks durchführen können. Das hat den Vertrag mit der Gewerkschaft gerettet, aber nicht die Arbeitsplätze der Arbeiterinnen. Nicht-AmerikanerInnen wie Valencia durften sich noch nicht einmal um die neuen Jobs bewerben.

Doch Screenern mit amerikanischer Staatsangehörigkeit geht es nicht viel besser. Die TSA hat sämtliche neuen Bundesangestellte erst mal durchleuchtet. Dabei wurden die bisherigen Beschäftigten nicht etwa automatisch übernommen, sondern mussten sich "hinten anstellen". In den Einstellungstests wird danach gefragt, welcher Prozentsatz der KollegInnen wohl betrüge oder welcher Prozentsatz von Vorgesetzten wohl Beschäftigte schlecht behandele - Fragen, die eher Auskunft über die Einstellung gegenüber Autoritäten geben sollen als über Jobkenntnisse. "Es war eher ein Integritätstest", urteilte ein Arbeiter auf dem JFK-Airport in New York. Sprachtests siebten darüber hinaus diejenigen StaatsbürgerInnen mit migrantischem Hintergrund aus, die mit Akzent gesprochen haben.

In der Konsequenz hat sich die Zusammensetzung der Arbeitskraft sehr verändert. "Unter den größten 100 Flughäfen, die 80% der Screener beschäftigen, bestand die große Mehrheit der Beschäftigten aus Angehörigen von Minderheiten", sagt Robert Masciola von der Gewerkschaft SEIU. Die TSA hat jetzt bekannt gegeben, dass 61% der neuen Arbeitskräfte Weiße sind. Nur noch 31% der "Neuen" sind Frauen. Außerdem seien nur 4.500 der 30.000 ehemaligen Screener übernommen worden; einige BeobachterInnen glauben, dass der tatsächliche Prozentsatz noch sehr viel niedriger liegt.

Die TSA hat viele ehemalige Angehörige aus dem Militär und dem Strafvollzug in Managementpositionen geholt, um eine autoritäre und einschüchternde Unternehmenskultur zu schaffen. Ein Bundesangestellter zu sein, ist also mitnichten eine Garantie für gute Arbeitsbedingungen. In Pittsburgh arbeiten Screener während der Ferien 48 Stunden in der Woche. Ihr Anspruch auf einen Tag Pause hängt von der Laune der Vorgesetzten ab. In New York ist die Pflicht zu Überstunden ein Dauerzustand, auf dem La Guardia-Flughafen gilt für manche sogar eine 7-Tage-Woche. ArbeiterInnen an den Röntgengeräten haben oft immer noch keine Strahlungsindikatoren, die sie vor überhöhten Strahlendosen warnen. Einige laborieren an Rückenproblemen in Folge der schweren Gepäckstücke, die sie Tag für Tag heben müssen. Für die Entlohnung der Screener hat die TSA privatwirtschaftliche Modelle übernommen und "Bandbreiten" eingeführt. Screener erhalten so zwischen 23.000 und 34.000 Dollar im Jahr, wobei jedeR auf der untersten Stufe anfängt und die Vorgesetzten einseitig den aktuellen Lohn festsetzen. Die Probezeit für neu Eingestellte beträgt ein Jahr.

Rechtlos in Washington

Trotz der Jobunsicherheit hat es nicht lange gedauert, bis sich die neuen Screener organisierten. Bis Mitte Februar gab es Anträge auf kollektive Tarifverhandlungen in La Guardia, Baltimore, Pittsburgh, Chicago-Midway, Greensboro, Harlingen/Brownsville und Columbus. In Tampa, New York-JFK, Orlando, Charlotte, Atlantic City und Des Moines wurden solche Anträge vorbereitet.

Das war der Hintergrund, vor dem James Loy kollektive Tarifverhandlungen verboten hat. Die TSA will mit aller Macht verhindern, dass die Screener an jedem Flughafen Gewerkschaften aufbauen. Allerhöchstens sollte ihnen eine Tariforganisation auf nationaler Ebene zugestanden werden - ein enormes Hindernis für die aktuellen Organisierungsanstrengungen. Der Kongress verabschiedete daraufhin ein spezielles Gesetz, das der TSA nationale Tarifverhandlungen und einen entsprechenden Tarifpartner vorschreibt. Den lokalen Bemühungen der Screener war damit fürs erste das Genick gebrochen.

Die Entrechtung der Screener war keine isolierte Aktion. Bereits im Januar 2002 hatte die Bush-Administration festgelegt, dass für 1.000 Beschäftigte im Justizministerium Gewerkschaftsmitgliedschaft unvereinbar mit ihren Berufsanforderungen sei. Diese Regelung betraf Angestellte der Bundesstaatsanwaltschaft, von Interpol, der Drogenfahndung und dem Büro für Aufklärung. Die Anweisung erfolgte an dem Tag, an dem die Gewerkschaft der Angestellten im Finanzministerium ihre Anerkennung beantragte.

Im letzten Winter wurde der Homeland Security Act verabschiedet. Jede beliebige Gruppe von Beschäftigten aus dem Innenministerium konnte damit aus den bestehenden Regelungen über Gehaltsstufen, Beförderungssysteme, Kündigungsverfahren, Antidiskriminierungsmaßnahmen etc. herausgenommen werden. Außerdem konnte das Recht auf kollektive Tarifverhandlungen suspendiert werden. 170.000 öffentliche Beschäftigte sind davon betroffen. Anfang Februar 2003 verloren als erste 1.000 Beschäftigte des Amtes für Kartografie (NIMA) ihr Tarifierungsrecht. NIMA-Direktor James Clapper begründete den Schritt damit, dass kollektive Tarifverhandlungen die Fähigkeit seiner Angestellten einschränke, ihren Ermittlungs-, Aufklärungs- und Sicherheitspflichten nachzukommen. "Es ist ja nicht so, dass sich die Jobs geändert hätten oder dass sich der Auftrag der NIMA geändert hätte", meint dazu die Gewerkschafterin Diane Witika. "Das Vorgehen ist schlicht Teil des allgemeinen Plans der Bush-Administration, die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor zu zerschlagen."

Mit Sicherheit auf die harte Tour

Im Dezember 2001 verbot Bush einen Streik bei United Airlines. Dort hatten 15.000 MechanikerInnen nahezu einmütig für einen Streik gestimmt, weil sie für Löhne weiter arbeiteten sollten, die bereits 1994 ausgehandelt worden waren. Als die Gesellschaft schließlich im Januar 2003 den Konkurs anmeldete, versuchte die Geschäftsführung, den Beschäftigten massive Lohnzugeständnisse abzuzwingen, und Bush drohte, die 1,8 Mrd. Dollar Bundesbürgschaft zurückzuhalten, falls die Gewerkschaften den Lohnkürzungen nicht zustimmten.

Die Administration hat offen damit argumentiert, dass die Lufttransportindustrie für die amerikanische Gesellschaft lebenswichtig sei und dass Arbeitskämpfe daher eine Bedrohung für die Wirtschaft und die Nation selbst seien.

Am 31. Juli letzten Jahres lief an der Westküste der Tarifvertrag zwischen der Hafenarbeitergewerkschaft ILWU und den Hafenbetreibern (PMA) aus. Und wiederum intervenierte das Weiße Haus: Innenminister Tom Ridge und VertreterInnen des Arbeitsministeriums warnten die ILWU, dass die Administration jede Unterbrechung der Arbeiten auf den Docks als Bedrohung der nationalen Sicherheit ansehen würde. Sie drohten mit dem Taft-Hartley Act (1) damit, die Pazifikhäfen unter den Railway Labor Act zu stellen (und damit Streiks direkt zu illegalisieren) und der ILWU die Verhandlungsmacht für alle Häfen zu entziehen. Die Stellungnahme der Regierung vor Gericht, vorgetragen von Verteidigungsminister Donald Rumsfield, enthüllte eine bemerkenswerte neue Philosophie: "Das Verteidigungsministerium greift bei der Sicherstellung seiner Anforderungen in steigendem Maße auf kommerzielle Güter und Verfahrensweisen zurück", so Rumsfield. "Rohstoffe, medizinische Vorräte, Ersatzteile und Komponenten sowie die alltäglichen Versorgungsgüter für unsere Streitkräfte sind Teile der notwendigen militärischen Fracht, die von kommerziellen Vertragsfirmen übernommen und die typischerweise nicht als Militärgut klassifiziert werden." Mit anderen Worten: Jede Arbeitsunterbrechung in den Häfen ist eine Bedrohung der nationalen Sicherheit. "Bedrohung" wird hier nicht mehr in Kategorien zentraler lebenswichtiger Dienste definiert, sondern rein ökonomisch. Jeder Streik, der die laufenden wirtschaftlichen Aktivitäten in einer Branche oder einem großen profitablen Unternehmen unterbricht, kann als eine solche Bedrohung definiert und illegalisiert werden. Anfang Oktober 2002, nach 12 Tagen Aussperrung, gingen die Hafenarbeiter wieder zur Arbeit; nicht freiwillig, sondern unter dem Druck der Regierung. Die Tarifverhandlungen wurden einen Monat lang fortgeführt - unter dem Taft-Hartley-Gesetz und seiner vorgeschrieben 80-tägigen Arbeitskampfpause.

Die Instrumentalisierung der nationalen Sicherheit hat einen immer stärkeren Effekt auf die Gewerkschaften. Wenn die Logik der "Bedrohung" einmal akzeptiert ist, kann damit beinahe jede Maßnahme legitimiert werden. In den Worten Chris Rhatigans von der TSA: "Kollektive Tarifverhandlungen sind unvereinbar mit der nationalen Sicherheit." Nico Melendez, ein weiterer leitender TSA-Repräsentant, drückte es noch deutlicher aus: "Sicherheit ist das oberste Gebot, und kollektive Tarifverhandlungen können das System zerstören."

David Bacon

Anmerkung:

1) Nach dem Taft-Hartley-Act können Streiks und Aussperrungen von der Bundesregierung zwangsweise ausgesetzt werden. Zudem erlaubt das Gesetz den Einsatz des Militärs und der Nationalgarde als Streikbrecher. Zuletzt wurde der Taft-Hartley-Act 1976 gegen die militanten Streiks in den Kohlerevieren Kentuckys eingesetzt.

Der englischsprachige Originaltext ist über www.labournet.de abrufbar. Er wurde von ak gekürzt. Übersetzung: Dirk Hauer.

27. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:34

F. Vogelpest

Was tun, wenn die Vogelpest ausbricht und Geflügelfarmer Millionen von Kücken umbringen müssen? Man handelt schnell und unbürokratisch, wie z.B. in der niederländischen Provinz Limburg. In einer konzertierten Aktion erlaubten Finanzamt, Asylbehörde und Arbeitsamt, dass Victor Moonen in seinem Betrieb "Moonen Agroservice" kurzfristig bis zu 500 Flüchtlinge, viele von ihnen ohne gültige Papiere, einstellen konnte. Damit alles seine formelle Ordnung hat und ordnungsgemäß Beiträge und Steuern entrichtet werden konnten, wurden die neuen, illegalisierten ArbeiterInnen von den Behörden auf eine fiktive Person reduziert. Das war die Geburtsstunde von "F. Vogelpest, unverheiratet, geboren am 14. April 2003", versehen mit einer ordentlichen Sozialversicherungsnummer. Moonen selbst kam die Anweisung des Finanzamtes, seine ArbeiterInnen wie eine Person zu behandeln offenbar komisch vor: "Aber wenn Sie so was schwarz auf weiß vom Finanzamt bekommen, halten sie sich dran".

In der Logik der Konstruktion lag es, dass das Vogelpest-Baby innerhalb kürzester Zeit 1,5 Mio. Euro verdiente, so viel wie sonst hunderte Beschäftigte. Doch offenbar weiß auch in den Niederlanden die rechte Hand manchmal nicht, was die linke tut. Denn plötzlich hatte Victor Moonen nicht die Steuerfahndung, dafür aber die InspektorInnen der Behörde für Arbeitsschutz auf dem Hals. Denn wenn F. Vogelpest so schnell so viel Geld verdient, dann geht das nur, wenn massiv gegen die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeiten verstoßen wird. Offenbar lag hier ein besonders krasser Fall von illegaler Kinderarbeit vor.

Wie die bürokratische Säuglingsfiktion nun strafrechtlich behandelt wird, ist unklar. Die Behörden müssen entscheiden, ob das Finanzamt wegen Anstiftung zur Dokumentenfälschung angeklagt wird oder Bauer Moonen wegen Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz.

(Frankfurter Rundschau, 18.7.03)

Spams gegen Intel

Kourosh Kenneth Hamidi ist 56 Jahre als, ein Querulant und notorischer Email-Verschicker. Seit 1996 betreibt er die Intel-kritische Website "FACE - Intel" ("Zeigen wir's Intel), die regelmäßig über Lohnvereinbarungen, Verstöße gegen Kündigungsschutzabkommen, Diskriminierungspraktiken u.ä. beim weltgrößten Computerchiphersteller informiert. 1995 ist Hamidi auf Grund eines Streits um einen Arbeitsunfall vom Chip-Multi Intel entlassen worden. Bis zu 30.000 Mails hat er darauf hin an Intel-Beschäftigte geschickt, in denen er über seine Entlassung und andere zweifelhafte Praktiken des Chip-Herstellers informierte. Hamidi sei dabei unerlaubt in das Computersystem des Konzerns eingedrungen und habe der Belegschaft viel Zeit gekostet, lautet die Klage, die Intel seit dem gegen Hamidi und seinen virtuellen Arbeitskampf vorbringt. Doch alle Versuche des Konzerns, die Mails zu blocken und vor Gericht Unterlassungen zu erwirken, sind jetzt erst einmal gestoppt.

Der Oberste Gerichtshof von Kalifornien hat Anfang Juli in einem Grundsatzurteil festgestellt, dass Hamidis Aktionen den Chip-Hersteller zwar nerven, aber durch das verfassungmäßige Recht der freien Meinungsäußerung gedeckt sind. Die Mail-Server von Intel seien nicht beschädigt worden, Adressaten seien auf Wunsch unverzüglich von der Mailing-Liste gestrichen worden. Richterin Kathryn Werdegar: "Er hätte genauso gut ein Plakat vor der Firmenzentrale hochhalten, mit einem Lautsprecher auf das Firmengelände rufen, Briefe schreiben oder telefonieren können." Ein Freifahrtschein für Spams ist das Urteil des Gerichts jedoch nicht. Mails mit kommerziellem Inhalt können sich definitiv nicht auf die freie Meinungsäußerung berufen. Hamidi selbst erklärte, er werde nun weiter per Mail an die Beschäftigten über die Machenschaften des Konzerns aufklären: "Ich werde es bis zum Maximum treiben."

(www.labournet.de)

Arbeit macht arm

Sie steht bis zu 12 Stunden auf den Beinen, sechs Tage in der Woche, von morgens sechs bis abends sechs. Dann hat sie drei Tage frei. Sie steht am Eingang des Berliner Reichstages an der Röntgen-Schleuse. Jeden Morgen steht sie um halb fünf auf, um per Bus und Bahn rechtzeitig bei der Arbeit zu sein; abends dasselbe zurück. Sie bekommt pro Stunde 4,90 Euro. Netto bleiben ihr ca. 1000 Euro im Monat. Sie hat fünf Kinder, von denen zwei noch zu Hause leben, und einen Mann, der seinen Job verloren hat, aber immer hin noch Arbeitslosengeld bezieht. Deswegen komme die Familie gerade so hin, sagt sie. Fleisch gibt's einmal in der Woche, neue Klamotten einmal im Jahr; in die Kneipe geht sie einmal im Monat, und im Urlaub war sie das letzte Mal 1988. Sie ist Billig-Jobberin.

Die Jobs der Zukunft heißen Einpackhelfer, TütenschlepperIn, Putzhilfe oder Blutspender. Sie sollen die Arbeitsmarktstatistik bereinigen, die Wirtschaft ankurbeln, "Beschäftigungsperspektiven eröffnen" und die Wiederwahl von Schwarz-Grün-Rot-Gelb garantieren. Nach ersten Schätzungen sind seit April 2003 mit den neuen Hartz-Gesetzen 600.000 dieser "Minijobs" neu entstanden, davon ungefähr 30.000 in privaten Haushalten. Insgesamt soll sich ihre Zahl inzwischen auf sechs Millionen belaufen, das wäre jeder sechste Erwerbstätige. Auch die Zahl der sog. geringfügig Beschäftigten hat sich drastisch herhöht. Nach Angaben der Bundesknappschaft in Cottbus waren es am 31.3.2003 5,3 Mio. Beschäftigte gegenüber bisher 4,7 Mio. Seit dem 1. April diesen Jahres sind noch einmal mehr als zehn Prozent hinzugekommen. 1.200 Euro brutto ist die Armutsgrenze in Deutschland. Demnach arbeiten 12 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland zum Armutslohn, 2,2 Mio. allein im Westen, in den neuen Bundesländern liegt die Zahl deutlich höher.

(www.labournet.de)

Berufsverbot bei Greenpeace

Wer in einem Bauwagen wohnt und auf "Bambule" Demos geht, ist "gewaltbereit". Das meint nicht nur die Springerpresse sondern auch der Umweltkonzern Greenpeace. "Unsere Policy ist Gewaltfreiheit", sagt deren Pressesprecher Fouad Hamdan und begründet so den Rausschmiss von drei Honorarkräften Ende Juni. Die drei arbeiten seit eineinhalb bis zwei Jahren im Greenpeace Aktionslager in Hamburg und hatten sich im Herbst letzten Jahres friedlich an den Demos gegen die Räumung des Bauwagenplatzes "Bambule" beteiligt. Mehr kann Greenpeace den Dreien konkret nicht vorwerfen, aber "Struppi", Bauwagen und Bambule reicht offenbar aus, um die Lesart von den "gewaltbereiten Autonomen" 1:1 zu übernehmen. Die Betroffenen sprechen zu recht von einem "Generalverdacht" ihnen gegenüber, aus dem heraus die Kündigungen ausgesprochen wurden.

Die Kündigungen haben zu heftigen Diskussionen innerhalb und außerhalb von Greenpeace geführt. Beschäftigte befürchten Sanktionen, wenn sie privat auf eine Demo gehen oder auch nur Sympathie für die BambulistInnen äußern würden. Schadenbegrenzung nach innen und außen ist seitdem die Parole der Geschäftsführung: Mitarbeiterinnen werden zu "klärenden Gesprächen" gebeten, Konflikte zu "Missverständnissen" umgedeutet. Die Kündigungen hingegen würden vorerst "nicht zurückgenommen"

(taz-Hamburg, 30.6.03, 3.7.03)

Teilzeit in Down under

Victoria ist eine Provinz in Australien, eine boomende Provinz mit schönen, weißen Stränden und einer wachsenden Bevölkerung. In den letzten 13 Jahren sind allerdings nur 33.700 neue Arbeitsplätze in Victoria entstanden, alles Teilzeit-Jobs. In ganz Australien sind zwei Drittel aller in den 1990er Jahren neu entstandenen Jobs Teilzeit-Arbeitsplätze gewesen. Während in den 1980er Jahren ca. 1 Mio. Vollzeitarbeitsplätze neu entstanden sind, waren es seit 1990 nur noch 575.000. Im Gegensatz dazu arbeiten 1,1 Mio. Menschen Teilzeit. Sie machen das keineswegs freiwillig. 742.000 aller Teilzeit-Beschäftigten würden lieber länger arbeiten. 1990 waren es nur 288.000. Der Hintergrund ist einfach: Die meisten Teilzeit-Jobs sind schlecht bezahlt, dereguliert und befristet. Die australischen Gewerkschaften sprechen von einer permanenten Unterbeschäftigung, die vor allem in den ländlichen Regionen zu einer regelrechten Armutsfalle geworden ist. "Die Menschen können es sich nicht leisten, wegzuziehen, und sie können es sich nicht leisten zu bleiben", sagt Andrew McCallum vom australischen Council of Social Service.

(www.labournet.de)

Campen und Prügel

Jeden 1. Mai gegen 13.30 beginnt traditionellerweise an der Porta del Sol in Madrid die Abschlusskundgebung der beiden großen spanischen Gewerkschaftsverbände CCOO und UGT. In diesem Jahr allerdings musste sie ohne den CCOO-Generalsekretär José Maria Fidalgo stattfinden. Ein ehemaliger Beschäftigte der spanischen Telekommunikationsfirma Sintel hatte mit einer Fahnenstange auf ihn eingedroschen, als er aufs Rednerpult steigen wollte.

Hintergrund für diese Aktion war nicht nur Fidalgos Obstruktionspolitik gegen den geplanten Generalstreik gegen den Irak-Krieg, sondern seine Haltung gegenüber den Sintel-ArbeiterInnen, die seit nun mehr zweieinhalb Jahren für die Sanierung des Betriebes, den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die Weiterzahlung der Löhne kämpfen.

Die Krise bei Sintel begann mit der Privatisierung des spanischen Telefonmarktes vor fünf, sechs Jahren. Seit dem ist die Sintel-Belegschaft von 3.700 auf 1.800 Beschäftigte geschrumpft. Am 28. Januar 2001 campierten 1.200 von ihnen direkt vor den Ministerien für Energie, Wirtschaft, Technologie und Forschung in Madrid. Ein halbes Jahr lang wurde dieses "Hoffnungscamp" aufrecht erhalten. Auch in anderen Landesteilen gehen Sintel-ArbeiterInnen zu öffentlichen Camp-Aktionen über, so Anfang Juli im Zentrum der baskischen Metropole Donosti/San Sebastian.

(www.labournet.de)

28. Kein Grund zur Freude. Die EU gibt sich eine Verfassung

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:04

Soziale Grundrechte finden nur selten den Weg in bürgerlich-demokratische Verfassungen. In der Regel geht es da eher um das "Recht auf Eigentum" als um das "Recht auf soziale Sicherheit". Die neue EU-Verfassung macht da keine Ausnahme.

Ludwig van Beethovens "Ode an die Freude" ist nun laut Verfassung die offizielle EU-Hymne. Mit dem Verfassungsvertrag, den am 18. Juli der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi entgegengenommen hat, sind fast alle Regierungen und die großen Lobbyorganisationen der Wirtschaft äußerst zufrieden. "Man muss dafür sorgen, dass der Entwurf nicht revidiert und umgekrempelt wird", sagte Berlusconi zwei Tage später.

Nicht alle teilen die Freude über die künftige Verfasstheit. Friedensinitiativen kritisieren die dort festgeschriebene Militärisierung der EU, Radikaldemokraten die undemokratische Art und Weise, wie dieser Verfassungsvertrag entstanden ist. Es gab keine verfassungsgebende Versammlung im herkömmlichen Sinne, in der von den Parlamenten gewählte Delegierte bestimmen, was dort hineingeschrieben wird. De facto ist es ein Werk, das vor allem die nationalen Regierungen unter sich ausgehandelt haben. Ganz besonders fällt aber auf, dass es keine garantierten sozialen Rechte gibt.

Die im Teil I des Verfassungsvertrages integrierte Grundrechtecharta erscheint beim oberflächlichen Lesen zwar angemessen und erwähnt sogar einige soziale Rechte. Demnach gibt es ein Recht auf den Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit, u.a. bei Mutterschaft, Krankheit, Alter und Arbeitsunfällen. Sogar eine "Unterstützung für die Wohnung" soll all denjenigen zustehen, die nicht über ausreichende Mittel verfügen.

Ernüchterung stellt sich allerdings ein, wenn man auf die Feinheiten der Formulierungen achtet und die Erläuterungen im Teil II des Verfassungsvertrages liest - abgesehen von den sozialen Rechten, die weder in der Grundrechtecharta noch sonst irgendwo im Vertragstext Erwähnung finden.

Zum Beispiel Renten- und Erwerbslosenbezüge. Es gibt kein garantiertes Recht auf eine Rente und auch keinen garantierten Schutz im Fall von Erwerbslosigkeit. Verliert jemand seine Erwerbsarbeit, soll lediglich der kostenlose Zugang zu Einrichtungen der Arbeitsvermittlung sicher gestellt sein. Im zweiten Teil des Vertragsentwurfs und in den Grundrechtserläuterungen des Konvents werden sogar die in der Grundrechtecharta erwähnten sozialen Rechte relativiert. Sie stehen samt und sonders unter Finanzierungsvorbehalt. In der Sprache der EU-Bürokraten hört sich das so an: Diese Rechte dürfen nicht die "Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union" untergraben. Sie dürfen "das finanzielle Gleichgewicht nicht beschädigen", und die "Leistungen der Daseinsvorsorge sollen mit den Vorschriften des Binnenmarkts vereinbar sein".

Im Gegensatz zu den sozialen Rechten haben die Rechte des profitorientierten Binnenmarktes oberste Priorität. Das heißt unter anderem freie Fahrt für die weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Neben der Rente sind davon u.a. auch die Wasserversorgung und das Bildungs- und Gesundheitssystem betroffen. In einigen EU-Mitgliedsländern wurden bereits die Energieversorgung, die Verkehrssysteme und Teile der Altersvorsorge in die Hände von privaten Konzernen und Versicherungsgesellschaften gelegt. Der Verfassungstext mahnt zwar eine qualitativ gute Versorgung an, aber die bisher gemachten Erfahrungen - zum Beispiel in Großbritannien - sprechen eine andere Sprache. Bahnfahrten sind dort die teuersten in der EU und gleichzeitig die schlechtesten und gefährlichsten. Von der privaten Altersvorsorge haben dort nur die Versicherungsgesellschaften profitiert, nicht aber diejenigen, die ihnen ihr Geld anvertraut haben, um im Alter ohne Armut leben zu können. Viele sind heute auf die spärliche Sozialhilfe angewiesen.

Im Gegensatz zum deutschen Grundgesetz kennt die künftige EU-Verfassung keine soziale "Verpflichtung des Eigentums" mehr. Das "Recht auf Eigentum" wird sogar durch ein weiteres Grundrecht, das ein juristisches Novum darstellt, ergänzt: die "unternehmerische Freiheit". Sie erhält Verfassungsrang. Was das konkret

bedeutet, ist noch schwer auszumachen. Aber die Anwälte aus den Chefetagen der Großkonzerne und Banken werden dieses Grundrecht sicher weit auszulegen wissen.

Fazit: Soziale Rechte und öffentliche Daseinsvorsorge werden der Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarktes untergeordnet. Der Verfassungsvertrag schreibt die neoliberale Ideologie als einen Grundpfeiler der Europäischen Union fest. Während in Deutschland dazu kaum kritische Stimmen zu hören sind, artikuliert sich vor allem in den Mittelmeerländern und in Belgien lautstarker Protest von großen Gewerkschaftsverbänden, Menschenrechtsorganisationen und linken Parteien. Ende des Jahres wollen einige von ihnen eine alternative Verfassung vorlegen, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit in der EU orientiert. Aus Deutschland wird sich daran keine der im Bundesparlament vertretenen Parteien beteiligen. Auch von der PDS ist nichts dergleichen zu erwarten. Sylvia-Yvonne Kaufmann (PDS), Vorsitzende der linken Fraktion im Europaparlament und Mitglied im Europäischen Konvent, attestiert dem Verfassungsvertrag sogar einen "Bruch mit der einseitig neoliberalen Ausrichtung der EU".

Gerhard Klas,

Rheinisches JournalistInnebüro

29. Machtdispositive jenseits des Nationalstaats. Transformation von Rechtsformen ...

Transformation von Rechtsformen und kapitalistische Globalisierung

Autor: Sonja Buckel · Rubrik: Diskussion; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:31

Im folgenden dokumentieren wir einen Vortrag, den Sonja Buckel am 12.7.2003 im Rahmen der Veranstaltung "Globale Herrschaft - globaler Widerstand" in Frankfurt gehalten hat. Zu dieser Veranstaltung hat www.links-netz.de anlässlich der Verabschiedung von Prof. Joachim Hirsch mit Unterstützung von medico international und des Sozialistischen Büros geladen. Sonja Buckel diskutiert in diesem Vortrag die These von Antonio Negri und Michael Hardt über das "Empire" als neue Weltordnung, die zugleich eine neue Rechtsordnung ist. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass die These vom Empire gerade auch gegen ihre Autoren zu verteidigen sei: Denn auch wenn man vom Ökonomismus, der der Argumentation von Hardt/Negri zugrunde liegt, nicht ausgeht, so Buckel, so zeigt die Analyse gegenwärtiger transnationaler juridischer Formationen gleichwohl, dass sich im globalen Raum neue Rechtsformen herausbilden, für deren Analyse die Konzeption des Empire einen Ausgangspunkt darstellen könnte.

Ihr herrscht über ein Imperium und Milliarden von Menschen sind Eure Untertanen" (1): Die Disobbedienti machen Politik im Empire - nach Hardt und Negri die neue Form der Souveränität, die ihre globalen Verfassungselemente über ein breites Netzwerk verstreut. An der Spitze stehen die metropolitanen Staaten mit ihren Clubs und Vereinigungen sowie das de-facto Weltgewaltmonopol der USA, darunter befinden sich die transnationalen Unternehmensnetzwerke sowie die restlichen Nationalstaaten und schließlich die Agenturen der Zivilgesellschaft. Dieses Netzwerk folge einer einheitlichen Logik, nämlich der kapitalistischen im eigentlichen Sinne: der des Gesamtkapitals. Politische und ökonomische Herrschaft sollen dabei eins sein. Dies ist die politische Macht, "die der Globalisierung ökonomischer und sozialer Verhältnisse adäquat" sein soll. (2) Ihre sogenannte "biopolitische" Grundlage hingegen ist die "Multitude" der vielfältigen und differenten Einzelnen. Deren Tätigkeit erschafft das Empire jeden Tag neu und kann es insofern auch schöpferisch transformieren. So weit die Idee.

Diese Auffassung zu kritisieren ist nicht schwer. Weitaus anspruchsvoller ist die Frage, wie die These gegen ihre Autoren zu verteidigen sei. Dazu muss man sich zunächst undramatisch vom darin anwesenden Ökonomismus verabschieden; das heißt von der Illusion einer Einheit von Politik und Ökonomie, die letztlich das alte staatstheoretische Defizit Negris offenbart: Staat sei nur die eine, verselbständigte Seite des Kapitals, (3) die dann in der Globalisierungsära wieder mit ihrer anderen Seite verschmilzt.

Die Trennung von Ökonomie und Politik ist demgegenüber sowohl für Nicos Poulantzas als auch für Joachim Hirsch das Wesensmerkmal des Kapitalismus und Grundlage des modernen Staates. Der strukturell krisenhafte gesellschaftliche Zusammenhang erzwingt eine auf den Erhalt der Gesellschaft insgesamt gerichtete, außerhalb des Verwertungsprozesses stehende Tätigkeit, die allerdings auf diesen immer bezogen bleibt, so Joachim Hirsch. (4) Mit entwaffnender Offenheit bekennt Negri andererseits, er habe noch nie verstanden, was "relative Autonomie" des Staates eigentlich bedeuten soll. (5)

Wie könnte der Paradigmenwechsel staatlicher Souveränität, den das Empire darstellen soll, jenseits des Ökonomismus verstanden werden? Dass darauf keine befriedigende Antwort gegeben werden kann, hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Hardt und Negri uns dazu verlocken, das Neue fassen zu wollen, bevor es zur objektiven Kategorie geworden ist. Doch das ist andererseits zugleich ihr Verdienst: dass wir die Augen offen halten für eine unterirdische Transformation, die längst begonnen hat, die wir aber nicht wahrnehmen wollen.

Staat und Recht: relativ autonom

Das Empire ist nach Hardt und Negri überraschenderweise eine Rechtsordnung, d.h. eine Weltordnung, die sich als juridische Formation ausdrückt. (6) Doch das Recht, das sie ausmachen, ist keines. Sie benennen die Kriege seit dem Zweiten Golfkrieg, und glauben dafür ein Ausnahme"recht" gefunden zu haben, das sich als die Macht des Faktischen durchsetzt und über moralische Diskurse (wie den der Menschenrechte) legitimiert.

(7) Aber das Recht des Stärkeren ist gerade keines. Wieder wird die relative Autonomie, diesmal die des Rechts, negiert. Gleichwohl ist die These der imperialen Rechtsordnung, die sich jenseits der Nationalstaaten etabliert, ein Ausgangspunkt.

"In der bürgerlichen Gesellschaft entspringt das Recht der Tatsache, dass es eine abstrakte Verallgemeinerung der besonderen Interessen gibt", schreibt Herbert Marcuse. (8) Die Gesellschaftlichkeit der Arbeit nimmt hier die spezifische Form der allgemeinen Warenproduktion an. "Weil die Einzelnen ihre individuelle Arbeit in Gestalt voneinander unabhängiger Privatarbeiten verausgaben, müssen sie ihre Produkte tauschen. Dies ist die einzige Möglichkeit, dass sich ihre Privatarbeiten überhaupt als Bestandteile der gesellschaftlichen Gesamtarbeit betätigen", so Michael Heinrich. (9) Gesellschaft kann sich nicht bewusst herstellen, produziert versachlichte Mechanismen ihres Zusammenhalts, kurz: soziale Formen.

"Eine nur aus Einzelheiten zusammengesetzte Welt wäre unvorstellbar und sie wäre unbewohnbar", so John Holloway. (10) Die isolierten Einzelnen werden in einem zweiten Schritt zur abstrakten Allgemeinheit der mit subjektiven Rechten ausgestatteten Rechtsubjekte zusammengefügt. Dies geht nur durch Abstraktion, Abstraktion von ihrer konkreten körperlichen Verfasstheit, ihrer Klassenzugehörigkeit, ihrem Geschlecht sowie ihrer gesellschaftlichen Zurichtung und Disziplinierung. Dadurch erlangen sie den Status formaler Gleichheit. Ihre gesellschaftlichen Ansprüche und Bedürfnisse können sie fortan nur noch über die Bezugnahme auf jene Gleichheit geltend machen. Rechtsgleichheit wird zu einer Form ihrer Gesellschaftlichkeit, juridisch fixiert - vergegenständlicht als Gesetz, als Strafe, als Verwaltungsakt, niedergeschrieben in Gesetzbüchern, ausgelegt in Kommentaren, kommuniziert in Urteilen und darauf aufbauenden Diskursen einer juridischen Fach-Community. Die Praxis der isolierten Einzelnen gerinnt zu einer vergegenständlichten Struktur, die sinnlich nur noch als feierliches Gerichtsgebäude oder als tristes Gefängnis wahrnehmbar ist. Der vergegenständlichte Träger der sozialen Formen gewinnt auf diese Weise ein undurchsichtiges Eigenleben gegenüber den Produzenten dieser Formen. "Die Rechtsform wird normalerweise nicht in Frage gestellt," so Isaac Balbus, "weil die Form selbst gewöhnlich die Möglichkeit dieser kritischen Operation ausschließt. Das In-Frage-Stellen der Rechtsordnung setzte Individuen voraus, die sich selbst als Subjekte wahrnähmen, die ein Objekt untersuchten, welches sie selbst kreiert haben und über welches sie die Kontrolle besitzen." (11) Dies erklärt das relative Eigenleben des Rechts, das es gegenüber den unmittelbaren AkteurInnen erhält. Relativ ist es, insofern es in Relation zu anderen Praxen und zum gesellschaftlichen Zusammenhang steht. Soziale Formen, so auch die Rechtsform, benötigen, das hat Joachim Hirsch betont, eine institutionelle Materialität, deren Tendenz sie zugleich bestimmen. (12) Kräfteverhältnisse verdichten sich in jener formbestimmten Materialität zu Machtdispositiven, wie Poulantzas dies formulierte. (13)

Und hier kommen wir wieder zurück zum Empire. Denn tatsächlich entstehen solche juridischen Machtdispositive jenseits der Nationalstaaten: im Europäischen Gerichtshof, dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), dem WTO-Streitschlichtungspanel, den internationalen Schiedsgerichten und vielem mehr. Es lässt sich zeigen, dass sie tatsächlich eine neue rechtliche Qualität aufweisen. Insofern ließe sich die These vom Empire als juridischer Rechtsordnung halten - allerdings nicht unabhängig vom Nationalstaat: Weder die Sanktionen der WTO noch die Strafverfolgung des IStGH sind ohne die tradierten Nationalstaaten denkbar.

Rechtssubjekte: abstrakt verallgemeinert

Doch das ist für die These des Empire auch gar nicht nötig, die sich ja auf den Übergang von einer historischen Formation zur nächsten bezieht. Jener darf gerade nicht als Bruch verstanden werden, sondern muss als "Anschmiegen" an die bestehende überkommene Struktur gedacht werden, deren Stützpfeiler die neuen Dispositive für ihre Zwecke übernehmen. Sicher: Das Gewaltmonopol des Nationalstaats ist nach wie vor unhintergehbar. Doch gerade deshalb wird er zur "Andock-Station" etwa für die Exekution des europäischen Rechts. In diesem Fall ist der Prozess schon so weit fortgeschritten, dass man schlechterdings nicht mehr von nationalen Gerichten und Verwaltungen reden kann, sondern im Prinzip nur noch von europäischen - mögen sie auch in Deutschland oder Finnland verortet sein. Die Nationalstaaten selbst sind längst zentrale Knotenpunkte innerhalb der globalen Rechtsordnung.

Doch ein Problem drängt sich nach wie vor auf: Imperial ist diese Rechtsordnung nur dann, wenn man tatsächlich davon reden könnte, dass über die Imperialismen der Zentren hinweg sich etwas wie ein Weltzusammenhang herausbildet, der es tatsächlich erlaubt, die letzten Kriege als Teil einer "Weltinnenpolitik"

(Habermas) zu begreifen. Nur so könnte man das Gewaltmonopol des mächtigsten Staates als "Weltgewaltmonopol" begreifen, das quasi in Form einer "Geschäftsführung ohne Auftrag" gerade durch seine eigenen imperialistischen Interessen hindurch einem metropolitanen Kontrollregime Geltung verschafft: Kaum interveniert das US-Militär in Liberia, um potenzielle terroristische Rückzugsbasen zu verhindern, schon sekundiert die EU im Kongo. Kann man davon ausgehen, dass die globale Vernetzung von Kapital und Kulturindustrie sowie die neuen Informationstechnologien einen weltgesellschaftlichen Zusammenhang auf den Weg gebracht haben, dem etwa auch die neuen politischen Widerstandsformen entsprechen? Die notwendige Einheit der imperialistischen Staaten, eine Art Ultraimperialismus, müsste dazu nicht vorausgesetzt werden. Das imperiale Projekt würde sich vielmehr durch die nationalen Wettbewerbsstaaten und ihre Konkurrenz hindurch etablieren und dazu dienen, den "Prozess der kapitalistischen Globalisierung (...) gegen die Risiken und Krisen abzusichern, die dieser Prozess fortlaufend produziert." (14) Die Differenzen zwischen den regionalen Blöcken USA und EU würden auf nicht mehr verweisen als auf unterschiedliche Modelle kapitalistischer Regulation.

Wo wir stehen: inmitten des Übergangs

Ob man die Welt so interpretieren darf, bleibt, so lange die Prozesse unterirdisch bleiben, Spekulation. Doch wenn sich neue Rechtsformen im globalen Raum herausbilden, ist dies ein Zeichen für veränderte gesellschaftliche kapitalistische Verhältnisse, die zu ihrer Prozessierbarkeit des Rechts als Träger gesellschaftlicher Synthesis bedürfen. Recht ist tatsächlich ein "Index für Konstitutionsprozesse". (15) Vom Recht aus betrachtet also spräche zumindest einiges dafür, dass die Analyse der Veränderung von Gesellschaft vom Empire auszugehen hat.

Sonja Buckel

Anmerkungen:

1) Tute Bianche "Kriegserklärung an die Mächtigen der Welt, Genua 26.05.2001

2) Michael Hardt / Antonio Negri, Empire. Cambridge/London 2000, S. 24

3) Antonio Negri, "Paschukanis lesen. Notizen anlässlich der erneuten Lektüre von Eugen Paschukanis' allgemeine Rechtslehre und Marxismus (1973)". In: Bruhn, Joachim / Manfred, Dahlmann / Nachtmann, Clemens (Hg.). Kritik der Politik. Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag, Freiburg 2000, 201 - 258, S. 223

4) Joachim Hirsch, "Politische Form, politische Institutionen und Staat". In: Esser, Josef / Görg, Christoph / Hirsch, Joachim (Hg.). Politik, Institutionen und Staat, Hamburg 1994, 157-212, S. 167

5) Antonio Negri, "Empire und die konstituierende Macht der Multitude. Interview v. Thomas Atzert und Jost Müller". In: Atzert, Thomas / Müller, Jost (Hg.). Kritik der Weltordnung. Globalisierung, Imperialismus, Empire, Berlin 2003, S. 57

6) Hardt / Negri, S. 19

7) ebd. S. 33

8) Herbert Marcuse, Vernunft und Revolution. 2. Aufl., Neuwied am Rhein 1962, S.177

9) Michael Heinrich, Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition. Münster 1999, S. 207

10) John Holloway, Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen. Münster 2002, S. 80

11) Isaac D. Balbus, "Commodity Form and Legal Form: an Essay on the 'Relative Autonomy' of the Law". 1977. In: Law and Society Review Nr. 11, 571-588, S. 582

12) Hirsch, S. 173 f.

13) Nicos Poulantzas, Staatstheorie: politischer Überbau, Ideologie, sozialistische Demokratie. 1. Aufl., Hamburg 1978, S. 134.

14) Thomas Atzert/ Jost Müller, "Die Fortsetzung des Krieges". In: Subtropen 04/2003

16) Hardt / Negri, S. 25

30. Im nationalen Interesse. Geschichtspolitik für deutsche Zukunftsprojekte

Autor: Guido Speckmann · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:10

Während Otto Normalbürger öffentliches Erinnern an den Nationalsozialismus eher als störend empfindet, bekennen sich deutsche PolitikerInnen problemlos zu ihrer "historischen Verantwortung". Die Annahme einer abstrakten Täterschaft sei geradezu die "Bedingung einer selbstbewussten, nationalen Identität" - so die These eines kritischen Sammelbandes über "geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert". Denn erst das Eingeständnis eigener Schuld mache es möglich, auch als Opfer anerkannt zu werden. Diese "Normalisierung" bedeutet gleichzeitig das Ende aller historisch begründeten (Selbst-)Beschränkungen deutscher Politik.

Seit Mitte Juli bahnt sich im deutschen Feuilleton eine neue geschichtspolitische Debatte an, die wohl auch in Zukunft noch einigen Konfliktstoff bergen wird. Es geht um die Errichtung eines geplanten "Zentrums gegen Vertreibung" in Berlin oder Breslau. Die Lösung Berlin mit der nationalen Ausrichtung, wie auch das Projekt insgesamt, wird durch den Bund der Vertriebenen mit ihrer Präsidentin Erika Steinbach vorangetrieben. Zur Seite stehen ihr Otto Schily und der SPD-Multifunktionär Peter Glotz.

Kollektiver deutscher Opfermythos

Der SPD-Abgeordnete Markus Meckel sowie 65 Persönlichkeiten aus sechs Ländern bevorzugen eine europäische Orientierung mit Sitz in Breslau. In einem Appell warnen sie vor einer nationalen Ausrichtung des Zentrums und äußerten die Befürchtung, dies werde Misstrauen im Ausland hervorrufen. In Polen kritisierte Marek Edelmann, der letzte noch lebende Anführer des Warschauer Ghetto-Aufstands, dass durch ein rein deutsches Denkmal für die Vertriebenen "der Henker in die Rolle des Opfers schlüpfe."

Spätestens seit Martin Walsers Paulskirchenrede ist ein neuer deutscher Opferdiskurs zu verzeichnen, der zum Ziel hat, die Nation von der Vergangenheit zu befreien und sie in die internationale Opfergemeinschaft einzureihen. Dies geschieht durch die zunehmende öffentliche Thematisierung der Leiden der vertriebenen Deutschen, aber auch der Deutschen, die Opfer der alliierten Bombenangriffen wurden. Die Neue Zürcher Zeitung bezeichnete dies als "mentalen Status quo der Berliner Republik im neuen Jahrhundert".

Sekundärer Antisemitismus wird salonfähig

Insofern erscheint gerade zur rechten Zeit ein kritischer Sammelband über "geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert". In fünf Beiträgen werden der deutsche Opferdiskurs, die Antisemitismusdebatte, die neue "Wehrmachtsausstellung", die Universalisierung der NS-Erinnerung sowie der Wandel des Gedenkens an historischen Stätten der NS-Verbrechen reflektiert. Gemeinsam ist allen Aufsätzen, dass sie die geschichtspolitisch aufgeladenen Debatten als Feld der politischen Auseinandersetzung auffassen, mit denen politische Projekte der Zukunft legitimiert werden sollen.

Im ersten Beitrag, überschrieben "Opfer, Tabu, Kollektivschuld. Über Motive deutscher Obsession", untersucht Samuel Salzborn die jüngsten öffentlichen Diskussionen über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten. Mit den Serien in ARD und ZDF, der bereits erwähnten Diskussion über das "Zentrum gegen Vertreibung" und nicht zuletzt mit dem Rummel um Günter Grass' Novelle "Im Krebsgang" sei offenkundig geworden, so Salzborn, dass die deutsche Öffentlichkeit über die deutschen Opfer reden will, ohne den geschichtlichen Kontext Nationalsozialismus zu erwähnen. Die Volkstums- und Vernichtungspolitik des deutschen Faschismus als unabdingbare Voraussetzung der Vertreibungen gerate aus dem Blickfeld. Salzborn spricht von einer bewussten Entkontextualisierung der Vergangenheit. Eine Folge davon sei, dass nun alles vergleichbar werde, weil die Fakten bis zur Sinnleere entstellt seien. Damit einher gehe eine Moralisierung der politischen Debatten. Bestes Beispiel ist die Parallelisierung der zu Beginn der NATO-Bombardements einsetzenden Flüchtlingsströme aus dem Kosovo 1999 mit den Vertreibungen im Zweiten Weltkrieg. Dank der Bilder flüchtender Kosovo-AlbanerInnen gelang es den deutschen Vertriebenenverbänden, ihr Anliegen in die politische neue Mitte und die Medien zu bringen.

Wie der geschichtspolitische Opferdiskurs für aktuelle außenpolitische Projekte genutzt werde, zeigen die verbalen Angriffe auf die Benes-Dekrete vor dem Hintergrund des Beitritts Tschechiens zur EU.

Salzborn legt dar, dass ein Tabu, über die deutschen Opfer zu reden, nur scheinbar existierte: Eine Auseinandersetzung mit den individuellen Schicksalen und Traumatisierungen der Menschen, unabhängig von einer Kategorisierung des Opfer-Täter Verhältnisses, habe es immer gegeben. Das Thema war keineswegs tabu, sondern in den 1950ern Jahren "allgegenwärtig". Unter Bezugnahme auf Freud führt Salzborn aus: "Man behauptet ein Tabu, das man in Wirklichkeit selbst errichten möchte - es soll ein Verbot geben, über Flucht und Vertreibung der Deutschen zu sprechen, allerdings erst, nachdem diese im kollektiven deutschen Opfermythos fest verankert sind." In den filmischen Beiträgen zu den Vertreibungen der Deutschen nach 1945 werde nicht deutlich, dass es ohne den Nationalsozialismus auch keine Vertreibung gegeben hätte. Zudem werde das individuelle Schicksal nicht als Illustration der historischen Interpretation, sondern als Beleg für die "generalisierende Wahrheit" angeführt.

Der zweite Beitrag - "Antizivilisatorische Affektmobilisierung. Zur Normalisierung des sekundären Antisemitismus" -, verfasst von Samuel Salzborn und Marc Schwietring, greift die Täter-Opfer-Umkehrung auf, nunmehr jedoch auf den sekundären Antisemitismus bezogen. Dieser sei ein Antisemitismus, der weitgehend auf traditionelle antijüdische Ressentiments verzichte, aber die Juden für die Folgen der Shoah - ein gestörtes nationales Selbstbild - verantwortlich mache. Der Wunsch, von der Vergangenheit entlastet zu werden, werde durch die Präsenz der Juden verhindert. Indem die Juden als zu einflussreich bezeichnet werden, kommen dann auch wieder traditionelle antisemitische Motive ins Spiel; allerdings resultiere daraus nicht wie im Nationalsozialismus eine Vernichtungsabsicht.

Die zentrale These des Aufsatzes ist, dass durch die Debatten um Walser und Möllemann der mühsam erarbeitete zivilisatorische Konsens, antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit zurückzuweisen, aufgeweicht wurde. "Seither ist der sekundäre Antisemitismus in Deutschland salonfähig geworden, und es steht zu befürchten, dass sich die Überzeugungen der latenten Antisemiten in Zukunft manifestieren und sich damit das gesellschaftliche (nicht zwangsläufig auch das politische) Klima in Deutschland erheblich brutalisieren wird."

Die Verfasser belegen ihre These durch einen gründlichen Überblick über die empirischen Untersuchungen zu Antisemitismus und latentem, sekundärem Antisemitismus. Das Ergebnis: Ein manifester und offen nazistischer Antisemitismus hat im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik kontinuierlich abgenommen, während der sekundäre konstant blieb und sich seit den letzten Jahren sogar wachsender Zustimmung erfreut. Nur eine der zahlreichen Untersuchungen soll dies veranschaulichen. Nach einer repräsentativen Erhebung aus dem April 2002 vertraten 28 Prozent der Deutschen die Auffassung, der Einfluss der Juden sei "zu groß"; die Zustimmung zu dieser These sei in den letzten vier Jahren vor allem in Westdeutschland gewachsen: von 14 Prozent im Jahre 1998 auf 31 Prozent im Jahre 2002. Auch die Zahl der Schändungen jüdischer Friedhöfe und Einrichtungen sowie der antisemitischen Straftaten insgesamt sei angestiegen.

"Normalisierung" für "nationale Identität"

Gerd Wiegel leitet seinen Beitrag "Globalisierte Erinnerung? Die Universalisierung der NS-Erinnerung und ihre geschichtspolitische Funktion" mit dem Paradox ein, dass das konkrete Wissen über die Zeit zwischen1933 und 1945 - entgegen der scheinbar ständigen Präsenz des Themas - immer weiter abnehme. Eine Untersuchung habe ergeben, dass zwar die NS-Zeit negativ bewertet wird; gleichzeitig findet man öffentliches Erinnern und Gedenken eher als störend. Mit Universalisierung der NS-Erinnerung meint Wiegel die Setzung des Nationalsozialismus als absoluten Negativmaßstab jenseits des nationalen Rahmens. Der Nationalsozialismus sei zu einer "moralischen Folie" geworden, vor deren dunklen Hintergrund Politik und gesellschaftliche Verhältnisse weltweit beurteilt werden können. Wiegel verdeutlicht das beispielhaft sowohl an der Legitimierung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien als auch an der Diskussion des Buches "Erinnern im globalen Zeitalter. Der Holocaust" von Daniel Levy und Natan Sznaider.

Auf den Universalisierungsdiskurs im Land der Täter bezogen meint Wiegel, dass eine "Normalisierung" nunmehr nicht mit der Verdrängung der Vergangenheit, sondern mit dem Bekenntnis zur NS-Vergangenheit erfolge. Die Bundesrepublik verstehe sich heute als Teil des westlichen Holocaustdiskurses, nicht mehr als dessen Objekt. Voraussetzung dafür sei die Annahme einer abstrakten Täterschaft durch die staatlichen RepräsentantInnen der BRD. "Die Annahme der Täterschaft wird somit zur Bedingung einer selbstbewussten, nationalen Identität, die wiederum als Voraussetzung für die Teilnahme an der universalisierten Erinnerungskultur verstanden wird." Wiegel ist jedoch der Ansicht, dass insbesondere, wenn die Annahme der

Täterschaft zusammen mit dem neuen Opferdiskurs auftrete, Skepsis geboten sei. Denn: "Erst das Eingeständnis eigener Schuld macht es möglich, auch als Opfer anerkannt zu werden."

Interessant ist Wiegels These, wonach die skizzierten Opfer- und Täterdiskurse sich in einen generellen Trend einfügten, "der Vorstellungen von gesellschaftlichen Strukturen, von überindividuellen Prozessen und gar von Klasseninteressen zutiefst misstrauisch gegenübersteht." Für die Interpretation des deutschen Faschismus bedeute dies, dass die Interessen der NS-Diktatur aus dem Blick geraten. An deren Stelle trete ein rein individuell-moralischer Diskurs über politische Konzepte. Es komme darauf an, die materialistischen, strukturalistischen Erklärungen mit der historischen Opfer- und Täterforschung zu verbinden, wie dies Christopher Browning bereits ansatzweise gemacht habe.

Die Attraktivität des Opferdiskurses bzw. der Identifikation mit den Juden bei einem Teil der antifaschistischen Linken, gemeint sind die Antideutschen, erklärt Wiegel - hier Thesen Reinhard Kühnls folgend - mit der Niederlage der Linken 1989/90. Diese sei mit dafür verantwortlich, dass eine Formulierung positiver Utopien oder eine Identifikation mit kämpfenden AntifaschistInnen kaum noch möglich ist. Die Antideutschen hätten zwar die Thematisierung der Hauptopfer des Nationalsozialismus innerhalb der Linken vorangetrieben, für die Analyse realer politischer Konflikte - bestes Beispiel ist der Nahost-Konflikt - sei ihre Holocaust-Erinnerung mit der dichotomischen Kategorisierung in "Gut" und "Böse" aber keineswegs dienlich.

Sämtliche Beiträge des Bandes "Erinnern, Verdrängen, Vergessen" sind solide recherchiert, klar in ihrer Argumentation und gut lesbar. Mit den gewonnenen Erkenntnissen über die Motive und Legitimationsfunktionen von geschichtspolitischen Debatten ist man bestens für die Auseinandersetzung um das Zentrum gegen Vertreibung gewappnet.

Guido Speckmann

Michael Klundt/Samuel Salzborn/Marc Schwietring/Gerd Wiegel, Erinnern, Verdrängen, Vergessen - Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert, NBKK, Schriften zur politischen Bildung, Kultur und Kommunikation, Giessen 2003, 180 Seiten, 10 EUR

31. Die letzten Tage von Weimar. Dokumentation der "Wochenberichte" zweier sozialistischer Pfarrer

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Geschichte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:20

Der Pahl-Rugenstein-Verlag hat verdienstvollerweise die Last auf sich genommen, die umfangreichen "Wochenberichte" der sozialistischen Pfarrer Erwin Eckert und Emil Fuchs neu herauszugeben. Die vorzüglich bearbeitete Dokumentation trägt den Titel "Blick in den Abgrund" - es geht um das Ende der Weimarer Republik und die Anfänge der Nazi-Herrschaft.

Die "Wochenberichte" erschienen in der Zeitung des Bundes der religiösen Sozialisten, dem "Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes", das eine Auflage von maximal 17.000 Exemplaren erreichte. Sie begannen am 5. Oktober 1930 und endeten nach der Regierungsübergabe an Hitler mit der Woche vom 25. Februar bis 4. März 1933. Die Verfasser waren Pfarrer, die sich im Lauf der 1920er-Jahre von der SPD auf die KPD zubewegten; Eckert trat 1931 der KPD bei. Beide überlebten trotz Zuchthaushaft und Verfolgung die NS-Zeit. Eckert war bis zum KPD-Verbot 1956 Landtagsmitglied in Baden-Württemberg, während Fuchs seine Heimat in der DDR fand.

Die "Wochenberichte" behandelten umfassend die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland, soziale Kämpfe und Ereignisse in aller Welt sowie die großen Schauplätze der internationalen Politik, wie etwa das gewaltsame Vordringen Japans in China oder die Wirtschaftskrise in den USA. Die Kommentierung ist sparsam. In erster Linie werden im Stil einer Nachrichtenagentur sachliche Meldungen präsentiert. Diese sind freilich darauf ausgewählt, eine erkannte gesellschaftliche Entwicklung - die letztlich zur NS-Diktatur in Deutschland und später zum Weltkrieg führte - widerzuspiegeln. Zunehmend nahmen die Berichte aber auch den Charakter analytischer Artikel an.

Selbstverständlich war die Sicht der Autoren entschieden parteiisch: Ihnen kam es darauf an, zum einen die Krise in Deutschland und großen Teilen der Welt durch Zahlen und Fakten zu verdeutlichen, die immanente Tendenz zu einer Explosion der Widersprüche aufzuzeigen, aber zugleich auch auf alle Erscheinungen des Widerstands gegen diese Entwicklung hinzuweisen.

Neben der wachsenden Arbeitslosigkeit und dem massiven Sozialabbau, nicht nur in Deutschland, spielt der Kampf zwischen der NSDAP und den Arbeiterparteien, in erster Linie der KPD, eine zentrale Rolle in den Berichten. Die letzte Ausgabe endet mit den Reichstagswahlen vom 5. März 1933, die schon unter Bedingungen des schrankenlosen NS-Terrors stattfanden. Die NSDAP triumphierte mit 43,9 Prozent, rund 11 Prozent mehr als bei den Wahlen vier Monate zuvor. Eine Woche vor der Wahl war auf den Reichstagsbrand eine Repressionswelle gegen KPD und SPD gefolgt.

Die "Wochenberichte" sind heute ohne Erläuterungen von zeitgeschichtlichen Hintergründen, Namen usw. nicht mehr verständlich. Der Verlag hat dem mit ausführlichen Anmerkungen Rechnung getragen. Zusätzlich gibt es ein kommentiertes Personenverzeichnis, ein Personen- und Ortsregister sowie weiterführende Literaturhinweise.

Vorangestellt ist eine Einführung der Herausgeber, Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Sie erläutern, was der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands war, und zeichnen den Lebensweg von Erwin Eckert und Emil Fuchs nach. In "Nachbetrachtungen" würdigen die sozialistischen Wissenschaftler Georg Fülberth, Reinhard Kühnl, Gert Meyer, Kurt Pätzold und Wolfgang Ruge Leben und Werk der beiden Theologen.

Knut Mellenthin

Erwin Eckert/ Emil Fuchs: Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen. Herausgegeben von Friedrich-Martin Balzer und Manfred Weißbecker. Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2002, 646 Seiten, 32 EUR

32. Ohren-Propaganda

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:30

Kulturträger zum Badesommer

Bei dem Wetter ist eigentlich nur noch Badeanstalt angesagt. Damit einem das Geschrei pubertierender Jugendlicher nicht allzu sehr auf die Nerven geht, seien erstens ein CD-Player mit Ersatzbatterien und zweitens folgende neuen Kulturträger empfohlen:

* Mit leichten Countryanleihen, Drumloops und Samples fundiert, tönt das neue Werk von FINK. "Haiku Ambulanz" (frei nach dem Hippiedichter Richard Brautigan) heißt das fünfte Werk der inzwischen auf Nils Koppruch und Andreas Voß zusammengeschrumpften Formation, die sich mit Ecki Heins (Cow), Martin Wenk (Calexico) oder Carsten Meyer (International Pony) u.a. verstärken. Feine Sache. Heraus kommt ein für Fink-Verhältnisse fast munteres Album, das sich in gewohnter Weise mit tiefgängigen Nebensächlichkeiten befasst: Mit "Fliegen", die an der Decke kreisen, oder mit "Kein Wagen", in dem aber die Musik von Fink gehört wird, oder mit hektischen Zeiten ("Niemand gibt gern auf"), in denen die Hunde doch nur erfolglos nach dem eigenen Schwanz jagen. Lässig, entspannt und gelungen.

* Nach dem " Testament der Angst" liegt nun das neue BLUMFELD-Album vor: "Jenseits von Jedem" heißt es. Die erste Single daraus "Wir sind frei" ist bereits veröffentlicht. Musikalisch ist das ein echter Blumfeld - mit kleinen Überraschungen (Bläser, manchmal mit viel Swing), aber sonst im gewohntem Gitarrensound. Sommerlicher Sound, bei dem es sich tanzen oder auch nur mit den Füßen wippen lässt.

* Wer es beim Sonnenbaden rhythmischer braucht, kann sich an die neue SEED-CD machen. "Music Monks" geht richtig ab: voll mit Party-HipHop-Reggae-Beats und davon jede Menge ohrwurmverdächtig. Grandios das mit den Backgroundstimmen von Mamadee und Tamika garnierte "What you deserve". Die Berliner Band knüpft scheinbar mühelos an das vorherige Album an, mit dem sie im letzten Jahr zum Echo-Preisträger wurde.

DSe

Fink, Haiku Ambulanz, www.finkmusic.de; Blumfeld, Jenseits von Jedem, www.blumfeld.net; Seed, Music Monkeys, www.hiddenforce.de

Zu Gewinnen: CD von Anne Clark

In den 80er-Jahren sorgte Anne Clark mit ihren Techno-Klängen für reichlich Furore ("Sleeper in Metropolis"). Sie hat sich aber auch immer mit akustischen Tönen von Cello, Geige und Klavier befasst. Das jetzt zur Veröffentlichung anstehende Album "From the Heart - Live in Bratislava" (mehr dazu in der nächsten ak) basiert genau darauf, ergänzt durch eine wundervolle Gitarre von Jeff Aug.

ak verlost drei CDs "From the Heart ...". Schreibt eine Mail an:

redaktion@akweb.de; mit dem Betr.: "CD ANNE CLARK". Vergesst bitte nicht eure Postanschrift, damit wir den GewinnerInnen ein Exemplar zuschicken können.

Anne Clark, From the Heart - Live in Pratislava, www.netmusiczone.com

Und was ist mit Pop?

Derjenige, dem aber die Ohren nun dröhnen, kann ja zur Abwechslung auch mal zu einem Buch greifen, z.B. zu Alles Pop? Kapitalismus und Subversion von Chlada, Dembowski und Ünlü (Herausgeber). Eine bunte Sammlung von Texten und Statements Kulturschaffender aus den Bereichen Musik, Literatur und Film. In leider sehr standardisierten Interviews kommen so unterschiedliche Leute wie Lars Strömberg (Noise Conspiracy), Thomas D (Fanta4), Hannes Loh (ex-Anarchist Academy), Bernadette Hengst, N.U. Unruh (Einstürzende Neubauten), Attila the Strockbroker oder Dirk von Lowtzow (Tocotronic) zu Wort. Inhaltlich dreht sich alles um die Frage nach der künstlerischen Arbeit zwischen Underground und Mainstream (und was das eigentlich sein soll), zwischen kapitalistischen Verwertungsinteressen und dem eigenen materiellen Überleben oder nach dem eigenen Anspruch und den Erwartungen der Subkulturen und Szenen. Oder auch nach dem Verhältnis von Musik und Politik.

Eine politische Linie verfolgen die Herausgeber nicht wirklich. Schlaglichtartig lassen sie unterschiedliche AutorInnen zu unterschiedlichsten Kulturfeldern Gedanken entwickeln. Das hat den Vorteil, dass die Aufsätze auch für sich allein zur Kenntnis genommen werden können, dass vielfältige Betrachtungsweisen geboten werden. Allerdings bekommt das ganze damit auch eine ziemliche Beliebigkeit. Aber wenn einem die Sonne ohnehin das Hirn wegbrennt, ist das vielleicht auch nicht schlimm. Alles Pop?

DSe

Alles Pop? Kapitalismus und Subversion, (Hg.) Marvin Chlada, Gerd Dembowski, Deniz Ünlü, Alibri, 2003, 356 Seiten, 19 Euro

33. Respektiert meine Haare, ihr Weißen. Chico César - Rhythmus, soziales Engagement und Liebe

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:23

"Es ist ein Verbrechen gegen das Vaterland mit Zustimmung des Weltkapitals. Im Brasilien von heute haben wir eine egoistische Elite, gleichzeitig die Verarmung der Mittelklasse und die totale Verelendung des Proletariats." Der das vor knapp drei Jahren sagte, ist kein Politiker, sondern ein kleiner Mann aus Brasilien, der dort zu Recht als Superstar gehandelt wird. Chico César ist Musiker, verbindet heimatliche Melodien und Stilrichtungen mit Reggae und Singer/Songwriting und betont neben dem Rhythmus vor allem eins: Musik ist für ihn ohne soziales Engagement nicht denkbar.

Die sozialen Probleme beeinflussen auch meine Musik und verstärken meine Solidarität mit den Leuten, die von diesem Wirtschaftsmodell ausgeschlossen sind. Denn ich komme ja aus deren Mitte." Diese Mitte liegt in dem eher wüstenartigen und ärmlichen Bundesland Paraíba im Nordosten Brasiliens. Aufgewachsen ist er als der siebente Sohn eines ungelernten Landarbeiters und einer Wäscherin. Bereits mit acht Jahren arbeitete er in dem Plattenladen seines nur 14.000 Seelen zählenden Geburtsortes, hörte hier nicht nur die Klänge seiner Heimat, sondern lernte auch die westliche Musik, vor allem die der USA kennen. Im Alter von zehn gründete er seine erste Band und zog mit dieser durch die Provinz, spielte auf Familienfeiern und bei religiösen Anlässen.

Die politischen Verhältnisse in Brasilien waren durch die Militärdiktatur gekennzeichnet, Zensur und Verbote auch in der Musik standen auf der Tagesordnung. Sambaschulen unterlagen durchweg als mögliche Organisations- und Radikalisierungszentren strengster Beobachtung der Junta und waren jederzeit von Verboten bedroht. Für Chico César eine Zeit, die immer noch prägend ist: "Die Musik spielt ja seit damals eine enorme Rolle: Sie war Sprachrohr der Bürgerbewegungen, als die politischen Parteien nicht mehr existierten, das Parlament geschlossen und die Zeitungen zensiert waren." Als er 1985 nach Sao Paulo geht, arbeitet er als Journalist, verdient mit Kultur- und Politikartikeln sein Geld. Nur noch nebenbei macht er Musik. Zehn Jahre schlägt er sich auf diese Weise durch, bis er 1991 - nach einem dreimonatigen Aufenthalt im westdeutschen Tübingen - beschließt, sich voll der Musik zuzuwenden. Als 1995 sein Album "Aos Vivos" erscheint, avanciert Chico César in Brasilien zum Star. Der Song "A primera vista" wird zum Hit und als Titelsong einer TV-Soap im ganzen Land bekannt. Vor allem aber sein "Mama Africa" gerät zu einem Ohrwurm, der durch die Straßen und Gassen von Sao Paulo und Rio de Janeiro schallt und inzwischen auch in den einschlägigen Latino-Szenen Europas nicht mehr wegzudenken ist.

Musik als Sprachrohr der Bürgerbewegung

Seitdem ist César nicht nur in Brasilien ein Begriff. Auf zahlreichen Tourneen quer durch die Welt machte er sich bereits einen Namen. Dass er trotz Ruhm weder seine Herkunft noch den Kopf verloren hat, stellt er nicht zuletzt mit seinem im Jahr 2002 veröffentlichten aktuellen Album klar: "Respektiert meine Haare, ihr Weißen" heißt der Titel dieses Albums in der deutschen Übersetzung. Und damit spielt der "Kleine König" nicht nur auf seine imposante Haartracht an, die er - da nur 1,60 m klein - kräftig nach oben bürstet, um so an Größe zu gewinnen. Der Sohn afrikanischer, indigener und weißer Vorfahren fordert vor allem den Respekt vor dem Einzelnen, vor dessen Einzigartigkeit. "Es geht nicht nur um die viel zitierte Toleranz - es geht um Respekt," stellt er selbstbewusst fest.

Allein die an dem Album beteiligten MusikerInnen zeigen, welche Stellung César inzwischen in der Música popular Brasileira (MPB) einnimmt. Neben so renomierten Namen wie Carlinhos Brown oder Daniela Mercury findet sich auf dem aktuellen Album auch ein Duett ("Antinome") mit der Legende Chico Buarque, dessen Songs vielfach unter der Militärdiktatur verboten waren, nichtsdestotrotz aber überall in den Städten und Dörfer vom Volk gesungen werden. Auch internationale Anerkennung hat sich inzwischen eingestellt: Gemeinsam mit Ivan Lins und Victor Martins schrieb er den Song "Soberana Rosa", für dessen englische Fassung "She walks the Earth" Sting 2001 den Grammy in der Kategorie Best male Pop Song gewann.

Geschichte wird erzählt

Musikalisch liefert César ein überaus breites Repertoire, in dem er aus den scheinbar unendlichen Quellen der brasilianischen Volkmusik schöpft. Nicht zuletzt kommt er ja aus einer Gegend Brasiliens, die sich als

Ursprung des Landes rühmt. Wenn es denn stimmt, dass Brasilien hinsichtlich der Musik kein Land, sondern eher ein Kontinent ist - wie es Gilberto Gil mal sagte, dann lässt sich in der Musik von Chico César davon jede Menge finden: Neben allerlei Varianten des Sambas ist das allem voran der stark Akkordeon geprägte Forró, einer für brasilianische Verhältnisse eher ruhigeren Gangart. Oder der Baiao, Coco, Carimbó, der immer mal wieder als Ursprung des HipHop bezeichnete Emobolo. Und wenn das nicht reicht, kommen auch schon mal indianische Pfeifen oder karibische Anleihen hinzu. Diese traditionellen Klänge verbindet César auf feine Weise mit westlichen Sounds, vor allem mit Reggaebeats und Funk, aber auch dem Singer/Songwriting US-amerikanischer Tradition. Diese Musik kommt nicht nur aus dem Herzen und dem Hirn, sondern - tanzbar wie sie ist - aus der Hüfte.

Charakteristisch sind auch die Texte, die auf typisch brasilianische Weise vor Wortwitz nur so strotzen. Dass der stark ausgeprägt ist, hängt vor allem damit zusammen, dass in vielen Regionen Brasiliens auch heute noch Geschichte als gesprochenes Wort weitergegeben wird und diese orale Tradition noch sehr lebendig ist. Außerdem durchziehen die Texte immer wieder Anspielungen auf die Alltagskultur, auf religiöse Anlässe, die sich ohne weiteres für Außenstehende so nicht erschließen (daher gibt es auf der Homepage von Chico César neben der englischen Übersetzung der Texte auch diverse Erläuterungen), in Brasilien aber auf Anhieb von jedem und jeder verstanden werden. Ein Mittel, dass auch während der Diktatur zur Umgehung der Zensur intensiv genutzt wurde.

DSe, www.rock-links.de

Chico César: Respeitem Meus Cabelos, Brancos; www.exil.de, www.chicocesar.net

34. Anschläge im Stadtraum. Ein Ausstellungsprojekt von Rebecca Forner in Essen

Autor: mb. · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:38

Beim Blick aus der Straßenbahn, beim Warten an der Bushaltestelle, auf dem Weg zu Arbeit/Einkaufen/FreundInnen - seit Juni wird der gewöhnlich flüchtige Blick auf die Werbeflächen in Essen an einigen Stellen unterbrochen. Statt jugendlicher Halbgötter und der perfekt in Szene gesetzten Konsumwelt fällt der Blick auf großflächige Porträts von vier Menschen, die so gar nicht den gängigen Werbeklischees entsprechen.

Um die Irritation perfekt zu machen, war in den ersten vier Wochen auf den Plakatflächen nicht mehr zu sehen, als die überlebensgroßen Porträts dieser Menschen. Es sind ernste Gesichter, die einen da anschauen. Nach einem Monat wurde neu plakatiert - die selben Motive, doch waren nun kurze biografische Angaben hinzugefügt. Anfang August nun folgte die dritte und letzte Plakatversion, das unveränderte Motiv wurde lediglich um zusätzliche Informationen ergänzt. Bis Mitte September werden diese Plakate noch in Essen zu sehen sein.

"Ich glaube, im Endeffekt will ich die Leute nicht in Ruhe lassen, ich will sie nerven", so die Initiatorin des Projekts, Rebecca Forner. Doch wer sind diese Menschen, denen dort Namen und Gesicht gegeben wird und mit deren Schicksal die Berliner Künstlerin die PassantInnen in Essen konfrontieren will? Sie stehen exemplarisch - auch visuell angedeutet, indem die Gesichter am Rand und teilweise abgeschnitten platziert sind - für die vergessenen Opfer rechter Gewalt in Deutschland.

Die Plakatierung im Essener Stadtraum ist Teil des Projekts "Dokumentation der Opfer rechter Gewalt" der Berliner Künstlerin, das im Rahmen des Jahresprojektes 2003 "Offene Stadt: Anwendungsmodelle" der Kokerei Zollverein | Zeitgenössische Kunst und Kritik zu sehen ist. Auf dem dortigen Ausstellungsgelände sind auf einer zusätzlichen Plakatwand neben weiteren Porträts alle Namen der Opfer rechter Gewalt aufgeführt. Daneben macht sich Rebecca Forner das Internet für ihr Anliegen zu Nutze. Über einen E-Mail-Verteiler wird während des gesamten Ausstellungszeitraums täglich ein Fall dokumentiert.

Die so peu à peu entstehende Chronik rechter Gewalt stützt sich auf die Recherchen des Berliner Tagesspiegel und der Frankfurter Rundschau, die dort erstmalig im Jahr 2000 veröffentlicht wurden - ergänzt durch eigene Nachforschungen. Denn nirgends existiert eine lückenlose Dokumentation über die Opfer rechter Gewalt - nicht bei Opferberatungsstellen, Antifas oder kritischen JournalistInnen, geschweige denn bei Polizei oder den Innenbehörden. Seit 1990 sind über 120 Menschen von Nazis und rechten Schlägern ermordet worden - wegen ihrer politischen Einstellung, weil sie nichtdeutscher Herkunft oder obdachlos waren, weil sie von einer vermeintlichen Norm abwichen.

Indem Rebecca Forner auf das Medium der alltäglichen Plakatgestaltung zurückgreift und ihre Präsentation auch in den städtischen und virtuellen Raum des Internets trägt, richtet sich diese Chronik rechter Gewalt also nicht nur an ein Kunstpublikum, sondern ist von der Berliner Künstlerin bewusst auch als "unfreiwillige" Konfrontation mit "unbeteiligten" PassantInnen und BürgerInnen angelegt. (Die Reaktionen auf den E-Mail-Rundbrief geben beredetes Beispiel dafür, dass diese Konzeption aufgeht - mit den entsprechenden Ergebnissen, versteht sich) "Ich spiele bewusst mit den Mitteln der Werbung", gesteht Forner. Dieser spielerische Umgang - der sich zugleich als kritische Auseinandersetzung mit dem Medium erweist - zeigt sich deutlich in der mit den Regeln der Werbetechnik brechenden Gestaltung und durch die lange Hängedauer der Plakate. Kommerzielle Großwerbeflächen sind in der Regel nicht länger als eine Woche mit ein und demselben Motiv plakatiert. Und er verweist auf einen weiteren Aspekt dieses Projekts: Nicht nur die offenkundige Gewöhnung dieser Gesellschaft an rechte Gewalt, sondern auch das Kurzzeitgedächtnis einer medialisierten Gesellschaft soll thematisiert werden. Waren während des Antifa-Sommer 2000 zumindest kurzfristig die Opfer rechter Schläger aus ihrer Anonymität und Nichtbeachtung gerissen, sind sie mittlerweile längst aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Dabei ist der Eindruck entstanden, die Zahl rechter Gewalttaten sei zurückgegangen. Doch zurückgegangen ist in Wahrheit lediglich die Medienberichterstattung.

mb.

Ausstellung in der Kokerei Zollverein, Arendahls Wiese, Essen. Weitere Informationen unter: www.kokereizollverein.de

Standorte im Stadtraum Katzenbruchstraße/Karolingerstraße; Essener Straße 95; Gelsenkirchener Straße/Pfeifferstraße; Segerothstraße 24.

Der tägliche Rundbrief kann angefordert werden unter: rebecca.forner@kokereizollverein.de.

35. Schöner wohnen - ohne Männer. "Die Ritterinnen": selbstironischer Blick auf autonome Frauenszene der 1980er

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Autonome; Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak475/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:28

"Wir waren sieben: Links, radikal, anarchistisch." Die Stimme aus dem Off klingt geheimnisvoll und unternehmenslustig. Sie macht neugierig auf den Film Die Ritterinnen, der durch diesen Satz eingeleitet wird.

Der Titel führt mitten ins Herz von Berlin-Kreuzberg, in die Ritterstraße, in die Zeit zwischen 1987 und 1989. Die HausbesetzerInnenbewegung war zu dieser Zeit endgültig vorbei. Deswegen hatten die PolitaktivistInnen auch ihre große Wohnung gemietet. Zunächst war es eine gemischte Wohngemeinschaft. Die drei Männer waren intellektuelle Modepunks, die ständig die Erkenntnisse aus ihren Soziologieseminaren und den Männergrüppchen im Munde führten. Eine junge Abiturientin aus der schwäbischen Provinz kam in der WG an und wurde von den Männern erst mal einem Political-Correctness-Test unterzogen. Sie würde rauchen wie ein Mann und überhaupt nicht feministisch genug sein. Doch das sollte sich schnell ändern. Die Newcomerin wurde zur Protagonistin einer autonomen Frauenszene, die die Männer, all ihrer antipatriarchalen Rhetorik zum Trotz, kurzerhand aus der Wohnung schmiss.

Dreifaltige Einheit: Links, radikal, anarchistisch

Die Kreuzberger Frauenszene feierte. Doch die weibliche Harmonie war nicht von Dauer. Frauen oder Frauenlesben hieß die neue Spaltungslinie. Doch war der gemeinsame Feind klar ausgemacht. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wollte sich 1988 in Berlin treffen. Die gesamte Westberliner Linke mobilisierte zu Gegenaktionen. Kern der Aktivistinnen war das Frauenlesbentreffen gegen den IWF. Die sieben Ritterinnen aus der WG gehörten zu den Stützen des Widerstands. Doch kaum war der IWF über die Bühne, brachen die internen Konflikte in der WG offen auf. Einige Frauen liebäugelten mit der Esoterik, andere wollten ihre Ausbildung vollenden. Die unterschiedlichen Lebensentwürfe führten immer mehr zu Konflikten. Die Protagonistin des Filmes war daran nicht unbeteiligt. Lange wusste sie nicht so recht, was sie mit ihren Leben anfangen sollte. Selbst mit der Arbeit in militanten Gruppen liebäugelte sie. Schließlich aber hatte sie das Medium Film und Fotografie entdeckt und zum Mittelpunkt ihres Lebens gemacht. Als der Termin für die Aufnahmeprüfung in die Filmhochschule mit dem Putzjob als Einkommensbeschaffung für die WG kollidierte, entschied sich die Protagonistin für ihre individuelle Karriere.

Die Filmemacherin Barbara Teufel legt Wert auf die Feststellung, dass es sich bei dem Film nicht um ihre Biografie handelt. "Meine eigene Geschichte ist der Ursprung des Films, das stimmt, und ich führe als Ich-Erzählerin durch die Handlung. Dennoch bleibt dieses ‚Ich` stets ein artifizielles, eine erzählerische Konstruktion."

Aufnahmeprüfung oder Aufwischen?

Die Wohngemeinschaft war 1989 am Ende. Dass es dann noch einige Monate dauerte, bis nach der Maueröffnung auch die Ritterinnen den Charme der alten Häuser von Ostberlin entdeckten, muss nur noch am Rande erwähnt werden.

Also wieder eine der Geschichten über die rebellische Jugend eines Mittelklassekindes und die am Ende gelungene Einfügung ins System? Da würde man dem Film Unrecht tun. Denn die Geschichte ist mit dem Auszug nicht beendet. In der Schlussszene stehen die Frauen auf einer Brücke und erzählen knapp, was sie heute machen: Sie leben in alle Winde zerstreut, mehrere haben ihr Studium abgeschlossen und arbeiten in sozialen Berufen oder als Entwicklungshelferinnen. Eine hat auch heute noch spirituell-esoterische Ambitionen. Niemand bereut die wilde Zeit.

Der Film hat eine Menge Witz und Selbstironie. Es gibt Szenen, bei denen man nur noch laut lachen kann. Etwa, wenn der Rausschmiss der Männer aus der WG mit einem kleinlichen Streit um das politische Plakat und die Waschmaschine garniert ist oder wenn die gerade gewonnene Fraueneinheit dadurch konterkariert wird, dass einige Lesben die bösen Geister aus den ehemaligen Männerräumen austreiben wollen und ihre

Mitschwestern sich vor Lachen kaum halten können. Hoffentlich wird es in 15 Jahren auch mal über die heutige Szene einen Film geben und die Protagonistinnen können genauso herzhaft über ihre eigenen Marotten lachen, ohne ihr Engagement zu denunzieren.

Peter Nowak

Die Ritterinnen. Deutschland 2003; Buch und Regie: Barbara Teufel; Darstellerinnen: Jana Straulino, Ulla Renneke, Katja Danowski, Mieke Schymura, Bärbel Schwarz, Tilla Kratochwil, Ursine Lardi u.a.Länge: 96 Min., Verleih: Neue Visionen, Start: 21.8.2003

36. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak475/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:02

Eine Frau in Berlin

"Auf die stereotype Frage ‚Wie oft haben die ...?`, erklärt die Dame das Hauses in ostpreußisch breitem Tonfall: ‚Mich? Bloß einmal, am ersten Tag. Von da ab haben wir uns in Luftschutzkeller eingeriegelt, wir hatten unten einen Waschkessel voll Wasser.`" Es ist Normalität unter Frauen in den Tagen am Ende des Zweiten Weltkrieges in Berlin, nach der Anzahl der erlebten Vergewaltigungen und den mehr oder weniger erfolgreichen Strategien zur Abwehr zu fragen. Im Tonfall fast gleichmütig, ohne deutliche Aufregung, Anklage oder Hass schildert die anonyme Autorin die letzten Kriegstage in Berlin. Schonungslos und offen, gleichzeitig distanziert beschreibt sie die eigene Umgebung: Menschen, die auf Grund der Kriegszerstörungen in Zwangsgemeinschaften zusammenrücken - es geht ums Überleben. Die Tagebuchaufzeichnungen vom 20. April 1945 bis zum 22. Juni 1945 sind erstmals Ende der 50er Jahre in mehren europäischen Ländern veröffentlicht worden. Die Zeitzeugin bricht mit ihrem Bericht das Tabu, Vergewaltigung öffentlich zu thematisieren. Die meisten Frauen mussten das Erlebte aus vielerlei Gründen verschweigen und verdrängen: aus Scham oder um die Eh(r)e zu bewahren: "Immer wieder bemerke ich in diesen Tagen, dass sich mein Gefühl, das Gefühl aller Frauen den Männern gegenüber ändert ... Eine Art von Kollektiv-Enttäuschung bereitet sich unter der Oberfläche bei den Frauen vor. Die männerbeherrschte, den starken Mann verherrlichende Naziwelt wankt - und mit ihr der Mythos ‚Mann`." Auch der eigene Freund bleibt nicht ausgenommen; von der Front zurückgekehrt, zeigt er kein Verständnis für das, was die Autorin erlebt hat. Nach der Lektüre der Tagebücher setzt er sich erst mal ab. 1947 erklärte die Autorin in einem Gespräch: "Keins der Opfer kann das Erlittene gleich einer Dornenkrone tragen. Ich wenigstens hatte das Gefühl, dass da etwas mit mir geschah, dass eine Rechnung ausglich." Diese reflektierte Haltung, das eigene Erleben angesichts der Verbrechen Nazideutschlands zu relativieren, war sicherlich nicht die vorherrschende Einstellung. Für die Autorin mag diese Sichtweise eine Möglichkeit der Bewältigung geboten haben, wie auch ihr Mut, das Erlebte auszusprechen und schriftlich niederzulegen.

Anonyma, Eine Frau in Berlin, Eichborn Verlag, Frankfurt am Main, 2003, 27,50 EUR

Polnische Besatzungszone

Ja, es gab nach 1945 eine kleine polnische Besatzungszone in Westdeutschland. Sie umfasste ein Gebiet von immerhin 6.500 Quadratkilometern im Emsland mit den Städten Papenburg, Meppen, Lingen, Cloppenburg und zeitweilig auch Leer in Ostfriesland. Jan Rydel, polnischer Autor, Historiker und Diplomat, hat diese Episode der Nachkriegszeit systematisch erforscht und dokumentiert. Das Entstehen dieser Besatzungszone wird verständlich durch den militärischen Anteil, den polnische Soldaten und Offiziere am Sieg der Anti-Hitler-Koalition hatten - insbesondere an der Seite Großbritanniens. Die britische Regierung war daher bereit, ein kleines Territorium an der niederländischen Grenze für eine polnische Besatzungszone bereitzustellen. Die rasche Demontage der polnischen "Besatzungsmacht" und die Zurückweisung weiter reichender Pläne für eine polnische Enklave erfolgten mit dem Beginn des Kalten Krieges. Jan Rydel legt detailliert dar, welche begrenzten Befugnisse die polnischen Militärs hatten und wie kompliziert das Verhältnis von britischer, polnischer und deutscher Politik von Anfang an war und wie schnell Westdeutschland wichtiger wurde als der polnische Alliierte. Nur vor dem Hintergrund der Erlebnisse der ZwangsarbeiterInnen, der Kriegsgefangenen und der in die KZs verschleppten Polinnen und Polen ist das Geschehen in der kleinen polnischen Besatzungszone nach 1945 zu verstehen. Das Hissen einer polnischen Flagge, die Umbenennung eines Ortes wie Haren in Maczkow erhält großes symbolisches Gewicht. Insbesondere um die displaced persons versuchte sich die polnische Administration zu kümmern. Eindrucksvoll ist das polnische Bildungswesen, das "von unten" in wenigen Monaten entstand. Ein sehr interessantes, vielschichtiges, sorgfältig herausgegebenes Buch, das auch wichtige sozialgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des Emslandes behandelt.

Jan Rydel, Die polnische Besatzung im Emsland, 1945-1948, Fibre Verlag, 400 Seiten, 35 EUR

Die Oktoberrevolution aus trotzkistischer Sicht

Manche inhaltlich ärgerlichen Bücher taugen immerhin dazu, Vorurteile zu bestätigen. Ein solcher Fall ist Daniel Behruzis Büchlein "Die Sowjetunion 1917-1924. Revolution - Arbeiterdemokratie - Bürokratisierung". Behruzi (geboren 1972) ist Mitglied der Sozialistischen Alternative (SAV), das Buch seine Magisterarbeit. Dass er mit Hilfe dieser Arbeit sein Studium "mit Auszeichnung" abschließen konnte, soll hier nicht kritisiert werden - es gibt Schlimmeres, was in den Tempeln der Wissenschaft unverdient das Prädikat Meisterwerk verliehen bekommt. Aber die Wertungen und Schlussfolgerungen des Autors, die sich augenscheinlich weniger an den Prüfer als an die gesamte Linke wenden, sind denn doch weniger Ergebnis kritischer Analyse als vielmehr Ausdruck tiefen Glaubens in die allmächtige Lehre des Trotzkismus. Trotzki ist auch der Maßstab bei der Darstellung der "bürokratischen Entartung der proletarischen Herrschaft", seine katastrophale Position "Weder Krieg noch Frieden" während der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk findet Behruzi immer noch astrein internationalistisch - Charles Bettelheims wohl begründete Kritik an dieser Position kommt bei ihm nicht vor, Bettelheims Standardwerk "Die Klassenkämpfe in der UdSSR" hat der Experte offenbar nicht gelesen. Das Buch endet mit allgemeinen Aussagen über die "proletarische Revolution", welche heute "in allen Ländern der Welt historisch gesehen auf der Tagesordnung" stehe. Die wichtigste Lehre der Geschichte laut Behruzi: "Vor allem muss eine an der Spitze der revolutionären Partei stehende Partei so strukturiert sein, dass sie ihre Mitglieder und Kader zu selbstständigem Denken und Handeln erzieht." Was bei der SAV offensichtlich nicht der Fall ist, wenn man das vorliegende Buch als Maßstab nimmt.

Daniel Behruzi, Die Sowjetunion 1917-1924. Revolution - Arbeiterdemokratie - Bürokratisierung. Neuer ISP Verlag, Köln, 2002. 156 Seiten, 15 EUR

37. Roboter im öffentlichen Raum

CD-Datei: daten/aksuche/ak475/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:09

Öffentliche Räume unterliegen verstärkt Kontrollmechanismen und sind insbesondere in den Innenstädten nur noch selten frei für Proteste und kritische Meinungsäußerungen nutzbar. Um diese Räume dennoch weiterhin für diese Zwecke nutzen zu können, ist die "kontinuierliche Entwicklung von Taktiken" erforderlich. Das Institute for Applied for Autonomy hat dieser Einschätzung entsprechend Roboter entworfen, die in "hochkontrollierten Räumen" stellvertretend für die eigene körperliche Präsenz eingesetzt werden können. Der hier abgebildete "Graffiti Writer" ist ein ferngesteuertes Spielzeugauto mit einer montierten Batterie an Spraydosen. Er malt während der Fahrt zuvor eingegebene Slogans wie eine Art Matrixdrucker auf dem Boden auf. Die Steuerung kann aus sicherer Entfernung außerhalb des kontrollierten Gebiets erfolgen. (ut)

www.appliedautonomy.com, hier gibt es auch eine rudimentäre Bauanleitung.

"Protect your Databody. Clone it!"

Das Projekt Tracenoizer ist eine webbasierte Anwendung, mit der Personen ihren eigenen "Datenkörper" klonen können. Damit wird ein Prozess angestoßen, durch den vielzählige Varianten der eigenen Identität mit aus dem Netz zusammengeklaubten Informationen erweitert werden. Diese werden in Form von mehrfachen, automatisch erzeugten Homepages im Web veröffentlicht. Damit soll das Auffinden und Auswerten von relevanten personenbezogenen Daten durch Dritte erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Die eigentlichen, persönlichen Daten werden durch diese sich verselbstständigen Variationen überlagert und überdeckt, die geklonten Datenkörper entwickeln eigene Identitäten im Netz. (ut)

Unter www.tracenoizer.org befindet sich das Interface für diese Anwendung

Datenmüll per SMS

Per SMS können Nachrichten an eine Radiostation übermittelt werden, dort werden diese Textbotschaften unmittelbar im laufenden Programm durch eine computergenerierte Stimme verlesen. Entwickelt wurde dieses "einfache, offene Mediensystem" von Text-FM und u.a. in Zusammenarbeit mit Londoner Piratensendern angewendet, nicht nur mit dem Medium SMS das Medium Radio aufzufrischen und um HörerInnen eine direkte Programmgestaltung zu ermöglichen, sondern auch um eine neue "Schnittstelle zwischen privatem und öffentlichen Raum" zu etablieren. Und wenn der Informationsgehalt der übermittelten Nachrichten oft eher triviale Qualitäten hat, dann will sich das Projekt auch als eine ironische Reflexion über den heutigen Stand der Medienökologie verstanden wissen. (ut)

Die Software zum Projekt gibt es unter www.scotoma.org/cgi-bin/textfm/textfm.pl

38. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak475/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:24

Glückwunsch

Betr.: Fantômas Nr. 3

Ich habe zum ersten Mal im Abo eine Fantômas (Nr.3) erhalten und bin begeistert. Ein schönes Format und spannende Artikel. Inhaltlich super, nur das Layout ist an einigen Stellen schwach. Aber das ist zweitrangig. Glückwunsch zu dem gelungenen Heft.

Mit freundlichen Grüßen,

Daniel

39. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak475/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:39

Geschlossen/offen

Noch bis zum 24.8. läuft in der Galerie Stil & Bruch die Ausstellung fermeture / ouvert, die von der Berliner VideokünstlerInnengruppe Hybrid video tracks zusammengestellt wurde. Die PerformerInnen und MedienaktivistInnen präsentieren Materialien zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Inhalten und Praxen der sogenannten "Anti-Globalisierungsbewegung". Zu sehen ist eine Videoinstallation zur Inszenierung und Architektur des öffentlichen Raums während des G-8-Gipfels in Evian im Juni 2003. Der Titel der Ausstellung fermeture / ouvert ist Programm. Es geht um soziale Aus- und Einschlussmechanismen, um das Öffnen oder Schließen von Räumen, Grenzen, Denk- und Handlungsmöglichkeiten. Mit dabei sind neben hybrid video tracks u.a. ak kraak; Yes-Men, GINA, noborder-network, betabodega-coalition und die Fotografenagentur version.

Berlin, bis 24.8.03, jeweils Do-So: 17-20 Uhr, Galerie Stil & Bruch, Admiralstr. 17, Berlin-Kreuzberg, Infos unter www.hybridvideotracks.org

Marsch zum Atomklo

Unter dem Motto "Atommüll - es reicht!" findet vom 24. - 31.8.03 der Protestmarsch vom französischen Atomkraftwerk Cattenom bis zum zukünftigen Endlager Bure statt. Los geht es am 24.8. um 14 Uhr in Cattenom. Die Route geht über Thionville, Metz, von dort mit dem Zug bis Nancy, dann wieder zu Fuß über Toul, Colombey-les-Belles, Gondrecourt, Bonnet nach Bure. Die Ankunft in Bure ist am 31.8.03 gegen Mittag, vor dem Zaun des Endlagergeländes wird protestiert und gepicknickt. Der Marsch wird von den Stop-Bure-Initiativen und der Frankreichweiten Koordination der Initiativen gegen Atommülllager mit Unterstützung des Netzwerk Atomausstieg organisiert.

Cattenom, Bure und dazwischen, 24.8.03, Start des Protestmarsches am AKW Cattenom um 14 Uhr, 31.8. Ankunft um 12 Uhr in Bure, Treffen vorher um 10 Uhr in Bonnet. Infos zum Protestmarsch: Tel. 0033-325049141, www.burestop.org und http://mitglied.lycos.de/atomausstieg/bure.html

Walli bleibt

Im April 2003 hat die CDU-Mehrheit der Lübecker Bürgerschaft beschlossen, den Mietvertrag des selbstverwalteten Zentrums alternative (auch Walli genannt), der Ende Februar 2004 ausläuft, nicht zu verlängern. Für den 30. August hatten die alternativen zu einem Aktionstag gegen Sozialkahlschlag und den Erhalt der Walli (www.walli-bleibt.de) aufgerufen. Daraufhin meldeten Lübecker Nazis vom Bündnis Rechts Lübeck am selben Tag eine Demonstration an.

Unter dem Motto "Keine Freiräume für Faschisten" gibt es nun ab 9.30 Uhr verschiedene Anitfa-Aktionen um den Lübecker Bahnhof und entlang der Naziroute.

Lübeck, 30.8.03, 9.30 Uhr, Hauptbahnhof, aktuelle Infos unter: www.antifa-luebeck.de

Blumenverkäufer

Drachenfutter hießen früher die Rosen der Blumenverkäufer in den Kneipen. So heißt auch der 1987 entstandene Spielfilm von Jan Schütte, der einen dieser Verkäufer porträtiert. Shezad ist ein junger Pakistani, der außerdem illegal als Küchenhilfe in einem chinesischen Restaurant arbeitet. Nachdem sein einziger Freund Rashid abgeschoben wurde, freundet er sich mit dem chinesischen Kellner Xiao an. Gemeinsam versuchen sie, ein eigenes Restaurant zu eröffnen und stehen eines Tages kurz vor der Erfüllung ihres Traums. Da kommt ein Brief, den Shezad nicht gleich öffnet ... " In kontrastreichen Schwarz-weiß-Bildern erzählt Jan Schütte ein im Grunde trauriges Märchen von zweien, die gut etwas zusammen machen könnten, denen man in Deutschland aber keine Chance lässt". Der Eintritt bei nn-tv ist frei.

Bonn, 31.8.03, 16 Uhr, Kult 41, Hochstadenring 41, Bonn

Nazis bekämpfen

Für den 6. September 2003 hat der überregional bekannte Neo-Nazi Gerd Ittner aus Zirndorf einen Aufmarsch mit dem Motto "Stolz und treu - macht Deutschland frei" in Nürnberg angemeldet. Ittner ist bekennender Neo-Nazi und Holocaust-Leugner. Seine menschenverachtenden Machwerke veröffentlicht er regelmäßig im Internet. Ittner hat die historische Route vom Reichsparteitagsgelände zum ehemaligen Adolf Hitler Platz, dem heutigen Hauptmarkt gezielt gewählt, um sich in die Tradition der von 1927 bis 1938 im September in Nürnberg stattfindenden Propagandaveranstaltungen der NSDAP zu stellen. Anifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg ruft zur Gegen-Demo auf.

Nürnberg, 6.9.03, www.nadir.org

Was ist IOM?

Am 18.9. findet in der Werkstatt 3 eine Infoveranstaltung zum Thema "Krieg, Lager und Globalisierung der Migrationskontrolle" statt. Anwesend sind VertreterInnen des Flüchtlingsrats Hamburg, des AK Asyl Göttingen und der Kampagne gegen die IOM (International Organisation for Migration). Die Kampagne wird näher auf die bisher wenig bekannte transnationale Organisation IOM eingehen, die ihren Sitz in Genf hat. Die IOM beansprucht für sich die Rolle "der führenden internationalen Organisation für Migrationsmanagement". Neben Programmen der Weiterflucht und Rückkehr, koordiniert die IOM den Aufbau von europäischen Standards in Bezug auf Ausländer- und Einwanderungsgesetze, Grenzkontrollen und Flüchtlings- und Abschiebelager.

Hamburg, 18.9.03, Werkstatt 3, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg

25 Jahre Infobüro Nicaragua

Das Informationsbüro Nicaragua wird 25. Am 27.9. findet ein Fest mit Information, Diskussion, Theater, Musik und Tanz statt. Diskutiert wird über die Perspektiven des Infobüros unter der Frage: "Zwischen Ländersolidarität und Antiglobalisierungsbewegung - ist das Informationsbüro eine ‚anachronistische NGO`?" Frauen vom Colectivo de Mujeres de Matagalpa halten einen Vortrag zum Thema "Freihandel und Globalisierung", in dem sie auch über ihre Arbeit und Einbindung in die feministische Bewegung Nicaraguas berichten. Abends zeigt die Gruppe Teatro Informal "Abrazos" (Magisches Theater), und die Band Salse Dumbre spielt.

Wuppertal, 27. 9. 03, Beginn: 12 Uhr, Kommunikationszentrum Die Börse, Wolkenburg 106. Infos unter

http://nica.wtal.de

40. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak475/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:40

Unsere Sommerpause ist vorbei - das ist jetzt aber auch alles, was in diesem Editorial zur Jahreszeit zu lesen sein wird. Ausdrückliches Verbot der GenossInnen aus der Redaktion. Also wenden wir uns anderen Dingen zu.

Wie in unserer neuen Rubrik "Privatissimo" nachzulesen ist, erfährt die Tour de France auch unter Linksradikalen zunehmende Beliebtheit. Aber hier soll weder die Frage Armstrong versus Ullrich, noch der "Reiz des Sprintens, Kreiselns und Attackierens" (siehe Seite 10) behandelt werden. Es geht um etwas ganz anderes.

Wir wissen natürlich nicht, wie viele von euch während dieser drei Wochen nachmittäglich vor der Glotze gesessen haben. Aber haben sich vielleicht diejenigen, die sich dem Reiz der Frankreich-Rundfahrt nicht entziehen konnten, nicht auch die Frage gestellt, ob im spanischen TV die selben Bilder zu sehen waren wie im öffentlich-rechtlichen Fernsehen in Deutschland - vor allem bei den Pyrenäen-Etappen? Hier zu Lande hätte sich sicherlich nicht nur der Bayrische Rundfunk aus der Übertragung ausgeschaltet, wäre die Strecke so unverhohlen mit Sympathiebekundungen für - sagen wir - die Revolutionären Zellen gepflastert gewesen wie die 16. Etappe zwischen Pau und Bayonne mit solchen für ETA und die verbotene Partei Batasuna bestückt war. Die Reaktionen in Deutschland wären vorhersehbar - übelste Hetze, härteste Repression - und vielleicht sogar schwarze Bildschirme. Nicht zuletzt die Feuilletondebatte über die durch Bundesmittel geförderte RAF-Ausstellung hat erneut deutlich gemacht, wie wirkungsmächtig das Staatsschutzdenken in diesem Land ist.

Es gibt Daten, an denen kommt keine Zeitung vorbei - zumal wenn es sich um "runde" Jahrestage handelt. So ist es auch mit dem 11. September - in diesem Fall 1973. An diesem Tag putschte das Militär in Chile gegen die Allende-Regierung, zerstörte ein sozialististisches Experiment und verwandelte das Land für die nächsten Jahrzehnte in ein Laboratorium des Neoliberalismus. Der Putsch zeigte weit über Chile hinaus Folgen: Für viele Linke war damals entschieden, dass ein "friedlicher Übergang zum Sozialismus" unmöglich sei und die revolutionäre Macht "aus den Gewehrläufen" komme. Die Konsequenzen, die daraus gezogen wurden, war vielfältig - der Bruch zwischen "RevisonistInnen" und "RevolutionärInnen" aber tief und nachhaltig.

Solche Spaltungslinien haben in den vergangenen drei Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Heutzutage stehen wir vor anderen Herausforderungen. Vielleicht kann neben ak auch unsere neue Abo-Prämie dabei helfen, mit fundierter Analyse und Kritik Antworten zu geben. Wer ak für ein Jahr abonniert, darf zwischen drei Prämien wählen - ab sofort ist auch das bei Assoziation A verlegte neue BUKO-Buch "radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke" dabei.

Eure ak-Redaktion

41. Schwerpunkt: Un/Kontrollierte Räume

CD-Datei: daten/aksuche/ak475/sw_raeume.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:475:sw_raeume

Ein nächtlicher Gang durch eine beliebige Innenstadt kann sehr erhellend sein. Eine Ansammlung von multifunktionalen Kaufhäusern, von Neonlicht erleuchtete Schaufenster, verlassene Bürokomplexe: Wo tagsüber sich die Konsumfreudigen treffen, herrscht nachts oft gähnende Leere. Einige StadtsoziologInnen bilanzieren bereits den Tod der Städte. Auch wenn dies verfrüht sein mag, hat sich in den letzten Jahren die Inszenierungen dessen, was als Stadt definiert wird, rasant gewandelt. In unserem Schwerpunkt analysiert Joachim Häfele die Tendenzen zur kontrollierten Stadt. Ulf Treger zeigt, welchen Einfluss Internet und Mobiltelefone auf das Konzept von "Öffentlichkeit/Privatheit" haben. Wir stellen die Radiogruppe Ligna vor, eine Buchbesprechung zu Metropolen des Südens und Praxisbeispiele für kreative Intervention runden den Schwerpunkt ab.